

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 13. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnement: Preis pränumerando:  
Wochenblatt 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
Einzelnr. 5 Pf. Sonntags-  
nummer mit Illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
3 Mark, für das übrige Ausland  
5 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigen-  
zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (ein-  
gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Sonntags-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Englische Ansichten über den Krieg.

London, 10. Februar. (Fig. Ver.) Auch diejenigen Beobachter, die die Energie der jungen japanischen Nation kannten, sind über die raschen und harten Schläge, die sie der russischen Seemacht verfechten, überrascht. Man wußte, daß die leitenden Männer Japans, die in einem einzigen Menschenalter vom Feudalismus zu modernen europäischen Einrichtungen übergegangen sind, fühne Initiative besitzen, dennoch waren ihre besten Freunde über den Ausgang ihres Duells mit Rußland besorgt. Jetzt nach dem glänzenden Beweise des Wagemutes, den die japanische Flotte angebracht hat, atmet England leichter auf. Die Bewunderung für den seemächtigen Verbündeten ist hier allgemein. Jedoch ärgert sich die Presse in gemäßigtem Tone und ohne Schadenfreude über die Niederlage Rußlands. Nur in den kleineren Blättern findet sich der Hinweis auf die Beleidigungen, die Rußland den „gelben Affen“ entgegengeschleudert hat. Besonders war der Statthalter Aljejew, der an Japanerverachtung nichts zu wünschen übrig ließ.

Die erste Stelle unter den militärischen Schriftstellern verdient Mr. Spenser Wilkinson von der „Morning Post“. Heute urteilt er folgendermaßen:

Durch ihre aggressive Politik hat die russische Regierung Japan gezwungen, die Offensive zu ergreifen. Das erste Ziel Japans ist, die Herrschaft über die See zu erlangen; dies kann geschehen entweder durch die Vernichtung der russischen Flotte oder mindestens durch deren Verkrüppelung, so daß Japan einen Teil seiner Flotte zum Abfangen von russischen Verstärkungen benutzen kann. Wird Japan auf der See geschlagen, so ist es schmachvoll. Siegt es, so ist sein nächster Schritt, soviel Truppen aufs Festland zu werfen, wie es nötig ist, um ihre militärische Aufgabe zu erfüllen.

Die militärische Aufgabe hängt teils von den politischen Zielen ab, teils vom Erfolg ihrer Operation. Eine Reihe von Siegen weckt gewöhnlich die Absichten des Siegers aus.

Japan verlangte die Anerkennung seiner Vorherrschaft in Korea und der vollen Souveränität Chinas über die Mandchurei, während Rußland offenbar die Absicht hat, ein Protektorat oder gar die volle Herrschaft über die Mandchurei zu haben. Es ist deshalb zu erwarten, daß Japan sich die Aufgabe stelle, die Russen aus der Mandchurei zu vertreiben. Zu diesem Zweck wird es zuerst versuchen, die russische Feldarmee zu schlagen und die russischen Festungen zu besetzen. Ist ihm dies gelungen, so ist zu erwarten, daß Rußland sich auf die sibirische Eisenbahn zurückziehen und eine neue Armee sammeln wird, um sie zur Wiedereroberung der verlorenen Gebiete gegen die japanische Armee zu führen. Erst nach der zweiten Niederlage der Russen darf Japan von Frieden sprechen. Wegen einer Intervention fremder Mächte ist es durch seinen Vertrag mit England geschützt.“ Wilkinson ist der Ansicht, daß ein endgültiger Sieg Japans wahrscheinlich ist, da seine Freiheit und seine Energie wichtige Faktoren in der Hervorbringung genialer Führer sind, während Rußlands autokratisches und bürokratisches System alle Initiative in den besten Elementen des russischen Volkes erstickt.

Der „Daily Telegraph“ meint, Japans Angriff zeuge von so viel wissenschaftlicher Präzision, Ruhe und Überlegung, Mut und Aufopferungsfähigkeit, daß es vollauf verdiene, der Verbündete einer Macht zu sein, die eine so ruhmreiche maritime Vergangenheit hinter sich habe.

Die „Times“ sind der Ansicht, Japans waghalsiger Angriff habe den Erfolg, daß Rußland keine Seeschlacht wagen werde, so daß die See nunmehr den Japanern offen stehe. Jedoch sei der Mißerfolg Aljejews eher auf Rechnung der russischen Diplomatie zu setzen, die in ihren unmöglichen Forderungen weit den Flottenvorbereitungen vorausgeleitet sei.

#### Die japanische Kriegserklärung

wurde einem Telegramm aus Tokio zufolge in folgender Proklamation des Kaisers von Japan veröffentlicht:

Wir, Kaiser von Japan, erlassen folgende Proklamation an unsere loyalen, tapferen Unterthanen. Wir erklären hierdurch Rußland den Krieg und befehlen der Armee und der Marine, die Feindseligkeiten mit aller Kraft zu beginnen.

Es ist stets unser dauerndes Ziel gewesen, den friedlichen Fortschritt unseres Reiches zu fördern, die freundschaftlichen Bande, die uns mit andern Staaten verknüpfen, zu stärken, eine Schöpfung zu schaffen, die den Frieden in Ostasien dauernd aufrechtzuerhalten würde und die zukünftige Sicherheit unserer Herrschaft zu gewährleisten, ohne die Rechte und Interessen anderer Mächte zu verletzen. So war es ganz gegen unsere Erwartung, daß wir unglücklichweise in die Lage versetzt wurden, die Feindseligkeiten gegen Rußland zu eröffnen.

Das Bestehen Koreas als besondere Macht ist wesentlich für die Sicherheit unseres Reiches. Rußland hält in Mißachtung eines feierlichen Vertrages, seiner Verpflichtungen gegenüber China, und wiederholter Versicherungen gegenüber andern Mächten noch immer die Mandchurei besetzt, hat seinen Einfluß auf dieses Gebiet gefestigt und beabsichtigt seine schließliche Annexion.

Da diese Maßregel es unmöglich machen würde, die Integrität Chinas aufrecht zu erhalten, und zur Aufgabe aller Hoffnung auf den Frieden in Ostasien zwingen würde, entschlossen wir uns, die Frage durch Verhandlungen zu regeln und machten daher Rußland Vorschläge. Rußland kam diesen Vorschlägen niemals in verständlichem Sinne entgegen, sondern zog die Regelung durch arglistige Verzögerungen hin und suchte, indem es den Frieden befürwortete und dabei doch ausgedehnte Vorbereitungen im Heeres- und Marinewesen, traf, seine eignen selbst-

schäftigen Pläne zu vollenden. Wir können nicht anerkennen, daß Rußland von Anfang an irgendwie das wirkliche Bestreben der Erhaltung des Friedens gehabt habe. Es wies unsre Vorschläge zurück. Koreas Sicherheit ist gefährdet. Die Interessen unseres Reiches sind bedroht. Garantien für die Zukunft können nur dadurch erlangt werden, daß wir an die Waffen appellieren. Wir hoffen, daß die Loyalität und die Tapferkeit unserer Unterthanen bald wieder dauernden Frieden herstellen und den Ruhm unseres Reiches schätzen wird.

#### Landkämpfe auf Liaotung?

Nachrichten über angebliche Kämpfe auf der Halbinsel Liaotung liegen heute wieder vor. So meldet z. B. die französische „Agence Havas“, die vermutlich den Kurzsturz der russischen Papiere gern aufhalten möchte, aus Tientsin vom 12. Februar:

Am letzten Dienstag versuchten die Japaner an der schmalsten Stelle der Halbinsel Liaotung am Ende der Duff-Bucht Truppen zu landen. Das Ziel des Landungsversuchs war wahrscheinlich Rintschau und Talienwan. Die Operation scheiterte vollständig, und zwei japanische Regimenter, denen die Landung glückte, wurden, wie es scheint, vollständig vernichtet.

Wäre die Meldung richtig, so hätte sie längst eine russisch-amtliche Bestätigung erfahren. Denn wenn auch nach einer Meldung des russischen Militäragenten in China das Kabel zwischen Wladivostok und Nagasaki gerissen und ebenso die Telegraphenlinien Süal-Rosanpfo und Süal-Gensan unterbrochen sein soll, der Draht zwischen Port Arthur und Petersburg funktioniert noch. Er veranlaßt sogar folgendes amtliche Dementi der obigen angeblichen russischen Siege:

Infolge von Gerüchten, welche auf Grund zweifelhafter Meldungen ausländischer Telegraphen-Agenturen und Zeitungen über die Seeschlacht bei Tschumulpo, über Landung von Japanern in Korea, über Ereignisse an der Mandchurien-Bahn und ähnliches hier verbreitet sind, bringt der Generalstab zur allgemeinen Kenntnis, daß bis jetzt keinerlei diese Meldungen bestätigende Nachrichten in Petersburg eingegangen sind.

Ebenso apokryph wie die Nachricht des russischen Landkrieges ist die Nachricht von dem

#### Bombardement Hakodates durch russische Kreuzer.

Dieser Meldung zufolge sollten fünf russische Kreuzer Hakodate bombardiert haben. Hakodate ist der wichtigste Platz Nordjapans, eine wegen ihres vorzüglichen Hafens vor allem auch von russischen Schiffen viel besuchte Handels- und Industriestadt von 60 000 Einwohnern. Es liegt auf der japanischen Nordinsel an der Tsumogaitraße, der Meerenge zwischen der Nordinsel und der japanischen Hauptinsel Honso (Hokkaido). „Morning Leader“ berichtet aus Tientsin: Ein von der japanischen Küste kommendes, hier eingetroffenes Handelsschiff berichtet, daß eine russische Flotte, bestehend aus den Kriegsschiffen, welche in Wladivostok ankerten, gestern den Hafen von Hakodate bombardiert und in Brand geschossen habe.

Man darf getrost annehmen, daß die Nachricht von dieser strategisch ebenso bedeutungslosen wie völkerrechtlich barbarischen Aktion russischer Schiffe vollständig erfunden ist.

#### Eine japanische Darstellung der Kämpfe bei Port Arthur.

Dem „Standard“ wird aus Tokio vom 10. d. M. gemeldet: Nach der japanischen Version über den Kampf von Port Arthur kam die ganze Flotte am Abend des 8. Februar auf der Höhe von Port Arthur an und fand die Russen unter den Forts in Schlachtlage aufgestellt. Torpedoboote-Zerstörer waren in einer Entfernung von fünf Meilen vor der japanischen Front ausgeschwärmt. Admiral Togo entschloß sich zu einem Nachtangriff und eröffnete um 11 Uhr abends das Feuer. Während das Feuer am heftigsten war, fuhren die japanischen Torpedoboote vorsichtig und langsam auf das Land zu; es gelang ihnen, zwischen die russischen Schiffe und das Land zu kommen und unbemerkt zu bleiben, bis die russischen Schiffe vor dem Feuer der japanischen Flotte verbrannten, in den Hafen zurückzulehren. Sofort feuerten die Torpedoboote, setzten zwei Schlachtschiffe und einen Kreuzer außer Gefecht und schnitten dem übrigen Teil der Flotte den Rückweg ab. Am Dienstag früh wurde dann der Kampf wieder aufgenommen. Allzu glaubwürdig klingt auch diese Darstellung nicht!

#### Die Verluste der russischen Kriegsmarine.

Ein Telegramm des Statthalters Aljejew an den Kaiser vom 11. Februar meldet: „Zesarewitsch“ und „Pallada“ wurden am 9. d. Mts auf die innere Reede gebracht; am „Redwisan“ wird ein Red verstopft. Die Ausbesserung der Panzerschiffe ist eine komplizierte Arbeit, deren Dauer sich schwer bestimmen läßt. „Pallada“ und „Kowil“ werden nach einander ins Dock gebracht werden. Meiner Meinung nach wird die Reparatur gegen zwei Wochen erfordern. Alle übrigen Schiffe des Geschwaders, welche an dem Kampfe am 9. dieses Monats teilgenommen und Havarie erlitten haben, wurden am 10. d. M. auf die innere Reede gebracht, um die Kohlen zu löschen und Reparaturen vorzunehmen, welche, wie ich hoffe, in drei Tagen vollendet sein werden. — Die in dem Kampfe der Schiffe des Geschwaders leicht verwundeten Oberstleutnant der Marine-Artillerie Sanonischowski und Fähnrich Petrov, welcher sich auf der „Aurora“ befand, die am Kampfe nicht teilnahmen, gehen ihrer Verletzung entgegen. Von schwerverwundeten Unteroffizieren sind vier gestorben, die übrigen geben, wie ich mich überzeugt habe, Hoffnung auf Besserung. Der größte Teil der kampfunfähig Gemachten entfällt auf den Kreuzer „Pallada“; Grund hierfür ist die Vergiftung durch Gase bei der Explosion von Torpedos, welche mit Melinit geladen waren. Allen Verwundeten und sonst kampfunfähig Gewordenen wurde die aufmerksamste und sorgfältigste Pflege zu teil. Am 10. d. Mts. dauerte die Rekonstruktion durch Kreuzer fort, wobei keine feindlichen Schiffe entdeckt wurden. Die Nacht verlief bei verstärkter Wache durch

Torpedo- und andre Boote ohne Zwischenfälle und ohne Zusammenstoß mit dem Feinde.

#### Weitere Meldungen.

Paris, 12. Februar. Die hiesige Ausgabe des „New York Herald“ meldet, daß die japanischen Torpedoboote, die Montagabend in den Vorhafen von Port Arthur eindrangen, sich hierbei russischer Signale bedient und dadurch den Kommandanten des russischen Geschwaders getäuscht hätten; doch seien drei japanische Torpedoboote gesunken und ein großer Teil der Besatzung ertrunken.

London, 12. Februar. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Shanghai gemeldet, daß die Beschießung von Port Arthur fortdauere. Drei russische Kreuzer seien gesunken; das Gebäude der russischen Bank sei zerstört.

Tschiu, 11. Februar, vorm. 9 Uhr. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Von der japanischen Flotte hat man seit Dienstag nichts gesehen. Die Schlachtschiffe „Retwisan“ und „Zesarewitsch“ sind wieder flott geworden, der Kreuzer „Pallada“ sieht noch fest. Die Befestigungen von Port Arthur sind bei dem Kampfe am Dienstag nicht beschädigt worden, die Stadt und der Hügelhang wurden jedoch von Schüssen getroffen.

#### Instandsetzung der dänischen Seeverteidigung.

Kopenhagen, 12. Februar. Obgleich die Gefahr einer Einmischung Dänemarks in den russischen Konflikt nicht naheliegend scheint, gebietet die Regierung doch, wie Rigas Bureau erfährt, eine Untersuchung darüber anzustellen, ob die dänische Seeverteidigung in einigemmaßen kurzer Frist in vollständige Bereitschaft gebracht werden kann. Kleineren Mängeln, die sich dabei zeigen dürften, soll abgeholfen werden, ferner sollen aus diesem Anlaß 1500 Mann für die Seeports einderufen werden.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Februar.

#### Reichstag.

Die Kritik an der Unfall- und Invaliditätsversicherung, die unsere Fraktion gestern im Reichstag begonnen hatte, wurde heute bei der Fortsetzung der Beratung des Kapitels „Reichsversicherungsamt“ von den Genossen Bömelburg und Sachse weitergeführt. Genosse Bömelburg, dessen Thätigkeit auf diesem Gebiete ja von den Bauarbeiterschutz-Kongressen her bekannt ist, widmete seine Ausführungen hauptsächlich dem Thema der Unfallverhütung. Die Erhaltung der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter ist weit wichtiger als die Gewährung einer Rente je sein kann, selbst wenn diese höher ist, als es jetzt tatsächlich der Fall ist. Denn daß je jetzt auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht einmal zur Freistellung des bloßen Lebens ausreicht, wies Genosse Bömelburg an der Hand unaufersehbarer Zahlen zwingend nach, wobei er zugleich den Unfug energisch zurückwies, der mit der hohen Gesamtsumme der gewährten Renten, den 807 Millionen getrieben wird. Genosse Sachse ergänzte die Kritik nach einer andern Richtung hin. Er führte im einzelnen den Beweis für die Abhängigkeit der Ärzte von den Berufs-genossenschaften. An der Hand zahlreicher Beispiele, besonders aus dem Waldenburger- und dem Ruhr-Revier zeigte er, wie hart auf diesem Gebiete der Terrorismus gegen die Ärzte ist, und wie sehr die unglücklichen Arbeiter darunter leiden.

Diese Ausführung im einzelnen war um so notwendiger, als die gestrige allgemeine Behauptung des Genossen Körten, die den gleichen Inhalt hatte, heute von bürgerlicher Seite mit der größten Dreistigkeit als völlig unrichtig hingestellt wurde. Besonders der nationalliberale Arzt Dr. Becker, der durch die provokatorische Art seines Vorgehens bei unsren Genossen Widerspruch und noch öfter helles Lachen erregte, bestritt, daß überhaupt jemals ein Arzt einem Unfallverletzten ein Attest verweigert hätte, und daß überhaupt irgend ein Arzt sich von den Berufs-genossenschaften abhängig fühle. Dabei zeigte Herr Dr. Becker wieder eine verblüffende Unkenntnis ebenso der Socialgesetzgebung wie des Etats, so daß ihn der Vicepräsident Dr. Waasche zur Sache rufen mußte.

Auch Herr Dr. Rugd an wehrte „im Namen des deutschen Arztstandes“ den Genossen Körten ab. Dieser freisinnige Eugen Richterscher Oberarzt entpuppte sich als social-politischer Reaktionsär: selbst die sociale Bethätigung der ländlichen Berufs-genossenschaften hat ihm vollauf befriedigt. Zu seiner Schande sollte ihm der Agrarier Camp dafür seine Anerkennung. Im übrigen machte sich dieser Herr das Vergnügen, gegen unsren Genossen Mollenhuth, dessen gestrige Rede er gar nicht verstanden hatte, den Vorwurf einer illoyalen Kampfweise zu erheben, den er auch dann nicht zurücknahm, als dieser die Freundlichkeit hatte, ihm persönlich in seinem Exemplar der Unfallstatistik zu zeigen, daß er gestern die richtigen Zahlen vorgelesen hatte, und Herr Camp so wenig Bescheid darin wußte, daß er nicht einmal nachlesen konnte.

Auch der Staatssekretär Graf Posadowsky versuchte Herrn Camp über seine Unwissenheit aufzuklären. Ob es ihm geglückt ist, ließ sich noch nicht erkennen. Auch sonst ließ der Staatssekretär die Vertreter des Kapitalismus ziemlich abfallen. Die Unfallverhütungs-Vorschriften der Berufs-genossenschaften, insbesondere der ländlichen und der Bauergenoossenschaften, scheinen ihm so wenig ausreichend und so wenig von socialelem Geiste getragen, daß er mit einer zwangswesen Erweiterung dieser Vorschriften durch die Reichsgesetzgebung drohte. Auch dem Wunsch nach belehrenden Vorträgen und sonstiger Aufklärung versprach er Verschärfung.

Gleich ihm schloß sich der Abg. Erzberger vom Centrum im wesentlichen unserer Ansicht an, wenn er natürlich auch wieder aus der socialen Rolle, die er spielte, herausfiel, als er über die Unabkündbarkeit der Arbeiter und die hohe Belastung des Mittelstandes klagte.

Zum Schluß verstand es der Pole Kulersti, ungehindert vom Präsidenten auch bei diesem Kapitel des Etats eine Rede gegen die Ostmarkenpolitik des Grafen Bülow zu halten, auf die Graf Pofadowski mit der Erregung, die ihn bei der Polenfrage immer erfasst, antwortete.

Vor morgen die Debatte fortgesetzt wird, soll über einige beanstandete Wahlen, darunter auch über die des Genossen Braun entschieden werden.

### Herrenhaus.

Im Herrenhause nahm am Freitag Minister Budde die Gelegenheit wahr, anlässlich der Beratung der Denkschrift über die Ergebnisse des Betriebes der vereinigten preussischen und hessischen Staatseisenbahnen seinen „falschen Jungenschlag“ zu korrigieren. Vor diesem hohen Hause, wo die konzentrierte Weisheit waldet, war es dem Minister ein Leichtes, eine seiner bekannteren Scharfmacherreden vom Stapel zu lassen und dafür lebhaften Beifall zu ernten. Herr Budde, der grimmige Sozialistenhater, bewies wieder einmal, daß er von den wirklichen Verhältnissen keine Ahnung hat; die Behauptungen der socialdemokratischen Presse über die Verbreitung socialdemokratischer Gesinnung unter den Eisenbahnern sollen unwahr und Renommiererei sein! Uns will es vielmehr erscheinen, als ob das, was der Minister darlegte, einer gewissen Renommiererei entsprungen ist; nach seiner Darstellung finden sich Socialdemokraten nur ganz vereinzelt in der Eisenbahnverwaltung, und diese werden sofort entlassen. Gegen ein derartiges gefeg- und verfassungswidriges Vorgehen kann nicht energisch genug protestiert werden. Kein Minister hat sich um die politische Gesinnung seiner Untergebenen zu kümmern, es geht Herrn Budde absolut nichts an, ob diejenigen Staatsbürger, die die „Ehre“ haben, sich im Betrieb der preussischen Eisenbahnverwaltung zu mühen, sich politisch als Angehörige einer Partei bezeichnen, die der jeweils herrschenden Richtung nicht paßt. Oder glaubt der Minister vielleicht, daß der Arbeiter mit seiner Arbeitskraft auch seine politische Ueberzeugung verkauft? Solche Scharfmacherreden finden höchstens im Herrenhause oder dem ihm gleichwertigen Abgeordnetenhause ein Echo, nun und nimmer aber in einem Parlament, dessen Mitglieder sich als Vertreter des Volkes fühlen. Was der Minister im übrigen über socialdemokratischen Terrorismus erzählte, ist so abgeschmackt, daß es der Erwähnung nicht wert ist und seine Schilderungen über Arbeiterverhältnisse und Betriebsunfälle werden durch die von ihm selbst unterzeichnete Denkschrift widerlegt.

Aus den sonstigen Verhandlungen ist zu erwähnen, daß das Haus einem Antrage auf Straferfolgung unfreies Genossen Mollenbuhr wegen Beleidigung des Herrenhauses seine Zustimmung versagte. Nicht etwa aus principiellen Gründen! Im Gegenteil, grundsätzlich soll jeder, der es wagt, dies vornehmste aller Parlamente auch nur schief anzusehen, aufs strengste bestraft werden. Aber in dem Fall Mollenbuhr liegt die Sache so, daß eine Verurteilung selbst dem Justizminister zweifelhaft erscheint, und lediglich aus diesem Grunde verzichteten die Herren auf die Straferfolgung. In andern Fällen hat das Herrenhaus bekanntlich im Gegensatz zu den Gesetzentwürfen anderer Parlamente wiederholt Anklagen wegen Beleidigung erhoben.

Die Vorlagen sind wieder einmal ausgearbeitet, und die „Herren“ können sich nach den anstrengenden Sitzungen der beiden letzten Tage eine neue Ruhepause gönnen. Ja, es ist nicht ausgeschlossen, daß sie vor Ostern überhaupt nicht mehr zusammenkommen. Denn, so unglücklich es auch klingt, diese Edelsten der Nation werden rebellisch. Während sie sonst den Etat in 2-3 Sitzungen durchräteln haben, verlangen sie diesmal mindestens 8 Tage dafür zur Verfügung zu haben; und sie drohen, falls der Etat nicht spätestens am 15. März aus dem Abgeordnetenhause an sie gelangt, mit einer allgemeinen Arbeitseinstellung. Und das, obwohl es sich um eine Frage des allgemeinen Staatsinteresses handelt. Sollte wirklich der Geist schrecklicher Rebellion in das neue Haus eingezogen sein?

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus erledigte am Freitag zunächst den Etat der Bezirksverwaltung. Im Vordergrund des Interesses standen wiederum die Debatten über die Zustände in Tralehen. Während sich Abg. Kopsch (fr. Vp.) wie in früheren Jahren der Lehrer annahm, verteidigten die Redner der Rechten im Verein mit dem Minister v. Pofadowski das Vorgehen des Landstallmeisters v. Dettingen; es gelang ihnen aber nicht, die Behauptungen des freimütigen Redners über die kulturwidrigen Verhältnisse in Tralehen zu widerlegen, da sie die Diskussion auf das persönliche Gebiet hinüberspielten. Daß dabei nichts herauskommt, ist einleuchtend.

Die hierauf beginnende zweite Beratung des Etats der Bergverwaltung wurde durch ein liebliches Gezänne der Nationalliberalen und der Herren vom Centrum eingeleitet. Die Vertreter dieser Parteien, die noch vor kurzem Hand in Hand gingen, um durch Jollwücher das Volk auszuplündern, warfen sich gegenseitig Wahlbeeinflussungen bei den letzten Wahlen im Saarrevier vor. Die Thatsachen selbst sind ja aus dem Prozeß, der kürzlich in Saarbrücken stattfand, noch zur Genüge bekannt. Die Nationalliberalen sollen durch Bergbeamte, das Centrum durch die Geistlichkeit die schlimmsten Beeinflussungen ausgeübt haben. In der That ist auf beiden Seiten schwer gesündigt worden, und die unfehlbaren Entschuldigungen einiger Redner bieten wertvolles Material für die Beurteilung der Wahlfreiheit in Preußen. Die Debatten erinnern unwillkürlich an den Ausspruch von Heinrich Heine über den Rabbi und den König. Vielleicht wird die Auseinandersetzung dazu beitragen, daß das nächste Mal die feindlichen Parteien gemeinsam Wahlbeeinflussungen zu Gunsten des bürgerlichen Kandidaten gegen den Socialdemokraten ausüben. Wurde doch jetzt schon von beiden Seiten darüber geklagt, daß der Wahlkreis schon von der Socialdemokratie bedroht sei.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

### Wo bleibt die Geistlichkeit?

Als der Kampf der bürgerlich entlohten Grimmischener Textil-Proletarier mit den glänzend gestellten Textil-Baronen den höchsten Grad erreicht hatte, als das Unternehmertum ganz Deutschlands die Sache der bedingungslosen Niederwerfung der Arbeiter zu der ihrigen gemacht hatte, als die Behörden dem Versammlungsverbot, dem

Verbot des Streikpostensiehens als das Verbot der Weihnachtseier hinzugefügt hatten, da erhob sich die gesamte Geistlichkeit — zu Gunsten des Unternehmertums!

Zur Zeit rüsten sich die deutschen Truppen in Südwest-Afrika zu einem Aushereigen gegen die Hereros. Trotzdem sich unsere kolonialen Straßzüge doch wahrhaftig nicht durch übermäßige Milde auszeichnen pflegen, hegt seit Wochen in Deutschland die Bourgeois- und die Regierung zu einer besonders drakonischen Rache auf. Man empfiehlt, jeden Herero, der mit den Waffen in der Hand ergriffen werde, zu erschießen, ganz davon abgesehen, daß man es für selbstverständlich hält, den Hereros alles Land und sämtliche Vieh abzunehmen und sie dem Fiskus und den Farmern als Zwangsarbeiter, d. h. als Sklaven auszuliefern.

Inzwischen sind so unglückliche Thatsachen über die unerhörte Unterdrückung, Ausbeutung und Mißhandlung der Eingeborenen Deutsch-Südwestafrikas bekannt geworden, daß man doch erwarten sollte, die deutsche Geistlichkeit — die gescheiterte wie die gescheiterte — werde sich in einem Protest gegen solch skandalöse Zumutungen an die Regierung erheben. Das sollte man umso mehr erwarten, als die Missionsgesellschaften ihre geistlichen Freunde über die wahren Ursachen des Herero-Aufstandes nicht im Zweifel gelassen. Vor uns liegt zum Beispiel ein Circular des Missionshauses Barmen, das vom 27. Februar datiert ist und unter dem Titel: „Ein Wort an unsere Freunde über den Aufstand der Hereros“ unter anderem folgende Darlegungen enthält:

„Was die Ursache des Aufstandes ist, entzieht sich ja vorläufig noch dem sicheren Urteil. Doch haben unsere Missionare und wir in unsern Berichten nie ein Hehl daraus gemacht, daß neben den fortgeschritten Landverläufen vor allem das von vielen weißen Händlern geübte System des maßlosen Kreditgebens an die Eingeborenen und die darauf folgende räuberische Eintreibung der Schulden, mit andern Worten die Ausbeutung des Leichtsinnes der Eingeborenen, Zustände schuf, die trübe in die Zukunft schauen ließen. Wir verweisen z. B. auf den Brief des Missionars Eich in Nr. 3 der vorjährigen Berichte, Seite 79-81. Wir haben immer wieder unsere bittende und warnende Stimme erhoben und haben es auch nicht unterlassen, geeigneten Orts vorstellig zu werden. Wenn wir auch nicht alle Maßnahmen der Regierung begriffen haben und die von ihr zum Schutz der Eingeborenen erlassenen Bestimmungen nach unserer Meinung nicht immer weit genug gingen, müssen wir es doch billig und dankbar anerkennen, daß die Landesregierung des Gouverneurs Leutwein auch das Wohl der Eingeborenen, die sich unter den Schutz der deutschen Regierung gestellt hatten, ernstlich im Auge behielt und deren Recht auch gegenüber den Weissen vertrat, von vielen aber gerade darum eine zum Teil sehr lebhaftes Opposition erfuhr.“

Wir stehen mit dieser unser Auffassung, daß nicht die Thatsache der Kolonisation an und für sich, sondern daß die Rücksichtslosigkeit einzelner Farmer und vieler Händler den Zündstoff gehäuft haben, der jetzt zur Explosion gekommen ist, nicht allein, sondern begegnen ihr in Zeitungen der verschiedensten politischen Parteilichung, leider aber nur noch vereinzelt. Läßt uns diese unsere Auffassung die Schuld der Hereros keineswegs verkleinern, aber doch in einem milderen Licht erscheinen, dann muß es uns mit tiefem Schmerz erfüllen, daß man fast allgemein einseitig nur den Ruf nach Recht (soll wohl heißen „Rache“, Red. d. „V.“) und blutiger Vergeltung vernimmt. Wir würden es aufs tiefste beklagen müssen, ja wir würden es als einen Widerspruch gegen Recht und Billigkeit empfinden müssen, wenn die Folge der nötig gewordenen gewaltsamen Niederschlagung des Aufstandes eine willkommene Rücksichtslosigkeit der Hereros, wie sie befürwortet wird, sein sollte. Die Ehre des deutschen Namens verlangt nicht nur, daß mit Waffengewalt und mit fester Hand Aufregung und Empörung niedergeworfen wird und daß die Schuldigen, die das Schwert erhoben und gar zum Mord geschritten sind, die ganze Schwere des Gesetzes trifft; die Ehre des deutschen Namens verlangt auch, daß nach dem Siege den armen Irregesährten und Verblendeten, die sich haben hinreichend lassen, Schonung zu teil werde und daß mit der Gerechtigkeit sich Milde paart. Daß diese Ueberzeugung immer weitere Kreise in unserm Volke ergreife, vor allen auch die, die in dieser Sache verantwortungsvoll zu raten und zu thaten haben, das ist unser herzlichster Wunsch und Gebet.“

Das Missionshaus Barmen hat sich mit diesen Erklärungen offenbar nur deshalb nicht direkt an die Öffentlichkeit gewendet, weil es annahm, seine „Freunde“ würden ihrerseits alles aufbieten, um das elchaste Rachegeheul unserer Kolonialschwärmer zum Schweigen zu bringen. Leider hat es sich getäuscht: Alles ist funken geblieben!

Kein Geistlicher hat sich empört gegen die barbarischen Hehereien erhoben!

Und das fasset man noch von einem lebendigen, werthätigen Christentum!

### Deutsches Reich.

Die Unwahrhaftigkeit des Freiherrn v. Heyl amtlich attestiert.

Herr v. Heyl hatte in der Reichstags-Sitzung vom 20. Januar dieses Jahres mit Bezug auf unsere Genossen Ulrich-Offenbach u. a. erklärt:

„... er ist Mitglied der Finanzkommission des hessischen Landtages und hat dort eine Progression zur Einkommenssteuer vorgeschlagen mit einer rauch und gewandt entworfenen Scala. Wie man mir erzählt, hat der Finanzminister keinen Widerspruch entgegengebracht, sondern zwei Beamte damit beauftragt, diese Scala zu berechnen. Das Resultat soll, wenn die Mitteilung richtig ist, folgendes gewesen sein, daß die wohlhabenden Klassen mit 118 Proz. ihres Einkommens belastet werden sollten. Also eine Ueberweisung der wohlhabenden Klassen an die Armenpflege.“

Trotzdem die Genossen Sturm und Dr. David den Herrn auf die Unrichtigkeit seiner Behauptungen hinwiesen, hielt der Leder-Freiherr sie dennoch aufrecht. Nunmehr erhält Herr v. Heyl seine Unwahrhaftigkeit auch amtlich attestiert. In der Donnerstags-Sitzung des hessischen Landtages kam der Finanzminister Dr. Gnauth in seiner Rede zum vorliegenden Etat auch auf die Debatte im Reichstags zu sprechen und erklärte unter anderem wörtlich:

„Ich halte für meine Pflicht festzustellen, daß hierbei insbesondere dem Herrn Antragsteller Ulrich Unrecht geschehen ist; Unrecht geschehen, indem man von ihm angenommen hat, er habe die erste Scala, die den Antrag Ulrich und Genossen illustrieren sollte, seiner Zeit entworfen. Das ist nicht richtig gewesen. Er hat, das ist ja im allgemeinen hier und da bei solchen Anträgen so, er hat nur das Definitive hingeworfen: Aufhebung der Stempelabgaben, Ersatz durch Progression der Einkommen- und Vermögenssteuer, und wir haben uns nur an das Gedanken-Ideale gemacht und haben versucht zu konstruieren, wie man das etwa machen würde, wenn man es so machte, wie die Herren Antragsteller es machen würden.“

Der hessische Finanzminister erklärt hier also öffentlich, daß er den Antrag unfreies Genossen Ulrich falsch aufgefaßt habe. Wie sich bekanntlich später herausgestellt hat, hat er die Gedanken des Genossen Ulrich nicht richtig gelesen. Immerhin ist die mit anerkennend-wertiger Offenheit gegebene Erklärung des hessischen Finanzministers

wertvoll. Hierdurch wird dem Freiherrn von Heyl amtlich dokumentiert, daß er im Reichstags die Unwahrheit gesagt hat. In derselben Sitzung des Landtages stellte der Genosse Ulrich fest, daß bei den gemeinsamen Besprechungen der Finanzanschläge der hessischen Ersten und Zweiten Kammer sich Freiherr v. Heyl eingehend mit dem Finanzminister über diese Angelegenheit unterhalten habe. Da doch nicht angenommen werden könne, daß Dr. Gnauth dem Wormser Lederkönig andre Angaben gemacht habe, als die er vor dem ganzen Lande in der Kammer machte, v. Heyl aber trotzdem seine Ausführungen im Reichstags aufrechterhalte, so sei wohl erwiesen, daß Herr v. Heyl nicht nur objektiv von der Wahrheit abgewichen sei.

Zum „Circus Busch“, der sich am nächsten Montag agrarisch vorstellen wird, läßt der Vorstand des Bundes der Landwirte bereits seinen Geschäftsbericht erscheinen. Daraus ist zu entnehmen:

Der Bund schließt das Jahr 1903 mit einem Bestande von 250 000 Mitgliedern. Der Bund hat westlich der Elbe 14 103 Ortsgruppen mit 139 000 Mitgliedern und östlich der Elbe 17 836 Ortsgruppen mit 111 000 Mitgliedern. — Zur Vorbereitung der Wahlen wurden 74 Wandereinheiten verwendet, die 218 ausschließliche Wahlversammlungen und 6379 allgemeine Versammlungen abhielten und außerdem eine zum Teil sehr wirksame Hausagitation entfalteten. In 41 Wahlkreisen wurden 693 000 Flugblätter verteilt. Der Bund der Landwirte trat bei den Reichstagswahlen in 174, bei den preussischen Landtagswahlen in 260 Wahlkreisen in Thätigkeit. In 55 Reichstags-Wahlkreisen wählte der Bund eigene Kandidaten anstelle, da die ihm von den politischen Parteien postulierten Kandidaten wegen ihrer wirtschaftspolitischen Stellung nicht unterstügt werden konnten. Von den vom Bunde unterstützten Kandidaten sind 89 gewählt worden.

Die Stimmengahlen, die sich bei der Reichstagswahl auf diejenigen Kandidaten vereinigte, die dem Bund nahe stehen und mit dem Bunde für die Kräftigung des Mittelstandes und der Landwirtschaft zu wirken gewillt sind, beträgt 1 705 531. An Mitgliederbeiträgen gingen 1903 4000 M. ein. Es wird in dem Geschäftsbericht ferner des näheren ausgeführt, daß die Abteilung für Rechts- und landwirtschaftliche Auskünfte, die Verkaufsstelle, die Versicherungs-Abteilung, die Verkaufsstelle für Maschinen, die landwirtschaftlich-technische Abteilung, die Saatgut-Abteilung, die Genossenschafts-Abteilung und die genossenschaftliche Centralkasse des Bundes sämtlich erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen haben.

### Vom Russendienst.

Das Krakauer Parteiblatt „Naprzod“ schreibt in einer vom 8. d. M. datierten Meldung seines äußerst zuverlässigen Warschauer Korrespondenten:

„Am 4. d. M. haben die preussischen Gendarmen zehn Deserteure gefaßt und sie den russischen Behörden in Gzeladz bei Sosnowitz ausgeliefert.“

Gzeladz liegt dicht an der ober-schlesischen Grenze und in der Nähe von Weuthen. Die Deserteure sind junge Polen, welche keine Neigung haben, für die russische Gewaltpolitik im Osten ihr Blut zu vergießen.

Die Auslieferung von Deserteuren widerspricht den allgemein anerkannten internationalen Staatsgrundsätzen.

Sollte die Nachricht des „Naprzod“ sich bestätigen, so würden wir mit einer Thatsache zu thun haben, die alles Bisherige auf dem Gebiet des Russendienstes in Preußen weit übersteigen würde. Die preussischen Behörden haben alle Veranlassung, sich umgeben über die Sache zu äußern und die Deffentlichkeit darüber aufzuklären, ob man in der That die polnischen Deserteure — wie seiner Zeit den Studenten Kalajew — an die russischen Behörden „ausgewiesen“ hat.

Knutenwehretzer und Völkerecht. Unsere Reaktionen werden wieder einmal von patriotischer Entrüstung befallen, weil die socialdemokratische Presse keine Thränen über die wohlverdienten Prügel verzieht, die Väterchens Panzerfäuste momentan beschien. In demselben Mannege, mit dem sie über die socialdemokratische Parteimahne für Japan leisten, nehmen sie selbst aber leidenschaftlich Partei für die russische Kräfte. So spricht beispielsweise die „Konserwative Korrespondenz“ von dem heimtückischen Völkereingriff der Japaner auf die russischen Kriegsschiffe, der einen „schönen Bruch des Völkerechts“ darstelle. Ganz abgesehen davon, daß die japanisch-offizielle Darstellung den Völkereingriff als die Teilaktion eines offenen Seemangriffes der japanischen Flotte darstellt — ist es an und für sich eine lächerliche Unberücksichtigung, Japan einen Bruch des Völkerechts vorzuwerfen, weil es die Feindseligkeiten eröffnete, ohne vorher eine Kriegserklärung zu erlassen. Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen hatte Japan vollauf allen völkerechtlichen Ansprüchen genügt. Hat nicht auch Preußen 1898 ohne Kriegserklärung die Feindseligkeiten begonnen?

Immerhin: jeder nach seinem Geschma! Was die „Konserwative Korrespondenz“ auch ferner für die Kulturmacht der Knute schwärmen!

Die Kandidatur Jenke getrauen sich die „Ordnungs“-Parteien zur Ertragswahl im 20. sächsischen Wahlkreis nicht wieder den Wählern anzubieten. Die „Sächs. Rationallib. Korresp.“ sagt: „Seine Niederlage im letzten Jahre hat gezeigt, daß er wegen seiner hervorragenden Stellung im Centralverband der Industriellen von den landwirtschaftlichen Kreisen des Volkes nicht genügend unterstügt wurde, daß er aber andererseits wegen seiner socialpolitischen Anschauungen von der gesamten Arbeiterschaft bekämpft worden ist.“ Die Herrschaften sollten sich nicht allzu sehr um eine „gute Kandidatur“ bemühen. Schon die einzige Thatsache der vollkommenen Verlagerung einer Landtagswahlrechtsreform genügt zum Siege der Socialdemokratie.

Dem Landtage für Coburg-Gotha ist der Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Wahlrechts zugegangen. Der Entwurf befaßt sich darauf, das Wahlgeheimnis zu sichern durch Einführung gedruckter Stimmzettel und Wahlscheine nach dem Muster des Reichstags-Wahlgesetzes. Bisher mußten die Wähler ihre Stimmzettel im Wahllokal schreiben, konnten aber auch mündlich zu Protokoll abstimmen. Diese Freiheit benutzten die „Freisinnigen“ zu schamloser Wahlbeeinflussung gegenüber der Socialdemokratie, indem sie die Parole ausgaben, daß alle Freisinnigen mündlich abzustimmen hätten. Die gegenwärtige Vorlage ist auf einen Landtagsbeschluß von 1901 zurückzuführen. Die gleichzeitig in diesem Beschluß geforderte direkte Wahl lehnt die Regierung mit der Begründung ab, daß sich die gegenwärtige Regenschaftsperiode zu solcher einschneidenden Aenderung nicht eigne. Die Vorlage wird sofort verhandelt werden.

### Zur bairischen Wahlrechtsreform.

München, 12. Februar. (Privattelegramm.) Zum bairischen Wahlgesetz-Entwurf, der Mitte nächster Woche in der Abgeordneten-Kammer zur Beratung kommt, hat die socialdemokratische Fraktion den Antrag gestellt, dem Artikel 14 die folgende Fassung zu geben: „Die Wahl der Abgeordneten ist direkt und geheim. Sie erfolgt durch absolute Mehrheit aller in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen Stimmen.“

Stellt sich bei einer Wahl eine solche Mehrheit nicht heraus, so ist eine weitere Wahlhandlung vorzunehmen, bei welcher die relative Mehrheit ohne Rücksicht auf ihr Verhältnis zur Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen entscheidet. Ergibt sich bei einer dieser Wahlhandlungen Stimmengleichheit, so entscheidet das Los, das vom Wahlkommissar gezogen wird.“

Der von der Regierung vorgelegte Wahlgesetz-Entwurf enthält die Bestimmung, daß bereits im ersten Wahlgang die relative Mehrheit entscheidet.

### Eine Konfiskation in der Kammer.

Aus München wird uns berichtet: In der Nacht vom 10. zum 11. Februar sind in der bairischen Abgeordnetenkammer offenbar die Heinekmännchen tätig gewesen. Auf dem Tische eines jeden Abgeordneten lag nämlich am 11. Februar früh eine kleine Flugchrift folgenden Inhalts:

#### Öffentliche Anfrage an die Herren „Simplicissimus“ und „Jugend“.

„Simplicissimus“ und „Jugend“: Fürmer Dr. von Osterer, von Daller, Lerno, Pöschel, Schäbler und Kohl.

Am 1. d. Landgericht Straubing fanden vor nicht langer Zeit mehrere Verhandlungen über verschiedene Sittlichkeitsverbrechen statt. Diese Sittlichkeitsverbrechen, begangen von Bürgern an schulpflichtigen Mädchen, wurden in einer Hochburg des Centrums, in England, dem Siege des Vorstandes des christlichen Bauernvereins Herrn Schinger verurteilt.

Bei diesen Verhandlungen kamen haarsträubende Dinge zu Tage und wurde erwiesen, daß in der Gemeinde Englmars fast sämtliche schulpflichtige Mädchen sittlich vollständig verdorben sind. Diese Sache erinnert an den Fall Hofauer in Pöding, wo auch eine ganze Generation zu Grunde gerichtet wurde.

Man stellt daher an obgenannte Herren die Frage, ob an diesen Verbrechen auch der „Simplicissimus“ und die „Jugend“ schuldig sind oder ob der Fehler wo anders zu suchen ist???

Nach vor Beginn der Sitzung ließ der Präsident scheinungsvoll diese indiskrete Anfrage durch Organe der Kammer konstatieren. Außerdem hat nachmittags ein hochnotwendiges Verhör des ganzen Personals stattgefunden, um zu erfahren, wer das Flugblatt (ohne die erforderliche Genehmigung des Direktoriums) wohl verteilt hat. Bis jetzt soll es aber nicht gelungen sein, den Täter zu ermitteln. In Centrumskreisen soll die Meinung bestehen, daß der Bauernbundesdoktor Gäch, der die Ultramontanen ja so ganz besonders liebt, der Autor des konstatierten Schriftstückes sei.

**Keine Majestätsbeleidigung.** Ein vernünftiges Urteil fällt das Breslauer Kriegsgericht gegen einen Kanonier vom dortigen Artillerie-Regiment, der anlässlich der letzten Anwesenheit des Kaisers in einem Straßenbahnwagen zu seinem Kameraden einige Bemerkungen über den Kaiser machte. Die Verhandlung wurde aus disciplinaren Gründen unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt. Das Gericht sprach den Angeklagten frei und begründete diesen Spruch öffentlich damit, daß sich der ungebildete Kanonier mit diesen Worten keiner Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe, sondern nur eine dumme und unpassende Äußerung gethan, die disciplinär bestraft werden kann.

#### Vom Herero-Krieg.

Aus Karibib wird einem Berliner Blatte vom Freitag gemeldet:

Gestern nachmittags um 1/2 5 Uhr brach das Detachement des Majors v. Etorff nordwärts nach Omaruru auf, um den Verbleib der Compagnie in Outjo festzustellen. Heute früh trafen hier die Compagnien Schering und Lieber aus Swakopmund ein. Eine von ihnen und zwei Geschütze gehen nach Windhoek, zwei Compagnien Marine-Infanterie mit vier Geschützen nebst Stab nach Okavango. Dort und in Windhoek wird ein großes Proviantmagazin angelegt. Das Leben ist hier enorm teuer: eine halbe Flasche Bier kostet 1,50 M., eine halbe Flasche Mineralwasser 1 M.

**Äthiopien-Bahn.** Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 11. d. M. dem bereits in der Äthiopie angelegten Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ueberrahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Zanzibar seine Zustimmung erteilt. Der Gesetzentwurf soll alsbald dem Reichstage vorgelegt werden. Nach den näheren Mitteilungen der „Nordd. Allg. Ztg.“ entspricht der Entwurf wesentlich den Anschauungen, die früher in der Budgetkommission über den Bahnbau hervorgetreten sind.

#### Rußland.

Eine geheime polnische Arbeiterversammlung wurde in diesen Tagen in Sosnowitz (Rußisch-Polen) von der Gendarmerie überrascht. Der Mehrzahl der Anwesenden gelang die Flucht. In den Händen der Gendarmen blieben der Beamte der französisch-russischen Gesellschaft, Wegnerowicz, drei Arbeiterinnen und ein Arbeiter.

An der Grenze werden fortwährend Leute, die Schriften transportieren über die Grenze bringen wollen, verhaftet, neulich wieder in Granica (an der galizischen Grenze) zwei Russinnen.

### Partei-Nachrichten.

Genosse Schippel schreibt uns:

Die ganze Sache wird nachgerade ungeheuerlich abgeschmackt. Auf Einzelheiten von Privatgesprächen kann ich mich nach Jahren natürlich nicht besinnen; es ist auch nicht üblich, darauf einzugehen. Ich muß es dem Genossen Enders-Chemnitz überlassen, zu antworten oder auch nicht zu antworten.

Aber ich habe sehr oft und sehr vielen Genossen gegenüber ausgesprochen — auch im dritten Berliner Kreise und wohl auch auf der Chemnitzer Medation — und ich habe das nie in Abrede gestellt:

Der Zoll erhält, ceteris paribus, selbstverständlich preisbildende Kraft. Ich gehe in dieser Beziehung sogar weiter, als mancher sich noch immer entrücken möchte. So habe ich es z. B. im dritten Berliner Kreise ziffernmäßig als halbes Gerede dargelegt, daß der französische Weizen Zoll (wegen der Behandlung Algiers als Inland) nicht in entsprechender Preiserhöhung zum Ausdruck gelangte.

Ich habe aber andererseits stets betont, daß die weltwirtschaftliche Konkurrenz nach der Mitte der siebziger Jahre eine so unvergleichlich gewaltige Verschiebung erfahren habe, daß der Weizen Zoll in ganz Mitteleuropa die von der herrschenden Politik als Mindestziel ersetzte Festhaltung des alten, in Jahrzehnten gewordenen mitteleuropäischen Preisniveaus nicht habe erreichen können, daß also allerdings die Weizenzölle nicht, wie es oft verstanden wird, Wucherzölle in dem Sinne seien, daß gewissermaßen zu den in Mitteleuropa abnormalen Preisen, Grundrenten und Bodenwerten noch der neue Zoll und die Zollkapitalisierung hinzutreten sei. Die Weizenzölle haben, selbst unter dem französischen und italienischen Hochzoll, an Stelle eines tiefen Preisniveaus ein schwächeres Preisniveau herbeigeführt. Die agrarische Grundrente steht seit dem Ende der siebziger Jahre, also in der Ära der Zölle, in ganz Mitteleuropa nahezu still, so daß seitdem der ganze kapitalistische Mehrwertzuwachs ungeteilt dem Kapital profit, den städtisch-gewerblichen Verhältnissen, zufällt, während früher Profit und Grundrente, Stadt und Land, sich aus dem enormen Mehrwertzuwachs gleichmäßig bereicherten.

Das kann sich wohl in dem und jenem Kopf ähnlich wiederholen, wie das aus der Erklärung Mühlens hervorkommt. Das kann mich aber nicht hindern, weiter zu Genossen das zu sagen, was ich für richtig und auch für ganz unerschütterlich halte. Mit unfer Eignen, sozialistischen Stellungnahme für und gegen Agrarrecht hat das natürlich zunächst gar nichts zu thun.

Zum Ueberflus erinnere ich alle Vergleiche daran, daß ich schon 1898 als Referent auf dem Stuttgarter Parteitag ausführte — leider ist die Wortfassung im Protokoll gerade nicht besonders schön:

Kautsky hat in seinem Referat gesagt, unsere heutigen Wucherzölle sind anders entstanden als die früheren. Heute habe die Furcht vor den Arbeitern die Bourgeoisie den Agrariern in die Arme getrieben und daher komme es, daß wir nicht nur Industrie, sondern auch Agrarzölle haben. Genossen! Uebersehen wir doch nicht Agrarrecht, noch dazu in jener Zeit! Nein, die Industriellen konnten den großen inneren

Markt, den ihr die Landwirtschaft unter den alten Preisverhältnissen hat, nicht verlieren, sie konnten die Landwirtschaft nicht einfach zu Grunde gehen lassen, und darum waren sie gezwungen, auch Weizenzölle zu betwählen.

Und um so viel teurer ist das Brot doch auch gar nicht geworden, die Weizenpreise auf dem Weltmarkt sind so heruntergegangen, daß wir heute trotz des Zolles noch ebenso billige und billigere Weizenpreise im Durchschnitt haben wie damals.

Aus demselben Grunde haben wir nicht bloß in Deutschland, sondern in Ländern mit ähnlicher Entwicklung Agrarzölle neben den Industriezöllen.

#### Max Schippel.

Wenn Genosse Schippel zwischen Wucherzöllen in dem einen Sinne und Wucherzöllen in einem andern Sinne unterscheidet, dann ist es allerdings möglich, daß Genosse Müllers ihn mißverstanden hat, da dieser vermutlich nur an eine Sorte Wucherzölle gedacht hat.

Genosse Schippel hat darin recht, daß seine Darlegungen über die historische Entwicklung der Preisbildung und über die Verteilung der Rente auf die verschiedenen Interessengruppen zunächst nichts mit unserer Stellungnahme — die natürlich nur eine sozialistische ist — für und gegen Agrarrecht zu thun haben. Diese Darlegungen lassen sozialistische und agrarische Konsequenzen offen.

Wir Sozialdemokraten sind Gegner der Agrarzölle, nicht weil die Preise an sich hoch oder niedrig sind, sondern weil die Zölle ein Mittel sind, die Preise und die Grundrente künstlich auf einem höheren Niveau zu erhalten, als sie ohne die Zölle wären. Wenn Schippel das ausgesprochen hätte, dann hätten wir es zu sagen nicht nötig gehabt.

Eine illustrierte März-Zeitung erscheint zum März im Verlage der Buchhandlung Vorwärts. Vierzig Jahre sind im August dieses Jahres verfloßen, seit Ferdinand Lassalle der deutschen Arbeiterklasse entrissen wurde. An die Bedeutung Lassalles will die diesjährige März-Zeitung erinnern durch die Wiedergabe eines bisher noch nicht veröffentlichten Porträts Lassalles, nach einer Zeichnung von L. Vietich und durch einen Artikel: „Lassalle und die Revolution“ von Rosa Luxemburg. Die März-Zeitung wird aber auch jener gedenken, die durch Wort und Bild der Freiheit eine Gasse bahnten. Das Titelbild zeigt einen neuen Winkler, wie er mit unwiderstehlicher Kraft der Feinde Langen zerplittert. Den größten Beifall der Genossen wird aber das Mittelbild finden: eine vorzüglich gelungene Wiedergabe des Delgenbildes aus dem Pariser Louvre Rouget de L'Isle trägt zum erstenmal die Parcellen vor. An textlichen Beiträgen nennen wir noch: „Wir schreiten dem Ziel entgegen“, Gedicht von E. Kreonowski. — „Revolutionslegenden“ von A. Conrad. — „Revolution und Kunst“ von H. Ströbel. Die März-Zeitung wird außerdem durch künstlerisch ausgeführte Vignetten belebt, so daß sie als schönes Kunstblatt die Agitation fördern und unsere Ideen in weitere Kreise tragen wird. Preis 10 Pf., bei Parteebezug Rabatt, ohne Remissionsrecht. — Von dem großen Mittelbild „Die Parcellen“ hat der Verlag auf feinstem Ausdruckskarton ein Kunstblatt in Kartongröße 60x57 Centimeter herausgegeben, das einen vorzüglichen Zimmerschmuck abgibt. Der Preis ist 40 Pf. ord. — Von demselben Verlage ist außerdem eine illustrierte Postkarte angefertigt, die wir zu weitest Verbreitung empfehlen. Der Preis ist 100 Expl. 3 M., 250 Expl. 7 M., 500 Expl. 12,50 M., 1000 Expl. 20 M. Die Bestellung erfolgt pünktlich bis zum 10. März, wenn die Bestellung bis spätestens den 22. Februar bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, eingegangen ist. In Berlin wird die Zeitung mit Erscheinen in allen Parteispeditionen zu haben sein.

„In freien Stunden“. Illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt das 7. Heft dieser Zeitschrift zur Ausgabe. Es bringt die Fortsetzung des Romans „Die Insurgenten des Mississippi“ von Friedrich Gerstädt; ferner die Fortsetzung des Romans „Gabriel Lambert, der Galeerenslave“ von Alexander Dumas, außerdem eine kleine Erzählung „Wie ein Polizeiwachtmeister unschuldig geprügelt wurde“, sowie „Dies und Jenes“, „Witz und Scherz“, die den Inhalt des Heftes vervollständigen. Jedes Heft kostet 10 Pf. und ist in allen Partei-Buchhandlungen zu haben.

### Aus Industrie und Handel.

Von dem Projekt der Errichtung einer Schiffswerft durch die Firma Friedr. Krupp und den Bremer Norddeutschen Lloyd am Dortmund-Ems-Kanal weiß die „Voss. Ztg.“ zu berichten. Wie ihr aus Essen geschrieben wird, ist dort die Nachricht verbreitet, daß beide genannten Gesellschaften beabsichtigen, am Dortmund-Ems-Kanal in der Nähe des von ihnen gemeinsam in Angriff genommenen Kohlenbergwerks „Emscher-Typpe“ bei Datteln eine Schiffbau-Anstalt für Kanal- und Flußschiffe zu errichten. „Es läßt sich augenblicklich schwer kontrollieren“, heißt es in der Korrespondenz, „ob diese Nachricht zutreffend ist. Sollte sie es aber sein, was immerhin sehr gut möglich ist, so würde der Dortmund-Union, die bereits eine Schiffbau-Anstalt bei ihrem Dortmunder Hauptwerk besitzt, eine empfindliche Konkurrenz erwachsen. Es ist möglich, daß dieser neue Plan — seine wirkliche Existenz immer vorausgesetzt — sein Entstehen zunächst dem Umstande verdankt, daß der Norddeutsche Lloyd nach Fertigstellung der Necke „Emscher-Typpe“ einen großen Teil seines Bedarfs an Dampfkohlen in eigenen Schiffen auf dem Emskanal von dieser beziehen wird. Aber auch die große Wahrscheinlichkeit der endlichen Annahme der Kanalvorlage im Landtage wird zur Anregung des Planes beigetragen haben, zumal die Firma Friedr. Krupp den Schiffbau bisher noch nicht betrieben hat und für ihre neuen Werke bei A. Heinhäusen selbst eigne Transportschiffe zu bauen beabsichtigt.“

Eine herzogliche Gründung. Wie aus Genf gemeldet wird, ist dort mit einem Kapital von 50 Millionen Frank eine internationale Finanzgesellschaft gegründet worden, die sich mit allen Finanzoperationen auf industriellem, kommerziellem, agrarischem und kolonialem Gebiet, mit Immobilien, öffentlichen Arbeiten und Bankgeschäften in der Schweiz und im Auslande befassen soll. Die Statuten sehen ein Kapital von 50 Millionen Frank vor, das in 20 000 Aktien à 2500 Fr. eingeteilt und vollständig eingezahlt ist. Es kann nach und nach auf 125 Millionen erhöht werden. Vorsitzender des Verwaltungsrates ist der Herzog von Somerset. Die Nationalkomitees sind oder werden noch gebildet. Vorsitzender des schweizerischen Komitees ist Kainin, des französischen der frühere Vizekonsul Bourée, des englischen ist der Herzog von Somerset, des österreichischen ist Graf M. Esterhazy und des deutschen Prinz Hohenlohe. Die Generalversammlung wird alljährlich im Mai in Genf abgehalten werden.

Die Arbeitslosigkeit unter den Handlungsgehilfen Berlins während der letzten Krise. In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Kellerei der Kaufmannschaft von Berlin für das Jahre 1903 wird auch über die kaufmännische Stellenvermittlung und die Wirkung der Krise auf den kaufmännischen Arbeitsmarkt berichtet. „Die Statistik der kaufmännischen Stellenvermittlung“, heißt es in den betreffenden Ausführungen, „ist zwar noch zu jung, für zwei in unserm Korporationsbezirk bestehende Stellenvermittlungen können wir aber wenigstens die Jahresdurchschnitte geben. Auf 100 offene Stellen kamen bei dem Verein junger Kaufleute 1895 127,4, 1896 135,6, 1897 112,6, 1898 117,2, 1899 112,3, 1900 129,0, 1901 143,5, 1902 156,6, 1903 137,4, bei dem kaufmännischen Verband für weibliche Angestellte in denselben Jahren 127,9, 123,4, 124,7, 116,2, 133,8, 145,1, 139,1 und 120,3. Diese Zusammenstellung ist bemerkenswert, weil sie in einem Punkt von allen Beobachtungen abweicht, die sonst in Deutschland während der Zeit der Krise gemacht worden sind. Ueberall war die Krise beschränkt auf den männlichen Arbeitsmarkt, während umgekehrt, vom Eintreten der Krise an, der weibliche Arbeitsmarkt genau die entgegengesetzte Entwicklung zeigte und der männlichen Arbeitslosigkeit eine günstigere

Lage der weiblichen Arbeitsfindenden entsprach. Muß man annehmen, daß der Grund hiervon in der niedrigeren Lösung der weiblichen Arbeit liegt, die sie in geschäftlich flauen Zeiten gesuchter erscheinen läßt, so geht dagegen aus der obigen Statistik hervor, daß in der Berliner Handlungsgehilfen-Vermittlung dieser Unterschied nicht entfernt in dem gleichen Maße vorhanden ist. Auf die Höhe der Konjunktur, wo im Jahre 1899 beide Geschlechter einen geringeren Andrang von Arbeitsfindenden als im Vorjahre zeigten, folgten zwei Jahre, in denen sie beide gleichmäßig unter dem Druck der Krise den Andrang von Jahr zu Jahr wachsen sahen. Die Besserung des Jahres 1903 ist wiederum beiden Geschlechtern zu gute gekommen. Daraus dürfte hervorgehen, daß die oft gehörte Behauptung, die kaufmännischen Prinzipale bevorzugten weibliche Buchhalter usw. lediglich wegen ihrer niedrigeren Gehälter, in diesem Umfang nicht den Tatsachen entsprechen kann. Im Vergleich zur sonstigen Verwendung der weiblichen Arbeitskraft macht sich hier vielmehr ein derartiger Einfluß in auffallend geringem Maße bemerkbar.“

Die Weiseführung erscheint recht wenig zwingend. Der Kreis der oben in Betracht gezogenen Handlungsgehilfen und -Gehehilfen ist viel zu klein, als daß daraus die im Jahresbericht des Kellerei-Kollegiums enthaltenen allgemeinen Folgerungen gezogen werden dürfen. Aber selbst wenn man die Zahlen als richtig anerkennet, beweisen sie nicht die Schlüsse, die daraus abgeleitet werden. Der Bericht giebt nur die Jahre 1900 und 1901 in Betracht. In diesen beiden Jahren wachst allerdings der Andrang von männlichen und weiblichen Arbeitskräften auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt ziemlich gleichmäßig. Wie aber steht es im Jahre 1902, dem jäherlichen der Krise? In diesem steigt das Angebot der männlichen Arbeitskraft von 143,5 auf 156,6; dagegen fällt das Angebot weiblicher Arbeitskraft von 145,1 auf 139,1. Es nimmt also die Einstellung von Handlungsgehilfen auf Kosten der Beschäftigung von Handlungsgehilfen zu. Auch das Jahre 1903 zeigt im wesentlichen die gleiche Tendenz. Es nimmt zwar infolge der Besserung des Geschäftsganges auch das Angebot von männlicher Arbeitskraft auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt ab, aber nur von 156,6 auf 137,4; hingegen bei den Handlungsgehilfen von 139,1 auf 120,3. Wenn also nicht gleich zu Beginn der Krise, so haben doch später, als ihr Druck heftiger wurde, auch die Berliner Prinzipale die teure männliche Arbeitskraft durch die billigere weibliche ersetzt.

### Gewerkschaftliches.

#### Ein russisches „Grimmischau“.

Der Kapitalismus ist international. Er geht unter jeder Staatsform, er heuet überall die Arbeiter in gleicher Weise aus, er schlägt die sich dagegen Sträubenden überall mit denselben Waffen und mit derselben Brutalität nieder. Und überall hat er bei diesem Werk an seiner Seite die machthabenden Gewaltigen, in der freiesten Republik und im Staate des schlimmsten Despotismus.

In Grodno, einer Stadt im litauischen Rußland, ist es jetzt zu einer Ausperrung gekommen, die in ihrem Verlaufe und namentlich im Verhalten der beteiligten Kapitalisten ganz und gar an Grimmischau erinnert. Hier wie da ist es aus einem kleinen Anlaß, aus einer völlig gerechtfertigten geringfügigen Forderung der Arbeiter zu einer Ausperrung gekommen; hier wie da machte das Fabrikantentum aus der Lohnfrage eine „Machtfrage“ und warf rücksichtslos auch die Leute auf die Straße, welche gar keine Forderungen gestellt hatten.

In der Zigarettenfabrik von Schereschewsky zu Grodno verlangten die Frauen, welche bei 12stündiger Arbeitszeit 250 Mark bis allerhöchstens 5 Mark pro Woche verdienen, eine Erhöhung des Wochenlohnes um eine Mark! Der Fabrikant sagte erst zu, zog aber dann seine Zusage wieder zurück, und nun kam es zum Streik.

Darauf antwortete Schereschewsky mit einer Ausperrung. Er dekretierte: Auf drei Monate wird die Fabrik geschlossen!

In Betracht kommen 2000 Streikende bezw. Ausgesperrte — mit den Familien über 10 000 Köpfe.

Unter diesen Leuten ist nun die schlimmste Not ausgebrochen. Ein Aufruf, der zur Sammlung für die Ausgesperrten auffordert, bringt Entsetzen erregende Bilder von der Wirkung der Ausperrung. Nahezu einen Monat hungern die Ausgesperrten jetzt schon.

Die jugendlichen Arbeiter halten tapfer aus, aber die Greise und Greisinnen (und solche giebt es viel bei Schereschewsky) erreichten den letzten Grad der Verzweiflung. Scharenweise klopfen sie an die Thore der Fabriken, schauerhaft, abgemagert, ausgezehrt, als verkörperte Hunger und Not, und laut weinend, flehen sie zum Fabrikanten um Arbeit. Es kommen Szenen vor, die zu beschreiben unmöglich sind. Um das Herz des Fabrikanten zu erweichen, rufen die unseligen Greisinnen beim Erscheinen von Schereschewsky nachstehendes: „Schereschewsky soll leben! Unsere Männer sollen sterben, aber Schereschewsky soll leben! — Unsere Männer sollen sterben! Frauen und Mütter wünschen den Tod ihren Männern und Söhnen, die es gewagt haben, dem allmächtigen Arbeitgeber zu trotzen. Herr Schereschewsky kann zufrieden sein!“

Der Herr ist wert, zum Ehrenmitglied eines der deutschen Schachmacherverbände ernannt zu werden!

Bei der schwachen Organisation, welche die Leute haben, ist es ihnen leider unmöglich, die notwendige Unterstützung von etwa 250 M. pro Tag aufzubringen. Da muß das internationale Proletariat eingreifen. — Einmalige Gelder zur Unterstützung der Unglücklichen werden unter folgender Adresse entgegen genommen: Genève (Schweiz), Imprimerie Israélito, Rue de la Carouge 81.

#### Berlin und Umgegend.

Das Internationale Komitee der Bildhauer hatte im vergangenen Jahre eine Einnahme von 425,52 M. bei einer Ausgabe von 225,41 M. Das Komitee sandte 4500 französische Flugblätter an das Pariser Syndikat. Zur Agitation unter den italienischen Bildhauern wurde unter diesen der „Opereio Italiano“ verbreitet. Die Adresse des Komitees ist wie bisher: G. Winkler, Nizborf-Berlin, Kirchhofstraße 46.

#### Deutsches Reich.

#### Ein freigesprochenen Streikführer.

Allgemeines Aufsehen erregte seiner Zeit ein Urteil des Schöffengerichts in Magdeburg, das den Klempner Rudolf Schäler wegen Vergehens gegen den § 163 der Gewerbe-Ordnung zu fünf Tagen Gefängnis verurteilt hatte, weil er einen Arbeitswilligen an den Arm gefaßt und ihm gesagt hatte: „Kollege, Du wirst doch nicht so dumm sein zu arbeiten. Du bekommst ja, wenn Du die Arbeit einstellst, Unterstützung von dem Verband.“ Das Schöffengericht hatte in diesen Worten eine Beleidigung, in der Verärgerung aber eine — Anwendung körperlichen Zwanges erblickt.

Gegen das Urteil war von Schäler Berufung eingelegt worden, so daß sich jetzt auch die Strafkammer mit der Sache zu befassen hatte. Der als Zeuge vernommene Arbeitswillige hat sich, wie er angiebt, durch die Worte nicht beleidigt gefühlt. Von dem Handgriff des Angeklagten sagt er: „Er ist so gewesen, wie man jemand anfacht, mit dem man sprechen will.“

Trotzdem glaubte nach Schluß der Beweisaufnahme der Herr Vorsitzende dem Verteidiger noch die Frage stellen zu müssen, ob er

nicht die Berufung zurückziehen wollte. Dieser verneinte das jedoch und das Gericht sprach denn auch den Angeklagten frei und rehabilitierte dadurch die Magdeburger Justiz vor der Öffentlichkeit, die das Urteil des Schöffengerichts seiner Zeit „spezifisch Magdeburgisch“ genannt hatte.

**Die beschwerten Breslauer Arbeitwilligen.** Am Donnerstag fanden die beiden Arbeitwilligen vor Gericht, aus deren Aussagen die organisierten Maurer Nachahle auf 1 1/2 Jahre ins Gefängnis gekommen sind. Bei Verlesung der Strafbefehle dieser Herren ergab sich, daß der eine von ihnen acht mal, der andre zwölf mal verurteilt ist. Diesmal wurde das edle Brüderpaar nur wegen Vogelstehens zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt. — In zwei Wochen steht wieder ein organisierter Maurer vor Gericht, der die beiden Herren „belästigt“ und „terrorisiert“ haben soll.

#### Crimmitschau nach der Aussperrung.

Noch immer sind in Crimmitschau 1500 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt. Die Unternehmer versuchen trotzdem noch fremde Arbeitswillige hereinzuführen. Die organisierten Arbeiter allerorts werden eruchet, den Zugang streng fernzuhalten.

Auch die völlige Versammlungsfreiheit scheint noch nicht völlig hergestellt. Bei den letzten Versammlungen wurde gegenüber früheren Beschlüssen angeordnet, daß die Fälle, in welchen die Versammlungen stattfanden, nicht eher als um 8 Uhr geöffnet werden dürfen. Den Winderjährigen wurde überhaupt gleich am Eingang der Eintritt durch die Schutzmännerschaft verweigert; sie hatten also zu den Versammlungen keinen Zutritt. Nach dem sächsischen Vereins- und Versammlungsrecht ist die Ausweisung der Winderjährigen nur dann erst zulässig, wenn die Versammlung eine politische ist, nicht aber bei gewerkschaftlichen Versammlungen. Jedoch seit Prägung des Wortes „Nachtprobe“ durch die Unternehmer scheint man in Crimmitschau den Unterschied von politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen nicht mehr finden zu können. Die Versammlungsbesucher hatten natürlich keine Kenntnis von dem „neuen“ Vereinsgesetz und jeder wollte der erste sein, um Platz zu bekommen, weshalb jeder einzelne sich zeitig auf den Weg machte. Zu allgemeinem Erstaunen fand man die Türen verschlossen, so daß dadurch eine Massenansammlung auf den Straßen stattfand, bis um 8 Uhr geöffnet wurde. Rummel bot sich dem stillen Beobachter ein ungewöhnliches Schauspiel. An beiden Seiten der Eingangsthüren stand ein Schutzmann, der pflichteifrig zählte, damit ja kein Mensch zu viel in die geräumigen Säle hineinging.

Normale Verhältnisse bestehen also auf dem Gebiete des Versammlungswesens in Crimmitschau noch keineswegs.

#### Ausland.

##### Die Differenzen in der Diamantindustrie.

**Ausperrung in Amsterdam.** „Der Volk“ hat vorgestern folgendes Bulletin verbreitet: „Gestern morgen wurden verschiedene Firmen durch die Amsterdamer Juweliervereinsung telegraphisch ersucht, die Arbeit zurückzubehalten, worauf eine Anzahl Diamantjuweliere unmittelbar die Arbeitsplätze verlassen mußte. Daraus sind geschlossen worden, daß die Aussperrung begonnen hat. — Der Allgemeine Niederländische Diamantarbeiter-Verband nimmt eine abwartende Stellung ein.“

Weiter wird gemeldet, daß die Fabrikbesitzer am Abend desselben Tages telegraphisch zu einer Versammlung eingeladen wurden, wo einzig und allein über die eventuelle Schließung der Fabriken beraten werden sollte.

**Streit und Aussperrung in Antwerpen.** Die Antwerpener Fabrikbesitzer haben sich nun doch den Wünschen der Juweliere gefügt und am Donnerstagsmorgen ihre Fabriken geschlossen. Dadurch ist die Arbeitseinstellung in Antwerpen so gut wie allgemein. Von der „Wald-Diamantindustrie“ einer Fabrik mit 600 Mühlen, wird erwartet, daß sie vorläufig nicht geschlossen wird. — Nach einer Mitteilung im „Handelsblatt“ sollen in Antwerpen die Arbeitgeber bereits für 650 Schleifer bewilligt haben. Die Arbeitenden sollen 10 Proz. ihres Lohnes zur Unterstützung der Ausschüssigen abgeben, was eine Summe von ungefähr 5000 Fr. pro Woche ergeben wird. Für die ersten vierzehn Tage soll keine Unterstützung gezahlt werden.

**Die Stahlarbeiter Londons** haben nach 13wöchigem Kampfe die Arbeit bedingungslos aufgenommen. Die Sieger üben jetzt Nachdruck auf deutschem Mutter; beim Antritt zur Arbeit muß jeder die Erklärung abgeben, daß er aus keiner Organisation austritt; damit ist nun zum viertenmal der Versuch, eine Organisation ins Leben zu rufen, mißlungen. Nach Mitteilung des Sekretärs der Organisation herrscht großer Arbeitsmangel. Mehr als 100 Kollegen sind zur Zeit noch ausgesperrt.

## Soziales.

### Merzte und Krankenkassen.

Die 130 Merzte der Allgemeinen Orts-Krankenkasse in Magdeburg haben der Kasse, wie wir gestern schon telegraphisch meldeten, mitgeteilt, daß sie von Sonntag an keine Kasienpraxis mehr ausüben und die Mitglieder der Kasse nur als Privatkranke behandeln wollen. Sie verlangen — etwas Neues in dem Streit der Merzte gegen die Kassen — die Entlassung des Rendanten Erich Wendtland, der ihnen durch die scharfe Kontrolle ihrer Thätigkeit unbehaglich geworden ist. Außerdem verlangen sie Ertrag des Pauschale durch die Bezahlungen nach Einzelleistungen.

Die Kasse denkt nicht daran, den gänzlich unberechtigten Forderungen nachzugeben.

Gegen die fortwährenden Versuche, den Widerstand der Kassen gegen die ärztlichen Forderungen als eine Angelegenheit der sozialdemokratischen Partei hinzuzufügen, wenden sich die Unternehmervertreter im Vorstände der Leipziger Ortsklasse mit einer öffentlichen Erklärung, in der es heißt:

1. Die Unterzeichneten sind Anhänger verschiedener politischer Parteierrichtungen, haben aber noch niemals Veranlassung gehabt, ihre politischen Anschauungen im Gegensatz zu andern Klassen-Vorstandsmitgliedern, insbesondere zu den von Arbeitnehmern gewählten, geltend zu machen oder auszusprechen. Politisch wird weder in den Vorstandssitzungen, noch in den Generalversammlungen, noch bei der inneren Verwaltung der Kasse getrieben; Arbeitgeber und Arbeitnehmer erheben die der Kasse gesetzlich obliegenden Geschäfte in rein sachlicher Weise, wobei ausschließlich die Interessen der Kasse und der Gesamtheit ihrer Mitglieder maßgebend sind.

2. Es ist daher auch durchaus unrichtig, daß die Arbeitgeber im Klassenvorstand von den die Rechte bildenden Vertretern der Arbeitnehmer majorisiert oder nicht genügend berücksichtigt würden. Thatsächlich sind beide Kategorien von Vorstandsmitgliedern in dem Bestreben, nur dem Wohle der Kasse und ihrer Mitglieder zu dienen, vollständig einig, so daß die Geschäfte des Vorstandes fast regelmäßig mit Einstimmigkeit gefahrt werden.

Gegen die ärztlichen Forderungen wandte sich dieser Tage auch der Vorsitzende eines evangelischen Arbeitervereins, Herr Schöwalter, in einem Artikel im „Reichsboten“. Das gleiche hatten zwei Fachblätter christlicher Gewerkschaftsorganisationen: das „Gewerkschaftsblatt“ und der „Deutsche Holzarbeiter“. Auch die „Germania“ hält den Merzten „einseitige Stellungnahme vor. Die „Allgemeine Zeitung“ mußte vor einigen Tagen eine Zuschrift von den kaufmännischen Krankenkassen für Rheinland und Westfalen, des Leipziger und des Hamburger kaufmännischen Verbandes veröffentlichen, in der dargelegt wurde, daß die ärztlichen Forderungen die Existenz der Kassen bedrohen.

In Leipzig sollen Verhandlungen zwischen der Ortsklasse und den Merzten auf Veranlassung und unter dem Vorsitz des Kreis-hauptmanns v. Ehrenstein stattfinden.

Die Konfessionsordnung ist durch Beschluß des Bundesrats vom 11. Februar abgeändert worden. Der Text der Abänderung ist noch nicht bekannt.

#### Kaufmannsgerichte.

Dem Reichstage ist eine Petition um Einbeziehung aller Streitigkeiten zwischen Geschäftsherren und ihren Agenten in die Kompetenz der zu schaffenden Kaufmannsgerichte zugegangen. In deren Begründung wird darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Lage einer großen Zahl von Agenten schwächer als die der Handlungsgehilfen sei, zumal ihnen Gesetz und Handelsgebrauch verschiedene Rechtswohlthaten verweigern, die sie in weiterer Nähe dem Angestellten zubilligen. Dazu gehört in erster Linie die Sicherung der verdienten Provision im Falle eines Konkurses des vertretenen Hauses. Derartige Verluste treffen den Agenten um so empfindlicher, als es sich bei ihm um einen Verdienst und den Ertrag von Vorauslagen für die Zeit von drei oder sechs Monaten handelt, ganz abgesehen von dem empfangenen Gewinn in den auf die Konkursöffnung folgenden nächsten Monaten. Nach langer Arbeit wird ihm dann nur eine, oft auch keine Quote ausbezahlt, während der Angestellte, und zwar mit vollem Recht, seine bevorrechtigte Befriedigung verlangen kann, nicht allein für rückständiges Gehalt, sondern auch für den ganzen Rest der Vertragsdauer.

## Verfammlungen.

### Protest gegen preussische Liebedienerei vor Rußland.

Ungewöhnlich stark war die Volksversammlung besucht, welche die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen am Donnerstag nach Kellers Saal einberufen hatte. Schon eine Stunde vor dem Beginn der Versammlung war der Saal fast vollständig gefüllt. Um den noch fortgesetzt hereinströmenden Männern und Frauen Platz zu schaffen, entfernte man sämtliche Tische aus dem Saal, der dann von einer dichtgedrängten Menge gefüllt wurde, während viele überhaupt keinen Einlaß mehr fanden. — Das Referat hatte Klara Jettin übernommen. „Der Jar in Deutschland botan“ lautete das Thema ihres Vortrages. Genossin Jettin begann mit einer Kennzeichnung der Anschuldigung, welche Herr v. Nichtshofen als Regierungsvorredner im Reichstage gegen die in Deutschland weilenden russischen Studentinnen erhob, indem er behauptete, dieselben huldigen der freien Liebe. Die Rednerin wies ferner darauf hin, daß sich gegen diese schändliche und unbegründete Anschuldigung keine Stimme des Protestes aus den Reihen der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen erhoben hat. Die russischen Frauen sind im Kampfe um das Recht auf Bildung allen vorangegangen, sie haben durch wissenschaftliche Thätigkeit den Beweis von der Gleichwertigkeit der Frau auf diesen Gebieten geliefert, sie haben als Mütterinnen für ihre Ueberzeugung gelitten. Die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen hätten alle Ursache gehabt, zu protestieren gegen die Schmach, welche ihren Schwestern, den russischen Vorkämpferinnen für Frauenrechte, angethan worden ist, aber sie sind stumm geblieben. Und warum? Den beschimpften Russinnen haßte, um mit Friedrich Wilhelm IV. zu reden, der Ludergeruch der Revolution an. Deshalb haben die bürgerlichen Frauen, welche Fleisch vom Fleische der Bourgeoisie sind, geschwiegen. Aber wir Proletarierinnen wollen nicht teilhaben an der Schmach, welche den russischen Studentinnen auf deutschem Boden angethan worden ist. Wir erheben unsere Stimme zum Protest und entziehen den russischen Frauen und Mädchen unsere Hochachtung. Hunderte von Russen und Russinnen kommen als Gäste nach Deutschland. Sie kommen nicht als politische Flüchtlinge, sondern weil sie eine freiere Luft atmen wollen wie im Reiche der Krute, und weil sie teilnehmen wollen am Kulturleben der Gegenwart. Aber was finden die russischen Gäste hier? Sie müssen sehen, daß sich das offizielle Deutschland in ein Vorzimmer der russischen Geheimpolizei verwandelt hat. Das Asylrecht besteht nicht für die russischen Studenten und Studentinnen. Kaum auf deutschem Boden angekommen, verfallen sie der Ueberwachung durch Spichel, ja selbst die Universitätsbehörde hat sich zum Helfer der russischen politischen Polizei erniedrigt. Die Rednerin verwies auf die bekannten Fälle, welche in letzter Zeit durch die Presse und im Reichstage von unserer Seite zur Sprache gebracht worden sind; scharf kritisierte sie das Verhalten der deutschen Behörden, welche dem Treiben der russischen Spichel auf deutschem Boden ruhig zusehen, die russischen Gäste den Schergen des Jares ausliefern, und sogar deutsche Staatsangehörige, die sich an der Verbreitung von in Deutschland nicht verbotenen Schriften beteiligt haben sollen, wegen Weisheit zur Jarenbeleidigung und zum Hochverrat gegen Rußland verfolgt. Weiter rechnete Genossin Jettin mit dem Freiherren v. Nichtshofen ab. Es sei dem Herrn wohl nicht bekannt, daß die freie Liebe, und zwar in abgrenzender Weise, gerade in bevorzugten Studentenkreisen herrscht, und daß die freie Liebe zu allen Zeiten in Hofkreisen betätigt worden ist. Die russischen Frauen aber, wenn sie auch über Liebe, Ehe und Familie viel philosophiert haben, betätigen eine durchaus keusche Lebensführung, die sie befähigt, frei und unbefangen mit dem andern Geschlecht freundschaftlich und kameradschaftlich zu verkehren. Ferner widerlegte die Rednerin die Behauptung des Freiherren v. Nichtshofen, die russischen Studenten und Studentinnen seien Anarchisten. Sie wies nach, daß der Anarchismus, sowohl der theoretische wie der praktische, in Rußland nie eine Rolle gespielt habe, und daß jetzt, wo das russische Proletariat an den Freiheitsbestrebungen der Gebildeten teilnimmt, in Rußland kein Boden für den Anarchismus vorhanden sei. Nachdem die Rednerin die geschichtlichen Thatsachen besprochen hatte, welche eine Folge des preussisch-russischen Freundschaftsverhältnisses sind, führte sie aus, daß die deutsche Bourgeoisie die Schuld an der schamlosen Liebedienerei vor dem Parisismus trage. Die deutsche Bourgeoisie, welche einst selber für Freiheit kämpfte, hat ihre Ideale vergessen aus Haß gegen das Proletariat. Die deutsche Bourgeoisie muß die russische Politik unterstützen, um im eignen Vaterlande das vorwärtsstrebende Proletariat niederhalten zu können. Die deutsche Bourgeoisie ist die eigentlich Verantwortliche für die Liebedienerei vor Rußland, sie begünstigt dadurch die russische Politik und ist somit verantwortlich für die Schandthaten des russischen Despotismus. Das deutsche Proletariat muß deshalb erklären: War haben keinen Teil an dieser Politik. Wenn die Lösung der Bourgeoisie und des offiziellen Deutschland ist: Der Jar in Deutschland voran, so ist unsere Lösung: Im Kampfe gegen die Reaktion voran, im Kampfe für die Freiheit voran, dem revolutionären Gedanken eine Gasse. Nachdem Genossin Jettin ihren Vortrag beendet hatte, durchbrausten langdauernde, sich mehrmals wiederholende Beifallstürme den Saal. Dann wurde die folgende Resolution ohne Diskussion angenommen:

Die Versammlung erhebt flammenden Protest gegen die dem deutschen Volke angethane Schmach, die sich in der Liebedienerei gegenüber dem russischen Despotismus, in der Verfolgung russischer Freiheitskämpfer auf deutschem Boden und in der Verfolgung deutscher Bürger, russischer Schergen zuliebe, äußert. — Die Versammlung erklart in dem Verhalten der Reichsregierung gegenüber den freien Zumutungen des russischen Despotismus eine Fortsetzung jener verhängnisvollen Politik, die seit dem Anfange des 19. Jahrhunderts eine fortgesetzte Preisgebung der Interessen der Freiheit und der Demokratie bedeutet. Sie lehnt ebenso mit Empörung jede Unterstützung der russischen Eroberungs- und Raubpolitik ab, die soeben zu einem neuen blutigen Kriege, zum systematischen Massenmord in Ostasien geführt hat. Die Versammlung brandmarkt den politischen und moralischen Verfall des deutschen Bürgeriums, dessen Freiheit und Recht an den Idealen des Liberalismus in erster Linie dafür verantwortlich wird, daß die deutsche Regierung ihre Freundschaft der russischen Despotie gegenüber in so unehrenhafter Weise zu betätigen wagt. Endlich fordert die Versammlung ihre brüderlichen Grüße und die Versicherung ihrer innigsten Sympathien den russischen und polnischen Sozialdemokraten, die mit vereinten Kräften für die Niederwerfung des blutgetränkten Autokratismus kämpfen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für Rowawes-Neuendorf beschäftigte sich in seiner letzten Mitgliederversammlung mit dem Ausschluß einiger Mitglieder, welche bei der Landtagswahl nicht gewählt haben. Hierüber erstattete Genosse Jöfner Bericht über die Kreis-Generalversammlung. Im Anschluß hieran referierte Genosse Hoffmann über die bevorstehenden Gemeindevahlen. Er teilte der Versammlung mit, daß der Vorstand mit den Bezirksführern eine Sitzung abgehalten habe, um die Vorarbeiten zu treffen und die Agitation in die Wege zu leiten. Auch habe sich die Sitzung mit der Kandidatenfrage beschäftigt. Genosse Hoffmann unterbreitete der Versammlung den Vorschlag, sich in diesem Jahre in Rowawes auch in der zweiten Abteilung an der Gemeindevahl zu beteiligen, da begründete Aussicht vorhanden ist, eine größere Stimmzahl auf die Sozialdemokratie zu vereinigen. Die Versammlung beschloß, sich an der Wahl der zweiten Abteilung zu beteiligen. Als Kandidaten der dritten Abteilung werden für Rowawes die bisherigen Vertreter aufgestellt: Otto Hiemele, Restaurateur, als Hausbesitzer und Hermann Hähnchen, Weber, als Mieter. Für die zweite Abteilung wurde Genosse Max Franke, Zimmerer, als Hausbesitzer und die Genossen Wih. Zappe, Schuhmacher und Otto Hammer, Weber, als Kandidaten nominiert. In Neuendorf sind in diesem Jahre in der dritten Abteilung 4 Gemeindevorteiler zu wählen, von welchen einer Hausbesitzer sein muß. Da es nicht möglich war, für Neuendorf einen Hausbesitzer ausfindig zu machen, so wurde sich die Versammlung schlüssig, nur vier Mieter als Kandidaten aufzustellen und zwar wurden die Genossen Simon Dumernitz, Kupferschmied, Wih. Schulz, Maler, Paul Häfner, Buchbinder und Fritz Sternemann, Anschläger als Kandidaten für Neuendorf nominiert.

## Sieg in Hamburg.

Hamburg, 12. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Bürgerchaftswahl errang die Sozialdemokratie einen großartigen Sieg. Zwölf Mandate wurden im ersten Wahlgange errufen. Sechs Parteigenossen kommen in Stichwahl. Die Antisemiten unterlagen überall. Bis her hatten wir in der 160 Mitglieder zählenden hamburgischen Bürgerchaft nur einen Vertreter.

Hamburg, 12. Februar. (B. L. B.) Bei der heutigen halb-schichtigen Bürgerchaftswahl wurden gewählt vier Rechte, sechs linkes Centrum, zwölf Linke und zwölf Sozialdemokraten. Außerdem sind sechs Stichwahlen erforderlich, bei denen wahrscheinlich die bürgerlichen Kandidaten gewählt werden dürften. Die Sozialdemokraten haben sämtliche 12 Sitze neu gewonnen und zwar vom linken Centrum, der Linken und den Antisemiten. Letztere verloren ihre sämtlichen bisherigen Sitze.

## Der russisch-japanische Krieg.

### Ein Urteil über Japans Kriegsausichten.

Paris, 12. Februar. Oberst Marchand veröffentlicht in einem Blatte seine Ansichten über den Krieg in Ostasien und erklärt, wenn Japan die Feindseligkeiten im vorigen Jahre begonnen hätte, so wäre es als Sieger hervorgegangen. Wenn man von einer Thorheit Japans spreche, daß es den Krieg begonnen habe, so könne man damit nur meinen, es sei eine Thorheit, ihn nicht früher begonnen zu haben. Der Krieg würde von langer Dauer sein. Wenn Japan lug wäre, würde es Korea nicht verlassen, da die natürliche Beschaffenheit des Landes eine Festung ersehe. Sollte Japan angeichts seiner ersten Erfolge etwa in die Mandchurie eindringen und bis Charbin vordringen wollen, so würde dies den Untergang Japans bedeuten, da es dann zu militärischen Operationen genötigt würde, in welchen es der Ueberlegenheit der Russen nicht auf die Dauer Widerstand leisten könnte.

### Marusen in Rußland.

Paris, 12. Februar. (B. L. B.) Aus Petersburg wird gemeldet: In Reval seien Marusen ausgebrochen, bedeutende Truppenverstärkungen seien dorthin abgegangen.

### Die russischen Gefangenen.

London, 12. Februar. (Weldung des „Neuerischen Bureaus“.) Ein der hiesigen japanischen Gesandtschaft zugegangenes Telegramm befragt: Alle Ueberlebenden von den russischen Kreuzern „Barag“ und „Koreje“ und dem gelaperten Transportschiff „Gungari“ sind an Bord der vor Tchemulpo liegenden englischen, französischen und italienischen Kriegsschiffe aufgenommen worden. Es heißt, der russische Gesandte in Seoul Pawloff habe den amerikanischen Gesandten Allen ersucht, die Ueberlebenden mittels zweier vor Tchemulpo liegenden amerikanischen Transportdampfer nach Shanghai oder Tschifu zu bringen, nachdem sie zuvor in Richtombattanten verwandelt wurden. Ferner hat der französische Geschäftsträger in Seoul dem dortigen japanischen Gesandten vorgeschlagen, die Leute auf dem französischen Kreuzer „Paedal“ nach Tschifu zu befördern, nachdem sie ihr Wort gegeben hätten, nicht am Kriege teilzunehmen. Der japanische Gesandte ist ermächtigt worden, dem Vorschlag unter der Bedingung zuzustimmen, daß die Ueberlebenden nach Shanghai gebracht werden und daß Rußland sich verpflichte, ihnen nicht zu gestatten, daß sie während des gegenwärtigen Krieges sich nordwärts von Shanghai begeben.

### Die neutralen Mächte.

London, 12. Februar. Im Oberhause erklärte der Minister des Äußern Marquis of Lansdowne: Das Gerücht, daß den Japanern gestattet worden sei, Waiheiwai als Basis für ihre Flottenoperation zu benutzen, ist gänzlich unbegründet und ist, soweit wir vermuten können, eine Erfindung. Wir haben es jedoch für wünschenswert erachtet, an die englischen Vertreter an Ort und Stelle zu telegraphieren, um festzustellen, ob irgend ein Zwischenfall stattgehabt haben kann, der den geringsten Anlaß zu diesem Gerücht abgeben könnte.

Paris, 12. Februar. Die Minister des Äußern, der Marine und der Kolonien haben beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges sofort die Offiziere und Beamten telegraphisch angewiesen gegenüber den beiden kriegführenden Parteien gemäß den internationalen Gebräuchen die strengste Neutralität zu bewahren.

Paris, 12. Februar. Mehrere Blätter veröffentlichen folgende Mitteilung aus Petersburg: Die kaiserlich russische Admiralität bereitet die Entsendung einer neuen Division vor, die aus den fertiggestellten Panzerschiffen „Karloino“, „Alexander III“ und „Suwaroff“, einem Torpedoboot und dem Transportdampfer „Kamschatka“ besteht. Diese Division soll nach Ostasien abgehen. Viceadmiral Wesselago wird als Befehlshaber dieser Division bezeugnet.

Paris, 12. Februar. Im Gegensatz zu einer Mitteilung aus London meldet ein aus Port Arthur hier eingetroffenes Telegramm der russischen Dank in Port Arthur, daß das Gebäude durch das Bombardement keinerlei Schaden erlitten hat.

Rom, 12. Februar. In Abwesenheit des Gesandten der Vereinigten Staaten machte gestern der Vizekonsul Jddings dem Minister des Äußern Tittoni eine Mitteilung über die eventuelle Neutralisierung Chinas. Der „Agenzia Stefani“ zufolge glaubt man, daß die italienische Regierung im Prinzip dem Vorschlag der Vereinigten Staaten günstig gesinnt ist.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Ganz wie bei uns.

Sidney, 12. Februar. Eine gestern abgehaltene Versammlung der hiesigen Arbeitgeber hat eine gemeinsame Bekämpfung der Sozialdemokratie beschlossen. (Frankf. Ztg.)

Reichstag.

31. Sitzung. Freitag, 12. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky.

Die zweite Lesung des Etats wird beim Etat des Reichsamts des Innern (Titel Reichs-Versicherungsamt) fortgesetzt.

Abg. Dr. Mugdan (fr. Sp.):

Sowohl von den Berufsgenossenschaften wie von den Arbeitern werden dem Reichs-Versicherungsamt Vorwürfe gemacht, also wird es wohl im ganzen das richtige treffen. Vor allem ist es ein Ausnahmefall für dieses höchste Gericht, daß es bei Verletzungen keinen festen Tarif aufgestellt hat, sondern jeden Fall individuell behandelt. Der Hauptgrund für seine Ueberlastung liegt in der zu starken Befugung seiner Spruchsenate: Drei Berufsrichter an Stelle der jetzigen sieben würden genügen. Ob die unteren Verwaltungsbehörden immer die richtige Art der Ratverteilung treffen, scheint mir zweifelhaft.

Wichtiger ist ihre Rolle bei der Invalidenversicherung. Dort sollten sie, statt daß man wie jetzt den sowieso schon schwer belasteten Arbeitern die Kosten und die Mühe aufbürdet, für die Ausstellung der Invaliditätsgenugnisse sorgen. Den andren Teil ihrer Tätigkeit, die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern, haben diese Behörden ausgeübt erfüllt. Das einst so unbeliebte Invalidenversicherungs-Gesetz ist jetzt durch die hervorragende Krankenfürsorge das beliebteste der Versicherungsgesetze geworden. Gerade Sie (zu den Socialdemokraten) sollten den Arbeitern sagen, wieviel für sie gethan wird. Jeder Nationalfährende muß Genugthuung darüber empfinden, wieviel auf diesem Gebiete für die Arbeiter gethan wird. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Viel zu wenig!) Das leugne ich nicht, aber zur Bekämpfung der Tuberculose und Syphilis könnten Sie ohne diese Anstalten gar nichts thun. Das Ziel der vorbegehenden Krankenfürsorge ist ja die Herstellung der Gesundheit. Aber vorläufig müssen wir uns damit begnügen, daß der tuberculose kranke Arbeiter ein Jahrzehnt später erwerbsfähig wird. Darum bebaure ich mit dem Abg. Trimbom, daß die Selbstversicherung beim Handwerk und bei dem Mittelstande sich so langsam ausdehnt. Ich glaube, der Umstand, daß erst nach 500 Wochen das Recht auf Invalidenrente eintritt, ist daran schuld. 500 Beitragswochen a 36 Pf., das sind 187 M., eine Ausgabe, die für viele Handwerker ein genügender Grund ist, die Selbstversicherung nicht einzuführen. Öffentliche Vorträge, wie sie Herr Trimbom wünschte, bestehen schon seit einer Reihe von Jahren, aber sie sind nicht durch die Arbeiterssekretäre eingeführt, Herr Körsten, sondern durch die Berliner Ärzte, und gegen diese haben auch Sie und der Abg. Robert Schmidt sich in dieser Sache gewandt. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Die schwereren Vorwürfe, die Herr Körsten gegen die Berufsgenossenschaften erhoben hat, unterschreibe ich nicht. Zweifellos bestehen auch da Mängel, aber vergessen Sie nicht, was Ihr Parteigenosse David neulich über die Krankenkassen gesagt hat, daß sie keine Produktivunternehmungen sind. Ebenso liegt es bei den Berufsgenossenschaften. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Keineswegs! Auch sie sind Verwalter fremder Gelder im Interesse der Kranken. (Abg. Stadthagen (Soc.) ruft: Nein!) Sie dürfen sich nicht nur vom Mitleid leiten lassen, sie müssen sich nach dem Gesetze richten. (Abgeordneter Stadthagen (Soc.): Sehr richtig!) Den landwirtschaftlichen wie den gewerblichen Berufsgenossenschaften kann ich das Zeugnis ausstellen, daß sie nach Kräften bemüht sind, den sozialen Sinn des Gesetzes zu erfüllen. Zur Ueberwachung der Unfallverhütungs-Vorschriften müssen Arbeiter zugezogen werden, besonders im Baugewerbe. — Noch härtere Angriffe als gegen die Berufsgenossenschaften richtete Abg. Körsten gegen die Vertrauensärzte und die Ärzte im allgemeinen. Er selbst wird bei ruhiger Ueberlegung das Unberechtigte seiner Vorwürfe einsehen. (Widerspruch des Abg. Körsten.) Der schlimmste Vorwurf, gegen den ich als unerbörte Beleidigung des ganzen ärztlichen Standes hier schwerste Verwahrung einlege, war sein Anspruch, daß die Gutachten zu Gunsten der Berufsgenossenschaften ausfallen müßten. Wer Geld bezahlt, bekommt das Zeugnis. Daran glauben Sie selber nicht, sonst hätten Sie nicht eine Ärztegruppe, der ich selbst sehr nahe stehe, zur Erlangung von Gutachten für die Arbeiter gewonnen. (Zuruf des Abg. Körsten: Seit sechs Wochen!) Was soll das heißen? Wenn Sie glauben, daß die Zeugnisse nur für die Arbeiter günstig ausfallen, weil sie Geld bezahlen, so nehmen Sie diesen Zeugnissen von vornherein jeden Wert. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Da können Sie sehen, wie sehr Sie durch Vermengung der sozialen Fürsorge mit ihren Parteibestrebungen den Arbeitern schaden. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Sie sollten als Arbeiterssekretär nichts weiter thun, als für die Arbeiter sorgen, Herr Körsten, aber die Socialdemokratie draußen lassen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Die Vorwürfe, die Abg. Körsten gegen die Berufsgenossenschaften erhob, sind sehr übertrieben. Die Berufsgenossenschaften bedürfen der Vertrauensärzte. Ich halte es aber auch für richtig, wenn die Verletzten sich ihren behandelnden Arzt selbst wählen können. Herr Körsten hätte aber auch erwähnen sollen, daß ein sehr großer Teil der Berufsgenossenschaften, namentlich die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, gar keine Vertrauensärzte in Anspruch nehmen. Für den größten Teil der Verletzten ist der Arzt der Kassenarzt. Das ist wieder ein Beweis für die Notwendigkeit der freien Arztwahl nicht nur für die Krankenversicherung, sondern auch für die Unfall- und Invalidenversicherung. Nur bei freier Arztwahl kommen die Arbeiter zu ihrem Recht. Das sollten auch Sie (zu den Socialdemokraten) einsehen, wenn Sie sich vom Interessensstandpunkt der Kassenbeamten erheben könnten. (Abg. Frähdorf (Soc.) ruft: Sorgen Sie doch für die Mittel! Uns jollt recht sein.)

Herr Körsten hat gestern bei einer großen Anzahl Unfallverletzter ganz unerfüllbare Hoffnungen erweckt. Er hat sich darüber ausgehalten, daß man dem ärztlichen Zeugnis zuviel Wert beimesse. In der Praxis liegt aber in vielen Fällen die Sache so, daß die Richter auf das ärztliche Gutachten angewiesen sind, und die Frage ist nur, ob die Richter das eine ärztliche Gutachten anerkennen wollen oder ein andres. Die bloße Begutachtung durch die Ärzte genügt nicht, und wenn ich auch nicht so weit gehe, zu verlangen, daß, wie in Oesterreich, die Ärzte eine Stimme im Schiedsgericht haben, so muß ich mich doch darüber wundern, daß noch nie ein Arzt als Beisitzer ins Reichs-Versicherungsamt gewählt worden ist. Alle Interessengruppen sind dort vertreten, nur die Ärzte nicht.

Die gewerblichen Vergiftungen können gar nicht als Unfälle im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes angesehen werden. Das folgt einfach aus dem Begriff des Unfalls. Das Reichs-Versicherungsamt wie das Reichsgericht haben entschieden, daß als ein Unfall nur eine akute oder doch zeitlich genau begrenzte Verletzung anzusehen ist. Allerdings können unter Umständen dieselben Ursachen Unfälle und Gewerbekrankheiten herbeiführen. Ich möchte das Reichs-Versicherungsamt auch bitten, zu prüfen, ob nicht für die Opfer der gewerblichen Vergiftungen eine Fürsorge sich ermöglichen läßt. Ganz falsch aber und in hohem Grade betäubend waren die Ausführungen des Abg. Körsten über die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes in Bezug auf Bruchschäden. Die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamtes in Bezug auf Bruchschäden ist klaffend. Oft hat ein Arbeiter schon jahrelang seinen Bruch, ohne davon zu wissen, und erst eine besondere Anstrengung läßt den Schaden sichtbar werden. Es ist eine Ungerechtigkeit, es so darzustellen, als ob das

Reichs-Versicherungsamt sich bei dieser Rechtsprechung irgendwie von arbeiterfeindlichen Anschauungen leiten ließe.

Berufsgenossenschaften, Schiedsgerichte und Reichs-Versicherungsamt erfüllen die ihnen durch die Versicherungs-Gesetzgebung obliegenden Aufgaben pflichtgemäß. Wo Mängel zu Tage treten, werden auch wir sie stets aufdecken, aber unbedingte Entschädigungsansprüche der Arbeiter darf man nicht rechtfertigen wollen. Wir verlernen nicht, daß die socialpolitische Gesetzgebung noch viele Mängel hat. Keine Einrichtung ist ja gleich vollkommen, wie Pallas Athene vollkommen aus dem Kopfe des Zeus hervorging. Aber aber das erste Stadium der Versicherungsgeleihe mit dem heutigen Zustand vergleicht, wird zugeben müssen, daß bedeutende Fortschritte zu Gunsten der Arbeiter erzielt worden sind. Auf dieser Basis müssen wir weiter arbeiten! (Lebhafter Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Gamp (Sp.):

Ich kann mich der Anerkennung des Voredreders für das Reichs-Versicherungsamt nur anschließen. (Abg. Hoffmann (Soc.) ruft dem Abg. Mugdan zu: Das ist Ihnen ganz recht.) Die Einzelheiten kann ich nicht prüfen, so lange ich nicht die Akten kenne. Deut war ein Schuhmacher Friedrich Vorkensfeld bei mir, dem die Unfallrente von der Stadt Berlin vorenthalten wird, weil sie Gegenforderungen wegen Krankenhausbehandlung an ihn hat. Wenn das richtig ist (Zuruf bei den Socialdemokraten: Geschieht überall!) so ist es im höchsten Maße unbillig.

Vor allem aber muß ich die ländlichen Berufsgenossenschaften gegen die Vorwürfe des Abg. Rollenbühr verteidigen. Nichtgegen Unfallverhütungs-Vorschriften hat sich die Landwirtschaft gewehrt, das wäre zu thöricht; denn diese könnten ihre schweren Lasten erleichtern. Sie hat sich nur gegen die unpraktischen, aufstrotzten Vorschriften des Reichs-Versicherungsamtes, die völlig unbrauchbar für das praktische Leben waren, gestraut. Nach ihnen sollte jede Senne beim Tragen unweidelt, jeder Wagen mit Vorne und festem Sitz versehen und jede Maschine von einem Aufseher begleitet sein. Die Heulufen sollen dauernd geschlossen sein und dabei muß man doch das Getreide läuten. Die Unfälle sind bei den Kleinbauern viel häufiger als bei den Großgrundbesitzern, die Schutzvorrichtungen haben. Die Arbeiter reihen die Schutzbleche von den Wellen ab, weil sie ihnen un bequem sind. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich habe Ihre Rede schon dreimal widerlegt, Herr Rollenbühr, und muß sie nochmals widerlegen, weil das Haus ja jetzt neue Mitglieder hat.

Kun ein zweiter Punkt. Sie haben behauptet, daß die Unfallziffer von den Jahren 1889 bis 1902 von 6000 auf 57 000 gestiegen ist. Wissen Sie denn nicht, daß in den ersten Jahren des Gesetzes zahllose Unfälle nicht zur Anzeige gelangt sind, daß die Jubilatur des Reichs-Versicherungsamtes im Laufe der Jahre den Begriff der landwirtschaftlichen Unfälle im weitesten Maße ausdehnend interpretiert hat? Wer sich heute in den Finger schneidet, zeigt es an, weil er sich mit Recht jagt, man weiß nicht, was daraus werden kann. Das neue Unfallgesetz vom Jahre 1901 hat den Kreis der Verletzten erheblich ausgedehnt und die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, Brennereien und Mühlen einbezogen. § 2 dieser Novelle macht auch die hauswirtschaftlich Beschäftigten versicherungspflichtig. Durch die Statuten können sogar die Unternehmer zur Versicherung herangezogen werden. In welchem Umfange das geschehen ist, weiß ich allerdings nicht. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, in der Statistik der Unfälle, die zu so unrichtigen Schlüssen herausfordert, diejenigen besonders kenntlich zu machen, bei denen die Arbeitsunfähigkeit mehr als 13 Wochen gebauert hat. (Zwischenruf bei den Socialdemokraten: Die haben unsere Zahlen.) Nein, auch die vorübergehenden. (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) — Abg. Rollenbühr geht zum Abg. Gamp und zeigt ihm, daß er nur die Zahlen für die über 13 Wochen Arbeitsunfähigen verlesen hat. Ich konnte ja nicht wissen, welche Zahlen Sie verlesen haben. Aber meinen Vorwurf, daß Sie mit illoyalen Mitteln gekämpft haben, muß ich trotzdem aufrecht erhalten. (Lachen und Unruhe bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Becker-Hefsen (nat.):

Herr Frähdorf behauptete neulich, in Dresden seien die Ärzte mit den fixierten Honoraren der Krankenkassen durchaus zufrieden. Seit zwei Tagen aber geht die Mitteilung durch die Presse, daß gerade in Dresden die Ärzte sich zusammengeschlossen haben und eine Beseitigung des bestehenden Systems der festen Anstellung verlangen. Gegen die Unterstellung des Herrn Rollenbühr, als ob wir Ärzte gegen die Kommerzienräte in den Berufsgenossenschaften nicht so „rigoros“ vorgingen wie angeblich gegen die Arbeiter, muß ich im Namen der Ärzte energisch protestieren. Wir deutschen Ärzte haben das Rathbuden noch nicht gelernt, sondern geben unsere Gutachten frei nach unserer wissenschaftlichen Ueberzeugung aus. — Die Anregung des Abg. Trimbom, daß seitens der Versicherungsanstalten aufklärende Vorträge veranstaltet werden müßten, begrüße ich. Hygienische Vorträge haben wir Ärzte, die wir für die freie Arztwahl eintreten, schon längst abgehalten, vielfach in einem bestimmten Rahmen. — Abg. Körsten hat gestern den deutschen Ärztestand in einer Weise verunglimpft, die nicht unbedenklich bleiben darf. Ich wundere mich wirklich darüber, wie ein socialdemokratischer Abgeordneter behaupten kann, unsere sociale Gesetzgebung habe den Arbeitern so gut wie nichts gebracht. Ein einfacher Blick in das Statistische Jahrbuch des Deutschen Reiches hätte Herrn Körsten eines Besseren belehren können. Es ist geradezu selbstverderbliche Behauptungen aufzustellen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Sie (zu den Socialdemokraten) beweisen durch solche Behauptungen nur, daß Sie zwar aus Ihren Arbeiterssekretariaten sehr viel zu hören bekommen, daß Ihnen aber die wirkliche Fühlung mit dem Volke fehlt. (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich bin seit 14 Jahren Vertrauensarzt. (Lachen und Unruhe bei den Socialdemokraten.) Sie laden zu früh! Es geht Ihnen wie Ihren Genossen in meinem Wahlkreis, die am Abend des Stichwahltages bereits die roten Flaggen zum Zeichen des Sieges gehißt hatten, und die Musik hatte bereits die Waden ausgeblasen, um die socialdemokratische Festhymne zu spielen. (Große Heiterkeit.) In demselben Moment aber kam die Schreckensnachricht, daß nicht Ihr verehrter Genosse Ulrich, sondern ich 1600 Stimmen Majorität erhalten hatte. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Das kommt nicht wieder vor!) Prophezeien Sie lieber nicht, Herr Bebel hat schledhte Erfahrungen damit gemacht. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Ich bin Vertrauensarzt der Arbeiter! Die Wahl hat das bewiesen! (Lachen und Unruhe bei den Socialdemokraten.) In dem Orte, in dem ich seit 14 Jahren wohne, haben die socialdemokratischen Stimmen abgenommen, die nationalen eminent zugenommen.

In meiner Heimatstadt Spremblingen, einem Ort von 4300 Einwohnern, beziehen heute 78 Personen Rente, davon 51 eine Unfallrente, 18 Invaliden- und 7 Altersrente. Die geringe Zahl der Altersrenten weist auf die günstige Aussicht hin, daß wir diese Rente längst schon bei einem Alter von 65 Jahren werden zahlen können. Es kommt auf den einzelnen Rentner eine Durchschnittsrente von jährlich 240 M., das entspricht einem Kapital von 6000 M. Damit sind die Arbeiter auch keineswegs unzufrieden; nur Sie (zu den Socialdemokraten) suchen ihnen die Unzufriedenheit einzureden! (Große Unruhe und Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Herr Körsten sprach von einer Holzarbeiter-Versammlung, von deren Teilnehmern 75 Prozent verstümmelte Hände gehabt hätten. Ja, das ist möglich, wenn man alle diese Verletzten zu einem bestimmten Zweck auf einen und denselben Ort zusammenruft. Ich habe selbst als Vertrauensarzt zahlreiche Verletzungen von Holzarbeitern begutachtet und weiß, daß die Verletzten nicht 75 Proz. der Gesamtzahl ausmachen. Ueber die

Bruchschäden ist Abg. Körsten ganz falsch unterrichtet. Sie sollten doch die Arbeiter lieber abhalten von dem unnützen Interpellieren wegen der Bruchschäden beim Reichs-Versicherungsamt. Aber Ihr Weigen bläht eben, wenn Sie möglichst viel Unzufriedenheit erregen können. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Die Behauptung, daß wir Ärzte den Verletzten Zeugnisse verweigern, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Glauben Sie, daß die Krankenkassen, unter denen neunzig Prozent der Ärzte stehen, sich das gefallen ließen? — Wenn ich es nicht aus humanitären Gründen verweigern muß, zeige ich dem Verletzten stets das Zeugnis. Auch setzen wir uns immer mit den behandelnden Ärzten in Verbindung. Die Behauptung, daß die Berufsgenossenschaften gegen unbedeutende Ärzte und Richter eine wilde Hege entfalten, ist unrichtig. Gegen mich sind sie immer loyal gewesen. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Sie hatten keine Veranlassung zu etwas andrem!) Die Verpflegung in den mediko-mechanischen Instituten ist ja vielleicht mangelhaft, aber der Arzt kann ja nicht alles beaufsichtigen. Die Arbeiter wollen auch lieber das Gefühl der Sättigung haben, als genügend Nährwerte zu sich nehmen. Am besten würden diese Institute vielleicht mit den Universitäten oder großen Krankenhäusern verbunden. — Die Volkrente soll zu selten gewährt werden, weil die Ärzte zu selten völlige Arbeitsunfähigkeit konstatieren; bei uns in Preußen wird das betreffende Zeugnis von jedem praktischen Arzt, also auch dem Hausarzt ausgestellt. Darum erhalten bei uns auch viele Arbeiter Volkrente, die ruhig ihren Beruf nachgehen können und es thun. Ueber die Höhe des Honorars müßte zwischen Ärzten und Berufsgenossenschaften recht bald ein Vertrag geschlossen werden, um den beiderseitigen Mägen abzuhelfen.

Für den Ausbau der Krankenversicherung hat der Staatssekretär die Anregung ausgesprochen, im ländlichen Osten Deutschlands Krankenhäuser zu bauen. Aber die verheirateten Arbeiter können nur schwer zwangsweise ins Krankenhaus gebracht werden. Ueber sollte man dort praktische Ärzte mit staatlicher Subvention ansiedeln. Die Verdienste Deutschlands in der Socialgesetzgebung erkenne ich voll an. Man hat mir deshalb neulich zugerufen, ich sollte mich lieber auf die Regierungsbank setzen. Da iße ich noch lieber als auf dem Dresdener Parquet. (Bravo! rechts.) Lachen bei den Socialdemokraten.) Vor allem aber darf die Socialreform im Interesse der Grundsätzlichkeit nicht überstürzt werden. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Der deutsche Ärztestand, der jetzt nicht nur in der socialdemokratischen Presse, sondern auch hier im Hause fortgesetzten Verdächtigungen und Berunglimpfungen ausgesetzt ist, wird sich dadurch nicht betren lassen, weiter im Sinne der Humanität und seiner Wissenschaft für den Ausbau der Socialgesetzgebung zu wirken. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Spahn (L.) hält gegenüber der gestrigen Nichtigung durch den Grafen Posadowsky seine Behauptung über die Benachteiligung der katholischen Bevölkerung bei der Vergabe von Darlehen durch die Landesversicherungsanstalten aufrecht.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ueber alles in der Welt läßt sich streiten, nur über Zahlen nicht. Ich kann den Herrn Abg. Dr. Spahn deshalb nur auf die schon gestern von mir angegebenen Zahlen verweisen. Wenn er es aber wünscht, will ich noch einmal Veranlassung nehmen, sie im Reichs-Versicherungsamt nachprüfen zu lassen.

Herr Gamp hat heute einen Fall vorgebracht, in dem eine Armenverwaltung Regrehanprüche auf Unfallrente erhob. Wie ich schon dem Abg. Reiche gegenüber auseinandergesetzt habe, ist ein solcher Anspruch rechtlich nach § 25 des Unfallversicherungsgesetzes zulässig. Zur Nichtigung der statistischen Behauptungen des Abg. Gamp teile ich noch einmal die Zahl der landwirtschaftlichen Unfälle mit, sie betrug 1902 122 522, davon 57 031 entschädigungspflichtig.

Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, zu den Sitzungen des Reichs-Versicherungsamtes einen Arzt hinzuzuziehen. Ich glaube nicht, daß er als Mitglied hinzugezogen werden kann, da es sich vorzugsweise um juristische Fragen handelt. Aber ich will erwägen, ob es praktisch wäre, zur Beurteilung des Wertes von Gutachten, zur Stellung von Fragen an den Kläger und zur Beurteilung seiner Aussagen einen Arzt zur Hand zu haben und ich will mich darüber mit dem Präsidenten des Reichs-Versicherungsamtes in gutachtliches Einvernehmen setzen. Es sind auch vollständige Vorträge über Berufskrankheiten und allgemeine Hygiene gewünscht worden. Ich habe solche bereits anlässlich der Ausstellung für Unfallverhütung in Charlottenburg angeregt. Ich habe auch angeregt, an der Berliner Universität einen Lehrstuhl für Gewerbekrankheiten zu errichten. Die physiologische Erforschung würde für die Beurteilung der Berufskrankheiten von großem Werte sein. Ob es möglich sein wird, auch die mediko-mechanischen Institute der Universität anzugliedern, kann ich noch nicht übersehen. Ich will mich aber darüber mit dem preussischen Kultusminister verständigen. Ich bin überzeugt, daß unser ganzes Verfahren bezüglich Festsetzung der Rente wesentlich vereinfacht werden muß. Wir haben da einen bureaukratischen Aufbau errichtet, der gar nicht im Verhältnis zu seiner Aufgabe steht und dem Rentempfänger nichts nützt. Aber Voraussetzung für jede Reform bleibt die gründliche Erörterung des Falles in der Lokalkommission. Wie jeder, der Jahre lang praktischer Verwaltungsbeamter war, weiß, stützen sich die höheren Instanzen nur auf deren Feststellung. Ich habe aber den Eindruck, als ob dort nicht mit der erforderlichen Gründlichkeit verhandelt wird. In Uebereinstimmung mit einem Voredredner halte auch ich es für verfehlt, bei dem Rentempfänger fortgesetzt den Eindruck zu verstärken, als ob er benachteiligt wäre, das ruft unter Umständen bedenkliche psychologische Erscheinungen hervor. So schreibt in der Zeitschrift für Unfallversicherung „Praxis“ ein schiedsgerichtlicher Vorsitzender: Die Rentensucht geht in vielen Fällen so weit, daß seelische Erkrankungen, traumatische Neurose, Autosuggestion und Hysterie eine wesentliche Verbreitung erfahren. Darum wäre es für Rentempfänger doppelt wichtig, das immer neue Hoffnung erweckende Verfahren abzulösen, wenn man sonst völlige Gewähr für gerechte Verteilung geben kann. Es sind hier vorgestern Vorwürfe gegen eine Heilanstalt in Berlin erhoben worden. Eine örtliche Prüfung, die ich vor längerer Zeit durch das Reichs-Gesundheitsamt vornehmen ließ, hatte ein günstiges Ergebnis. Der Inhaber hat aber gründliche Abhilfe aller Mängel herbeiführen. Von dem Vorsitzenden der nordöstlichen Baugewerkschaften ist mir eine Verächtigung zugegangen, daß er nicht bester des Hauses ist, in dem die Anstalt sich befindet. Ich halte mich für verpflichtet, diese Verächtigung eines amtlichen Organs der sozialen Fürsorge hier zur Kenntnis zu bringen.

Abg. Frh. v. Rüdiger-Damsdorf (L.) polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Schmidt-Ebersfeld über den § 34 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes betreffend die Annullierung höherer Referendats seitens der Berufsgenossenschaften. Die Einstimmigkeit, mit der der betreffende Reichstagsbeschluss erfolgt ist, ist kein Beweis dafür, daß alle Berufsgenossenschaften damit einverstanden wären. Ich unterschreibe jedes Wort zur Ehrenrettung der so scharf angegriffenen Ärzte. Die Vertrauensärzte sind mit einem Misstrauen hier behandelt worden, als ob sie Mißtrauensärzte wären. Nach meiner Erfahrung giebt es unter dem mediko-mechanischen Institut auch vorzügliche Anstalten. Man sollte auch hier nicht verallgemeinern. — In der Landwirtschaft thun wir, was wir können, teils aus eigenem Interesse, teils aus moralischen Gesichtspunkten. Wenn aber das moralische Interesse des Einzelnen nicht

ausreichen sollte, so will ich zugeben, daß der Erlaß von Unfall-  
verhütungsvorschriften auch für die Landwirtschaft erwünscht ist.

Abg. Bömelburg (Soz.):

In der Unfallstatistik ist eine übersichtlichere  
Gliederung erwünscht, damit die Zahlen für die einzelnen  
Berufe deutlicher hervortreten. Ich möchte den Staatssekretär fragen,  
wenn die nächste umfangreiche Bearbeitung der Unfallstatistik vor-  
genommen werden soll. Die letzte ist vorgenommen auf Grund der  
Ergebnisse von 1897 und die nächste ist wahrscheinlich für 1907 ge-  
plant. Ich halte aber eine solche umfangreiche Bearbeitung schon  
in Zwischenräumen von fünf Jahren für nötig. Außerdem ist es  
dringend notwendig, daß das Reichs-Versicherungsamt in der Folge-  
zeit der Bearbeitung der jährlichen Unfallstatistik eine  
größere Aufmerksamkeit widmet als bisher.

Ich komme im allgemeinen auf die Frage der Unfallhäufigkeit  
und der Unfallverhütung, vornehmlich in den gewerblichen Berufs-  
genossenschaften. Seit Jahren ist leider eine Vermehrung der Unfälle  
zu verzeichnen, auch in der Landwirtschaft. Allerdings wenn man  
die Zahlen des Jahres 1889 mit denen des Jahres 1902 vergleicht,  
so muß man zu der Ansicht kommen, daß 1889 das Unfall-  
versicherungs-Gesetz in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeit-  
nehmer noch wenig bekannt war, daß nicht alle Unfälle zur Anzeige  
gelangten. Aber auch etwa gegenüber dem Jahre 1897,  
in dem doch gewiß stabile Verhältnisse eingetreten waren, weist das  
Jahr 1902 eine wesentliche Steigerung der Unfälle auf.

Die Abgg. Dr. Veder und Trimborn haben und gesagt, wie  
viel im Jahre 1902 auf Grund des Unfallversicherungs-Gesetzes an  
die Versicherten ausgezahlt worden ist. Diese Summen hören sich  
ja großartig an; die Herren haben aber vergessen mitzuteilen, in  
welcher Höhe die Rente an die Einzelnen bezahlt worden ist und  
weshalb ungeheure Opfer heute die Industrie von den Arbeitern  
erfordert. Seit Bestehen des Unfallversicherungs-Gesetzes sind über  
fünf Millionen Unfälle Versicherten vorgekommen, entschädigungs-  
pflichtige Unfälle, also solche, deren Folge eine Dauer von über  
13 Wochen hatte, nicht weniger als 1.151.955. Davon hatten zur  
Folge 106.534 den Tod, 33.378 die dauernde oder völlige Erwerbs-  
unfähigkeit, 587.051 eine dauernde, teilweise Erwerbsunfähigkeit,  
424.992 eine vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Im Jahre 1902 weist  
die Statistik 488.707 angemeldete Unfälle auf, davon waren  
121.284 — 332 pro Tag entschädigungspflichtig; den Tod hatten zur  
Folge 7975 — 22 pro Tag, eine dauernde oder völlige Erwerbs-  
unfähigkeit 1435 — 4 pro Tag, eine dauernde teilweise Erwerbs-  
unfähigkeit 55.924 — 153 pro Tag.

Die Unfälle in gewerblichen Betrieben sind im letzten Rechnungs-  
jahr um 3812 gestiegen. Pro Tausend berechnet, ist allerdings  
bei den Vollarbeitern ein kleiner Rückgang zu verzeichnen,  
der eigentlich einem Stillstand gleichkommt. Aber an diesem  
Rückgang sind keineswegs alle Berufsgenossenschaften be-  
teiligt. Von den gewerblichen Berufsgenossenschaften haben  
daran nur zehn teil, während neun eine Steigerung auf-  
weisen. Eine ganz erhebliche Steigerung findet sich im  
Baugewerbe, im Bergbau, in der Steinbruch- und  
Metallindustrie. In den letzten sechs Jahren, 1897—1902,  
betrug die Steigerung der pro Tausend berechneten Unfallziffern in  
der Berufsgruppe „Papier und Buchdruckerei“ 0,21 Proz., bei der  
Holzindustrie 5 Proz., bei der Mälzerei, Brennerei und Branereis-  
industrie 10 Proz., im Bauwesen 11,47 Proz., beim Bergbau  
11,91 Proz., bei der Expeditionslogerei und Fuhrwesen 12,87 Proz.,  
bei der Schiffahrt 14,27 Proz., bei den Gas- und Wasserwerken  
15,56 Proz., bei der Eisen- und Stahlindustrie 17,38 Proz., bei der  
Veder- und Bekleidungsindustrie 18,56 Proz., bei der Steinbruch-  
industrie 20 Proz., bei der Metall-, Feinmechanik- und Metallbranche  
25,27 Proz. usw. Die höchsten Steigerungsziffern betragen 40—49 Proz.  
Das sind erschreckende Zahlen! Man versucht sich nur heute damit  
zu trösten, daß die Unfälle weniger schwer geworden sind. Die Zahl  
der Unfälle mit tödlichem Ausgang ist glücklicherweise nicht gestiegen,  
aber eine Verminderung der schweren Unfälle ist leider nicht ein-  
getreten. Zudem gilt als schwerer Unfall jetzt nur noch, wenn der  
Verletzte gänzlich hilflos geworden ist, während früher darin  
eine mildere Praxis herrschte. Ich bin der letzte, der  
die Bedeutung unserer sozialpolitischen Gesetzgebung verkemt,  
aber von einem wirklichen Fortschritt wird man nur reden können,  
wenn Leben und Gesundheit des Arbeiters erhalten bleibt. (Sehr  
richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Rente hilft dem Ver-  
letzten nur über die größten Schwierigkeiten hinweg, aber von  
einem wirklichen Ersatz für den Verlust ist nicht die Rede. Daß ein  
Zuvalde mit seiner Rente zufrieden ist, ist ein sehr seltener Fall. Auch  
ein Unfallrentner erhält nur soviel, als er früher verdient, als er noch ge-  
sunder Glieder hatte. Leider messen alle anderen Parteien der Unfallver-  
hütung nur sehr geringe Bedeutung bei. Nur die Socialdemokratie  
hat stets Vorschläge gemacht, zuletzt bei der Revision des Un-  
fallversicherungs-Gesetzes, um eine bessere Unfallver-  
hütung herbeizuführen. Leider sind alle unsere Anträge  
abgelehnt worden. Und doch hätte die Regierung allen Anlaß  
zum Einschreiten. Es wird nichts anderes übrig bleiben,  
als besondere Gesetze zur Unfallverhütung zu schaffen. Vorerst aber  
mußte für bessere Kontrolle gesorgt werden. Die Frage der Unfall-  
verhütung ist nicht bloß eine Frage der Gesetzgebung, sondern auch  
eine Frage der Erziehung. Die Arbeiter, die Unternehmer müssen  
für eine bessere Unfallverhütung erzogen werden. In den Fortbildungs-  
schulen, in den technischen Lehranstalten muß die Unfallverhütung in  
den Lehrplänen aufgenommen werden. Die Gewerbe-Inspektoren haben hier  
und da schon belehrende Vorträge vor den Arbeitern gehalten. Diese  
Vorträge über Gewerbehygiene und Unfallverhütung, wie sie in  
Württemberg gehalten werden, sollten überall gehalten werden. Die  
Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg ist ein kleiner  
Anfang zur Verbesserung der Unfallverhütung. Solche  
Ausstellungen sollten an allen größeren Orten veranstaltet  
werden, um den Arbeitern und Unternehmern überall  
Gelegenheit zur Vermehrung ihrer Kenntnisse zu geben. Die  
Abendung von 70 Arbeitern aus Baden zur Ausstellung in  
Charlottenburg hat 5000 M. gekostet. Es wäre also viel billiger,  
an den größeren Industriezentren solche ständigen Ausstellungen ein-  
zurichten. Die Ausstellung in Charlottenburg ist unvollständig und  
zu klein. Für die Ausstellung der Bauarbeiter hatte man nicht  
genügend Platz. Die Ausgaben, die hierfür gemacht werden,  
kommen der Arbeiterschaft und dem Staate wieder zu gute. Die  
Unfälle werden dadurch bedeutend reduziert; es handelt sich  
um eine Entlastung der Industrie, bei der die Kosten für  
die Rente jetzt jährlich 115 Millionen Mark betragen. Wenn alles  
Notwendige geschieht, könnten die Unfälle um 10 Proz. und mehr  
verringert werden. Allen Arbeitern wäre die Erhaltung ihrer  
Gesundheit viel wertvoller als etwa eine Erhöhung der  
minimalen Rente. Die Berufsgenossenschaften haben ihre  
Pflicht für Unfallverhütung zu sorgen, keineswegs erfüllt. Gerade  
bei den Unternehmern ist hier das Reichs-Versicherungsamt  
auf große Schwierigkeiten gestoßen. Ehe diesen nicht die Unfall-  
verhütung entgegen wird, wird es nicht besser werden. Ich richte  
an die Regierung die dringende Bitte, einen dahingehenden Geset-  
zentruck vorzulegen und bitte die Parteien im Hause, der Unfall-  
verhütung auf Grund eines Reichsgesetzes ihre erhöhte Aufmerksam-  
keit zuzuwenden. (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Erzberger (C.):

Herr Körsten hat ein falsches Register gezogen, als er den  
herrschenden Klassen vorwarf, gut bezahlte Stellen für sich in der  
Socialversicherung geschaffen zu haben. Gerade die Socialdemokratie  
hat ihre Anhänger da hineingeführt. Fragen Sie doch Ihren Genossen  
Görle in Charlottenburg.

Dem Vorredner gebe ich eine bedeutende Steigerung der Unfall-  
ziffer zu, aber die Rente ist noch stärker gestiegen; es sind den  
Arbeitern 807 Millionen Mark zugeflossen. Das sind schwere,  
drückende Lasten für die kleinen Arbeitgeber geworden. Eine Re-  
form in der Richtung, daß die Bedeutung der Sozialversicherung verstärkt  
werde, würde ich freudig begrüßen. Dadurch würden die Ver-  
waltungsstellen sehr vermindert werden, die jetzt bei den gewerblichen  
Berufsgenossenschaften 1,05 M. pro Kopf betragen. Zwar werden  
die Vorliegenden nicht mehr so hoch wie früher bezahlt, dafür sind

aber die Kosten für Forti und Voten gerade in den kleinen Renten-  
sachen, bei 15 Proz. Rente und dergl., unverhältnismäßig gestiegen.  
Bei der Frage der Unfallverhütung bin ich von A—Z mit den  
Socialdemokraten einverstanden. Es geschieht dafür viel zu wenig;  
1 1/2 Millionen Mark, darunter von der Landwirtschaft nur 137 000 M.,  
werden dafür ausgegeben. Hier muß für Aufklärung gesorgt werden.  
Wie in Amerika müssen für Arbeiter, die Schutzvorrichtungen erfinden,  
Prämien ausgelegt werden.

Bei der Invalidenversicherung bedauern wir die  
hohen Verwaltungskosten, die besonders im Osten un-  
verhältnismäßig hoch sind. Für die freiwillige Versicherung sollte  
nach der Anregung meines Kollegen Trimborn mehr agitiert werden.  
Für gemeinnützige Zwecke sollten die Landes-Versicherungsanstalten  
noch mehr Geld hergeben, als die 53 Proz. des letzten Jahres. Be-  
sonders für gute und billige Wohnungen sollten sie leichter Beträge  
hergeben. Leider schwankt der Zinsfuß, den sie beanspruchen, zwischen  
2 1/4 und 4 1/2 Proz.

Für die Krankenpflege auf dem Lande sind auch die Orden sehr  
nützlich, die besonders in Württemberg großen Belastigungen aus-  
gesetzt sind. Auch der barmherzige Samaritaner hätte seine Ge-  
nehmigung vom Bürgermeister. (Sehr gut! im Centrum.) Ueber-  
haupt haben wir das größte Interesse an der Krankenpflege. Denn  
viel wichtiger als unsere ganze Versicherung für Unfallverletzte und  
Invaliden ist die Verhütung der Unfälle und die Abwehr der In-  
validität. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Sasse (Soz.):

Herr Erzberger sprach von den hohen Kosten der Unfall-  
versicherung für die kleinen Arbeitgeber. Das nimmt mich wunder  
von einem Mitgliede des Centrums, das sich immer als  
socialpolitische Partei aufspielt. (Große Unruhe im Centrum.  
Abg. Trimborn ruft: Er hat es nicht gesagt!) Lesen Sie den  
strenographischen Bericht, er hat es doch gesagt! (Rufe im Centrum:  
Kein!) — Im Interesse der Unfallverhütung ist unbedingt  
die Einsetzung von Arbeiterkontrolleuren und die Ausbildung der  
Arbeiter über die Unfallverhütung in den Fortbildungsschulen.  
Von den Ärzten verlangen wir keine Atteste zu Gunsten der Arbeiter,  
wie Herr Dr. Veder es darstellt, sondern objektive wissen-  
schaftliche Atteste. Die Ärzte, die in Dresden die  
Krankenkassen angreifen und herunterziehen suchen, sind solche,  
die nicht von der Krankenkasse angestellt sind. Ihre  
Zahl beträgt 400. Herr Veder hat wieder unsere Partei angegriffen,  
anstatt wissenschaftlich unparteiisch zu reden, genau wie früher bei  
der Debatte über die Bismarckkrankheit. Er scheint den großen Wurm  
des Socialismus lieber mit Worten zu bekämpfen als die  
Bismarckkrankheit durch die That. (Sehr gut! bei den Social-  
demokraten.) Herr Veder hält eine Rente von 20 Mark  
monatlich für etwas Glanzendes. Leute, die damit zu-  
frieden sind, müssen in einer spottbilligen Gegend wohnen,  
andernfalls müssen sie mit Weib und Kind Hunger leiden. Redner  
polemisiert im weiteren gegen die Ausführungen des Abg. Dr. Veder  
über die ärztlichen Gutachten bei Leistenbrüchen. Dr. Veder be-  
zeichnet die Behauptung als Unfuss, daß die Ärzte keine  
Atteste gäben. Ja, wie jeder Arbeiterssekretär, könnte Ihnen  
Tausende von Beispielen anführen, in denen die Arbeiter selbst für  
Geld und gute Worte kein Attest bekamen. Selbst Ärzte, die doch  
von den Berufsgenossenschaften unabhängig sind, haben nicht  
den Mut, ein einwandfreies wissenschaftliches Gutachten  
abzugeben. (Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Im  
vorjährigen Jahresbericht des Arbeitersekretariats zu Waldenburg  
in Schlefien wird ausgeführt, daß sich im ganzen niederschlesischen  
Kohlenrevier kein einziger Arzt zur Anstellung eines Gutachtens für  
einen Arbeiter bereit findet; man müsse nach Breslau fahren, wo  
noch ein paar Ärzte Gutachten ausstellen. Auf diese Aus-  
führungen hin schrieb er auch die Breslauer Ärzte sofort an  
den Sekretär, daß sie von nun an keine Gutachten mehr abgaben.  
(Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sie waren in einer ärz-  
tlichen Zeitschrift deswegen von ihren Kollegen an-  
gegriffen worden. (Erneute Rufe bei den Socialdemokraten.  
Abg. Hoffmann ruft: Terrorismus!) So weichen  
auch die Ärzte vor den Rationationen des Kapital-  
ismus zum Schaden der Arbeiter zurück. Ebenso sind  
im Ruhrrevier die Ärzte zu zählen, die den Arbeitern  
heute noch Atteste ausstellen. Noch im vorigen Jahre hat  
uns wieder ein Arzt einen Korb gegeben mit der Bemerkung:  
„Wenn ich weiter wie bisher Atteste ausstelle, so sehe ich meine  
Erzitzung aufs Spiel!“ (Lebhafte Hört! hört! bei den Social-  
demokraten.) In den sächsischen Bezirken wird ebenfalls gegen  
solche humane Ärzte von den Berufsgenossenschaften vorgegangen.  
Ich freue mich, daß die Ärzte hier in Berlin dazu übergegangen  
sind ein sogenanntes Gutachtenkollegium zu gründen, um auf Grund  
ihrer wissenschaftlichen Ueberzeugung den Arbeitern Atteste ausstellen  
zu können.

Herr Veder hat sich ja hier wieder als besonderer Arbeiter-  
freund aufgespielt. Damit steht sein Wort von einer „Arbeiter-  
führung“ der Socialreform im krassen Widerspruch. Dies  
Wort wird ihm sicher Tausende von Arbeitern im Kopfe  
und dazu führen, daß er glücklicherweise nicht wieder im  
Reichstag erscheint. — Das Reichs-Versicherungsamt  
muß durch Schaffung neuer Senate entlastet  
werden. Im Gotteswillen sollte man nicht etwa dazu übergehen,  
noch mehr Fälle als bisher an einem Tage zu erledigen. — Durch  
§ 69 des Unfallversicherungs-Gesetzes ist dem Verletzten wenigstens die  
Möglichkeit gegeben, einen Arzt, der in einem Vertragsverhältnis zu der  
Berufsgenossenschaft steht, abzulehnen. Bei den Knappschaftskassen ist den  
Verletzten diese Möglichkeit dadurch genommen, daß die Ärzte nicht  
formell im Vertragsverhältnis stehen, aber in der That sind sie genau  
so abhängig, wie die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften.  
Nach der Statistik haben angeblich die Unfälle mit teilweiser Er-  
werbsunfähigkeit zugenommen, diejenigen aber, welche völlige  
Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten, abgenommen. Das ist indes  
leiblich eine Folge des Vertrauensarztstems, wie ja  
auch infolge dieser Einrichtung die Entschädigungsleistungen  
pro Kopf wiederum abgenommen haben. Bömelburg hat ja  
schon darauf hingewiesen, daß die Volkrente heute eigentlich nur  
noch getwöhnt wird, wenn eine ganz besondere Hilfslosigkeit zu  
konstatieren ist. — Pausig werden die Arbeiter, wenn sie zum Ver-  
trauensarzt kommen, der Simulation beschuldigt. In einem  
Falle wurde ein Bergmann sogar wegen Betruges angeklagt, ob-  
gleich zwei Ärzte verschiedener Meinung darüber waren, ob seine  
Erkrankung die Folge eines Unfalls war oder nicht. (Hört! hört!  
bei den Socialdemokraten.) § 69 des Unfallversicherungs-  
gesetzes muß also ganz anders ausgebaut werden, vielleicht dahin,  
daß jeder Arzt verpflichtet ist, dem Verletzten ein Attest auszustellen.  
Zum wenigsten bitte ich, daß die Herren Ärzte dahin wirken, daß  
ihre Kollegen den Mut haben, auch bei den Berufsgenossenschaften  
die freie Arztwahl zu verlangen. Hier ist sie viel notwendiger als  
bei den Krankenkassen. (Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Kosakowski: Daß die Charlottenburger  
Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt schon jetzt zu klein ist, gebe ich zu.  
Meine Absicht, erhöhte Mittel zu diesem Zweck einzustellen, scherterte  
an der Finanzlage. Ein historisches Museum soll die Ausstellung  
nicht werden, sondern eine wechselnde Darstellung der neuesten  
Unfallverhütungs-Vorschriften. — Die Kapitalabfindungen werden  
allerdings leicht zu verfehlten wirtschaftlichen Unternehmungen benutzt,  
sie sollten daher möglichst vermieden werden. Die Berufsgenossen-  
schaften, besonders die Bauberufsgenossenschaft, sollten enger mit  
der Unfallverhütung vorgehen. — Darüber, daß das Baugewerbe  
besonders gefährlich ist, fällt eine Eingabe der nordöstlichen Bau-  
berufsgenossenschaft ein gefährlich-öffentlicher Urteil. Wenn man  
einfieht, wie groß die Gefahr bei den jetzt ausgeführten großen  
Wänten ist, dann möchte man um so ernstlicher an die Unfallverhütung  
herangehen. Geschloß das seitens der Bauberufsgenossenschaft nicht,  
so bin ich entschlossen, dem Bundesrat eine Änderung des Gesetzes  
vorzuschlagen, die ihn ermächtigt, in diesem Falle zwangsweise vor-  
zugehen. (Lebhafte Weisfall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Kulerski (Pole): Die Unfallverhütungs-Vorschriften sollten  
auch in polnischer Sprache erlassen werden. Die Versicherungs-

beamten behandeln die polnischen Arbeiter sehr schlecht und werden  
nach dem Wort vom „Befehlen und Gehorchen“ wahrscheinlich wahre  
Schimpforgien liefern.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Personlich bemerkt

Abg. Körsten (Soz.): Ich habe nicht gesagt, daß der Vorkter  
der Anstalt in der Großberensstraße der Vorhänge der Baugewerks-  
Verufsgenossenschaft sei, sondern es ist der Vorhänge der Sektion I,  
Herr Gömann.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Wahlprüfungen, u. a. die  
Wahl des Abg. Dr. Braun [Soz.]. Fortsetzung der Etats-  
beratung.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

In dem Bericht über die Rede des Abg. Körsten in der  
Donnerstags-Sitzung des Reichstages befinden sich einige sinn-  
entstellende Irrtümer.

Genosse Körsten bittet um ein folgendes Richtigstellung:  
Im vorliegenden Abgag des Berichtes über seine Rede muß es  
heißten:

„Ich müssen die Arbeiter nach Jahr und Tag erfahren, daß die  
Zuvaldentarte für sie nicht geliebt worden ist. Wenn in solchen  
Fällen Anträge auf Gewährung von Invalidenrente vorlagen, haben  
die Schiedsgerichte die Anträge stets begünstigt, weil das Verschulden  
nicht die Arbeiter, sondern die Unternehmer trafe. Leider hat das  
Reichs-Versicherungsamt den entgegengelegten Standpunkt ein-  
genommen, weil gleichviel die Karten vollständig geliebt sein müssen.  
Ferner muß es zu Beginn des letzten Abgages lauten:

Eine Befundung der Verhältnisse müßte sich auf einer Zusammen-  
setzung der Versicherungsgesetzgebung aufbauen, damit die übermäßig  
hohen Verwaltungskosten verringert werden und den Arbeitern mehr  
zugewendet werden kann.

## Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung, Freitag, den 12. Februar 1904, 11 Uhr.

Nach Erledigung des Etats der Geflüßverwaltung folgte die  
Beratung des Etats der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung.  
Hierbei bringt

Abg. Marx (C.) die Wahlbeeinflussungen zur Sprache, die sich  
im Saarrevier höhere Verbeamte gegen untere Beamte und  
Arbeiter zu Schulden haben lassen. Redner berichtet über  
drei Verleumdungsprozesse gegen den Redakteur eines katholischen  
Blattes im Saarrevier, das diese Wahlbeeinflussungen an den Pranger  
gestellt habe. Er stellt fest, daß der Staatsanwalt in diesen drei  
Prozessen neun Monate, sechs Monate und drei Monate Gefängnis  
beantragt hat. Diese hohen Anträge sprächen für jeden, der die  
Praxis in Verleumdungsprozessen kenne, Vände. Das Gericht  
habe in den drei Prozessen auf 300, 200 und 900 Mark Geldstrafe  
erkannt. In letzterem Falle sei die hohe Geldstrafe verhängt worden,  
weil in einer Behauptung des inkriminierten Artikels eine ver-  
leumdungsfähige Verleumdung gefunden worden sei. Die Haupt-  
beeinflussung habe sich der Berginspektor Adams erlaubt. Es sei  
festgestellt, daß er gesagt habe, er verlange, daß die Bergarbeiter  
und unteren Beamten für den von ihm empfohlenen Kandidaten ein-  
treten, wer das nicht könne, fliege. (Hört! hört! im Centrum.) Auch  
sonst seien zahlreiche Beeinflussungen festgestellt worden  
und man sage sich mit Recht, wenn so viel schon herausgekommen  
sei, was muß sich erst alles hinter den Kulissen abgespielt haben!  
(Sehr richtig! im Centrum und bei den Freisinnigen.) Die Arbeiter  
sind gezwungen worden, dem nationalliberalen Wahlverein beizutreten.  
Die Gegenseite wird sagen: „Gefährlich wird auch noch End!“ Es  
ist auch festgestellt worden, daß der Pfarrer Dider seinen Pfarr-  
findern gesagt hat, wenn sie nationalliberal wählten, werde er ihnen  
die Sakramente verweigern. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)  
Dieser Anspruch war sehr übereilt und wird von uns sehr bedauert.  
Aber er ist 1896 und 1898 gefallen, nicht vor dieser Wahl, und ist vom  
Pfarrer selbst bedauert worden. Wöfe folgen hat er auch nicht ge-  
habt. (Lachen bei den Nationalliberalen.) In den Prozessen  
sind sehr viele Beeinflussungen festgestellt worden, trog-  
dem dem Angeklagten für die Beweiserbringung sechswoch  
die Hände gebunden waren. Dem von der Erlaubnis,  
das Zeugnis zu verweigern, haben die Beamten auf Grund § 53 der  
Strafprozeß-Ordnung den weitesten Gebrauch gemacht. Leider hat  
der Minister dieses System des Verschweigen durch seine Anweisungen  
unterstützt, obwohl die Genehmigung nur verweigert werden kann, wenn  
das Staatsinteresse gefährdet ist. Wenn Beamte größter Wahl-  
beeinflussungen überführt werden, mag ja das Staatswohl gefährdet  
sein, im Volke aber stellt man das Recht des Angeklagten, ein Recht  
zu finden, höher. In Wahrheit wird durch solches Vorgehen das  
Staatswohl nicht gefördert. Der Minister sollte endlich mit eisernem  
Wesen durchfahren und jede Wahlbeeinflussung verhindern. (Weisfall  
im Centrum und links.)

Handelsminister Müller: Ich habe vor der Wahl einen Erlaß  
an die Beamten gerichtet, sich jeder Beeinflussung zu enthalten, ihnen  
aber andererseits gesagt, daß die Ausübung des persönlichen Wahl-  
rechts ihnen nicht beeinträchtigen werde. Die Verhältnisse im Saar-  
gebiet haben sich aber so zugespielt, wie es glücklicherweise in wenigen  
Gebieten des Vaterlandes der Fall ist. Im Gegensatz zum Vor-  
redner möchte ich doch meinen, daß erhebliche Verfehlungen vorliegen  
müssen, wenn Strafen von 200 steigend bis 900 M. ausgesprochen  
werden. Was den § 53 der Strafprozeß-Ordnung anlangt, so möchte ich  
meinen, daß ich in weitgehendster Weise die Vernehmung der Beamten  
gestattet habe, im Gegensatz zum alten preussischen Grundgesetz, in  
unser Verwaltungsverfahren sind von Gerichten nicht dreizehn zu  
lassen. Das Gericht hat festgestellt, daß der Nachweis systematischer  
Beeinflussung von oben nicht erbracht sei. Andererseits sind einzelne  
Verfehlungen festgestellt worden und ich werde bestrebt sein, daß  
solche Uebergriffe der Amtsgewalt künftighin vermieden werden.  
(Weisfall.)

Abg. Köhling (natl.): Ich kenne die Verhältnisse in Person im  
Saarrevier sehr genau. Der moralische Sieg war nicht auf Seite  
der Angeklagten. Die Dabach-Presse heßt in systematischer Weise  
auf die Bergverwaltung. Die Socialdemokraten führen  
keine niedrigere Sprache als diese Presse. In einem der  
letzten Artikel heißt es: von den Großen armer Arbeiter, die dem  
nationalliberalen Verein zustehen, werden für die Partei-  
führer Selbatterien aufgeföhren. (Große Heiterkeit.) Sämtliche  
11 Bergwerksdirektoren und 22 Obersteiger haben unter  
ihrem Eid eine Wahlbeeinflussung bestritten. Systematische  
Beeinflussungen haben also nicht stattgefunden. In einigen Fällen  
mögen einzelne Beamte nicht ganz pflichtgemäß gehandelt haben.  
Der Fall des Pfarrers Diders wiegt viel schwerer.

Abg. Fuhs (C.): Der Vorredner hat die Sache zu vertuschen  
gesucht. Ist es nicht merkwürdig, wenn Geheimrat Hilger den Arbeitern  
sagt, es gelte den Kampf gegen die beiden internationalen Parteien,  
womit das Centrum und die Socialdemokraten gemeint sind!  
Das wird von einer Partei gesagt, ohne die heute überhaupt keine  
Politik getrieben werden kann. In ganz Saarbrücken ist man der  
Ansicht, daß Wahlbeeinflussungen vorgekommen sind. Herr Hilger  
hat gesagt: Wer nicht mitkämpft, der fliegt! Wir hat ein Beamter  
gesagt: Wenn man in Saarbrücken angestellt werden will, muß  
man vorher einen Kursus in der Schauspielkunst vornehmen.  
Vieledienerei wird in der unerhörtesten Weise in Saar-  
brücken getrieben. Weisheit wird man manches nicht können, des-  
halb ist es doch wahr. Denn das letzte, das Weisheit, daß man weiß,  
was gewünscht wird bei Vermeidung schwerer Nachteile, läßt sich  
nicht beweisen. Welche Folgen muß dieses Verhalten auf die Dauer  
erzeugen! Der Arbeiter fühlt sich rechtlos, fühlt sich in seiner  
politischen Freiheit, in seiner politischen Ueberzeugung auf das  
schwerste beschränkt. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Handelsminister Müller: Die Ausführungen des Vorredners  
waren keine Klarlegung sondern eine einseitige Darstellung. Die  
Angriffe gegen die Centrumspartei billige ich nicht, aber für jede  
Äußerung, die ein Beamter in einer Wahlversammlung thut, kann  
ich nicht verantwortlich gemacht werden. Es ist eine ganz  
einseitige Darstellung, daß nur Beamte weiter kommen im

Saarreber, die nach oben liebedienern. Es herrscht dort große Erregung zwischen den Angehörigen beider politischen Parteien. In jeder Hinsicht zu beruhigen, wenn ein Beamter in seinen Privatäußerungen zu weit geht. Die Ausrufung des Geheimrats Hilger: wer nicht mitlüt, steigt, habe ich als sicher gefallen nicht feststellen können. Sie soll gefallen sein in einer Privatgesellschaft in später Stunde nach reichlichem Genuß von Moselwein. (Große Heiterkeit.) Auf eine unter solchen Umständen gefallene angebliche Privatäußerung kann ich kein solches Gebilde aufbauen wie Herr Abg. Ruchs. Es geht nicht an, daraus nun einen Terrorismus der Beamten zu folgern. (Beifall.)  
Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr vertagt.  
Schluß 4 1/4 Uhr.

## Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Freitag die Diskussion über die von Gemeinden gebauten und vom Militärbesitz gemieteten Kasernen zu Ende geführt. — Nachdem sich die Debatte schließlich immer mehr zu einer Specialerörterung über den vom Korreferenten beanstandeten Bau einer gemieteten Kaserne in Saarbrücken zugespielt hatte, wurde dieser Kasernenbau getrichen. Sodann wurde folgende Resolution der Abg. P a s c h e und Genossen einstimmig angenommen:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß in Zukunft Kasernen-Neubauten und sonstige im Interesse der Heeresverwaltung notwendige größere Neubauten möglichst nicht durch städtische Verwaltungen, sondern durch das Reich errichtet werden und die erforderlichen Mittel bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats angefordert werden.“

Ebenfalls angenommen wurde eine vom Abg. Sped vorgeschlagene Ergänzung dieser Resolution in folgender Form:

„Der Reichskanzler zu ersuchen:

1. vor endgültigem Abschluß von Verträgen, welche Kap. 27 Tit. 11 und Kap. 25 Tit. 5 betreffen (Mietverträge für Kasernen etc.), die betreffenden Pläne, Kostenschätzungen und Vereinbarungen dem Reichstage zur Prüfung und Beschlußfassung vorzulegen;
2. bei allen künftigen Vereinbarungen, die Dienstwohnungen und Kasernen nebst Zubehör und deren nichtweise Ueberlassung an die Heeresverwaltung betreffen, dafür zu sorgen, daß sich die Heeresverwaltung das Vorkaufsrecht an den Grundstücken zum Buchwert unter Anrechnung der Amortisation sichert;
3. dem Reichstage in der kommenden Session eine Uebersicht darüber vorzulegen, in welchem Umfange für die in den Jahren 1898 bis 1901 auf Grund der Kap. 25 Tit. 5 und Kap. 27 Tit. 11 hergestellten Dienstwohnungen und Kasernen nebst Zubehör die ursprüngliche Höhe des Kostenanschlags überschritten worden ist.

Zu einer interessanten Erörterung kam es bei Titel 21 (Kap. 27), der von „Manöverkosten“ handelt und hierfür etwa zwei Millionen Mark verlangt. Damit sind aber die Kosten der Manöver nicht erschöpft, sondern hier werden nur die Beträge für Flurverschädigungen, Kochholz, Lagerstroh u. s. w. verrechnet. In den letzten Jahren sind, wie der Korreferent bemerkte, regelmäßig sehr starke Statüverschreitungen bei diesem Titel zu verzeichnen gewesen und er fragte deshalb an, ob das etwa auf besondere Aufwendungen bei Kaisermanövern, von denen die Presse berichtet hätte, zurückzuführen sei. General Gallwitz gab zu, daß häufig Statüverschreitungen vorgekommen seien; das liege an den schwanfenden Bitterungsverhältnissen und an dem Befehl in den Manöverterritorien. Im übrigen begriffe er die Gelegenheit, sich über die letzten Kaisermanöver auszusprechen zu können. Es sei selbstverständlich, daß zu den bei Kaisermanövern üblichen Paraden aber ein ganzes Armeecorps immer einige Vorbereitungen auf dem Paradeplatze getroffen werden müssen; ein Platz für 20—30 000 Mann sei eben nicht überall zu finden. Um nun aber die oft sehr hohen Kosten einer Einrichtung im Herbst zu vermeiden, hätten im letzten Jahre das 4. und 11. Armeecorps schon im Frühjahr den Platz ausgefüllt, die Bäume veranlaßt, Sommerfrüchte zu bauen und ihnen nur kleine Entschädigungen dafür zahlen müssen, daß sie keine Rüben, Blumenpflanzen und dergleichen in jenem Jahre auf den Feldern ziehen konnten. Dadurch sei im Vergleich mit früheren Jahren viel Geld gespart worden. Kein Wort sei wahr an der Meldung, das Terrain sei auf ein Jahr gepachtet gewesen, man habe es plantiert und mit Gras besetzt, man habe eine Menge Obstbäume gepflanzt, Straßengraben ausgefüllt u. s. w. Für die Einrichtung des Platzes (Ansaamen, Walzen etc.) seien gar keine Kosten entstanden, denn der Unternehmer eines Tribünenbaues habe sich verpflichtet gehabt, diese Arbeiten gratis auszuführen; die Gräben der von der Parade-Aufstellung durchschnittenen Straße seien nur auf wenige Meter ausgefüllt worden, in diesen Gräben habe die Postverwaltung überdies ihre Telephon- und Telegraphendrähte geborgen gehabt; fünf Obstbäume hätten zwar entfernt werden müssen, sie seien aber von der Gemeinde Ahmannsdorf später wieder eingesetzt worden, Kosten seien dadurch nicht entstanden; der gesamte Flurschaden habe sich auf nur 16 000 Mark belaufen. Was den eignen Weg für den Kaiser von der Bahnstation nach dem Paradeplatze anlangt, so sei ein Promotoroffizier mit der Herstellung betraut worden, der freilich insofern seinen Auftrag mißverstanden habe, als er den Weg schurkgerade anlegte, statt ihn dem Gelände anzupassen; durch dieses Versehen seien 1432 M. Unkosten entstanden. (Dieser Darstellung steht mit denen der thüringischen Zeitungen in einem so schroffen Widerspruch, daß diese wohl Veranlassung zu einer Diskussion nehmen werden. Red. d. „Vort.“) Abg. Gröber meinte, wenn sich das alles so verhalten habe, dann hätte die Heeresverwaltung sofort mit einer Berichtigung vorgehen sollen; er fragte ferner nach den Gesamtkosten der alljährlichen Manöver. Ein General verteidigte die Paraden bei den Manövern und leistete sich dabei die erwähnenswerte Unterscheidung unseres Militärs in „Kern- und Offiziere“. (Wie heißt denn dieser famos General? Red. d. „Vort.“) General Gallwitz bezifferte die Höhe der in verschiedenen Titeln verzeichneten Gesamtkosten der Manöver (gegen die Kosten der Unterhaltung der Truppen in ihren Quartieren) auf 500 000 bis 600 000 Mark für jedes Armeecorps. Die Errichtung der Truppen-Übungsplätze habe keine Ermäßigung der Manöverkosten zur Folge gehabt, da dort nur in kleinen Verbänden geübt werden könne; eine Steigerung der Manöverkosten sei unvorstellbar.

Der Titel wurde betwilligt.  
Fortsetzung der Beratung am 16. Februar.

Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. Die Kommission für Vorberatung des Gesetzesentwurfes hielt am Freitag ihre erste Sitzung ab. Artikel I des Regierungsentwurfes lautet: „Personen, die im Strafverfahren freigesprochen oder durch Befehl des Gerichts außer Verfolgung gesetzt sind, können für erlittene Untersuchungshaft Entschädigung aus der Staatskasse verlangen, wenn das Verfahren ihre Unschuld ergeben oder dargelegt hat, daß gegen sie ein begründeter Verdacht nicht vorliegt.“

Außer dem Verhafteten haben diejenigen, denen gegenüber er kraft des Gesetzes unterhaltspflichtig war, Ansprüche auf Entschädigung.

Ein Centrumsantrag verlangt Streichung der Worte „durch Befehl des Gerichts“; die Freisprechung beantragen außerdem noch die Streichung der Worte „ihre Unschuld ergeben oder“. Ein dritter Antrag will dem zweiten Absatz eine Bestimmung hinzufügen, daß die Entschädigung den Untersuchungsberechtigten auch dann zu gewähren sein soll, wenn der Verhaftete inzwischen verstorben ist.

Die Socialdemokraten (Frohme, Stadthagen, Thiele) wollen dem Absatz 1 folgende Fassung geben:

Personen, gegen welche Untersuchungshaft verhängt war oder die sistirt worden sind, können Entschädigung beanspruchen, wenn sie rechtskräftig freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt sind.

Abg. de Witt (C.) begründet den Antrag, daß auch solche Personen Entschädigung erhalten sollen, die bereits im Verlauf des Ermittlungsverfahrens aus der Haft entlassen worden. Nach Mitteilung des Staatssekretärs Kieberding handle es sich dabei um etwa drei Prozent der Fälle unschuldig Verhafteter. — Regierungskommissar v. Tschendorf meint, dann müsse die Strafprozessordnung an mehreren Stellen geändert werden. Das sei zu vermeiden. Der vorliegende Entwurf sei genau dem Gesetz von 1898 über die Entschädigung unschuldig Verurteilter nachgebildet, deshalb solle ein neues Moment nicht mit hereingebracht werden. Die Fälle, für welche durch den Centrumsantrag die Entschädigung festgesetzt werden solle, seien besser durch die Verwaltungsbehörden zu regeln, an die sich der Freigelassene wenden müsse. Außerdem könne ein Staatsanwalt solche Personen wieder in Untersuchung nehmen, welche nach ihrer Entlassung vor Beginn des Hauptverfahrens Untersuchungshaft gelitten hätten.

Abg. Schmidt-Marburg (C.) glaubt nicht, daß ein Staatsanwalt so willkürlich handeln werde. Geschehe es trotzdem, so gebe es zum Glück „noch Richter in Berlin“ und anderwärts. Man könnte auch eine bestimmte Zeit gesetzlich festlegen, innerhalb derer der Staatsanwalt seine Voruntersuchung abschließen müsse. — Abg. Mommsen (fr. Bg.) begründet den Antrag auf Wegfall der Worte „ihre Unschuld ergeben oder“. Der Begriff „Unschuld“ sei zu flüchtig; außerdem stießen doch diese Fälle mit unter die in der letzten Hälfte des Gesetzes erwähnten, denn es liege dann eben kein begründeter Verdacht mehr vor. — Reg.-Rat v. Tschendorf: Dem aus der Untersuchungshaft Entlassenen wird es lieber sein, wenn ihm seine Unschuld bestätigt wird, als wenn nur gesagt wird, es liege gegen ihn kein begründeter Verdacht mehr vor. Man muß unterscheiden zwischen Unschuld im rechtlichen und im tatsächlichen Sinne. Im vorliegenden Entwurf handelt es sich nur um Unschuld im rechtlichen Sinne.

Abg. de Witt (C.) kann nicht für den freisinnigen Antrag stimmen, da der Reichstag leider an das Gesetz von 1898 gebunden sei und keine derartigen Änderungen vornehmen dürfe. — Abg. Vurlage (C.) ist gleichfalls gegen den freisinnigen Antrag, dagegen dürfe in der Entschädigungsfrage kein Unterschied gemacht werden zwischen der Einleitung der Untersuchung vor Eröffnung des Hauptverfahrens und der Freisprechung im Hauptverfahren. Ist entscheidet ja nur ein Zufall über die Eröffnung des Hauptverfahrens. — Staatssekretär Kieberding: Bei Annahme des Antrages Mommsen würden alle aus rechtlichen Gründen freigelassenen von der Entschädigung ausgeschlossen werden. (Widerpruch.) Im Gesetz von 1898 hat der Reichstag Wert gelegt auf die Unterscheidung zwischen rechtlicher und tatsächlicher Unschuld.

Abg. Stadthagen (C.): Bei der jetzigen Fassung des § 1 werden die entschädigt, welche mehr verdächtig waren, also gegen welche das Hauptverfahren eröffnet wurde. Dagegen bleiben ohne Entschädigung solche Personen, welche in so geringem Maße verdächtig waren, daß das Hauptverfahren gar nicht erst eröffnet werden konnte. Das wäre ein greller Widerspruch. Es müssen aber nicht nur die auf richterliche Anordnung unschuldig Verhafteten entschädigt werden, sondern auch die unschuldig Sistierten, die von der Polizei in Haft genommen und dann nach einigen Tagen wieder entlassen worden sind, ohne vor den Richter gekommen zu sein. Nicht nur der Willkür der Staatsanwälte muß entgegen getreten werden, sondern auch der Polizeiwillkür. Die ganze Fassung des § 1 ist im Entwurf unglücklich; wir schlagen deshalb eine bessere Fassung vor. Der Schlusssatz im Entwurf wäre auch nach Annahme des freisinnigen Antrags noch unklar; denn die Frage würde dann immer noch sein, was „begründeter Verdacht“ sein soll. Unser Antrag ist weit einfacher und doch erschöpfender. Wer ohne sein Verschulden verhaftet wurde und dann außer Verfolgung gesetzt wird, soll ein Recht auf Entschädigung haben, wenn nicht einer der im § 2 aufgeführten Fälle vorgelegen hat. Sie wollen die Entschädigung unter vielen Wenn und Aber aus Willkürgründen gewähren, wir wollen das Recht auf Entschädigung festlegen. Dem Parallellismus mit dem Gesetze von 1898 zu Liebe dürfen wir keine verkehrten Bestimmungen in dem Entwurf stehen lassen. Der Parallellismus besteht sachlich auch gar nicht; denn 1898 handelte es sich um unschuldig Verurteilte, bei denen ein regelrechtes, mit Verurteilung endendes Verfahren bis zum Ende durchgeführt worden ist, während es sich hier um Personen handelt, die entweder gleich freigesprochen werden, oder gegen die das Hauptverfahren gar nicht eröffnet werden konnte. Nur bei Annahme unseres Antrages wird die Frage möglichst vollkommen gelöst.

Die Kommission vertagte hierauf die weitere Beratung auf Donnerstag.

## Kaufmannsgerichte.

Die Kommission erörterte am 12. Februar die Art des Wahlverfahrens. Die Vorlage enthält im § 11 folgenden Satz: Durch das Statut kann die Wahl der ersten Beisitzer (Unternehmer) einer für den Bezirk bestehenden Vertretung des Handelsstandes, die Wahl der letzteren Vertreter (Handlungsgehilfen) den am Sitz des Gerichts bestehenden Verbänden der Handlungsgehilfen oder den zu den Handlungsgehilfen gehörenden Vertretern der bestehenden Krankenkassen übertragen werden.

Dazu lag ein Antrag der Socialdemokraten vor, diesen Satz zu streichen. Lipinski (C.) begründete den Antrag und wies darauf hin, daß die Ausführung der Vorchrift gar nicht möglich sei. Die Voraussetzungen für die Vorchrift, der Organisationszwang für Vereinskassen oder eine Handlungsgehilfen-Vertretung bestimme nicht. Außerdem fördere man gerade den Unfrieden unter den Handlungsgehilfen-Organisationen, statt ihn zu mindern; den Gemeinden gebe man die Möglichkeit einer parteiischen Stellungnahme gegen die Gehilfenorganisationen. Württembergischer Bevollmächtigter von Schider verteidigte die Vorlage, einmal sei die Bestimmung nicht zwingend, dann sei die Notwendigkeit der Einführung eines allgemeinen Wahlrechts nicht in jedem Falle anerkannt. Die Bestimmung sei ein Kompromißprodukt. Trimborn (C.) trat den Ausführungen Lipinski bei und bemerkte, daß es dann nicht ausgeschlossen sei, daß sich zum Wahlzweck Vereine ad hoc bilden würden, eine ungelübte Erscheinung. Die bei den Gewerbegehilfen gewählten Beisitzer hätten ihre Funktionen erfüllt und auch die Wahlen würden die Organisationen der Gehilfen stärken. Müller-Reiningen wies auf die ablehnende Haltung aller Petenten gegen diese Vorchrift hin. Singer (C.) weist darauf hin, daß die mittelalterliche Anschauung der Regierung mit der Tendenz des Gesetzes nicht übereinstimme. Die Wähler seien gar nicht in der Lage, zu bestimmen, welche Organisation die Vertreter ernennen soll. Der Wert der Wahl sei doch der, daß Reize des Vertrauens zu Beisitzern gewählt würden, was so nicht möglich sei. Außerdem habe die Gemeinde es in der Hand, die Wahlkosten auf die Vereine abzuwälzen. Vertreter der Hanfschäfte Bürgermeister Pauli bemerkt, daß die Bestimmung aufgenommen worden sei, damit durch die Wahlen das gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Gehilfen nicht gestört werde und der Gegensatz zwischen den Interessen des Groß- und Kleinhandels ausgeglichen werde. Die Gehilfenverbände sollten die Beisitzer nicht ernennen. Hieber (nat.) hob auch hervor, daß die Parteikämpfe verstärkt würden. Lipinski (C.) wies darauf hin, daß die Vertreter der Regierung selbst der Vorlage den Voten entgegen hätten.

Seiner (nat.) beantragte zur Vorlage folgenden Zusatz: sofern diese Vertretungen des Handelsstandes oder die bestehenden Verbände oder Krankenkassen eine Vertretung der Gesamtheit oder der Mehrzahl der Kaufleute bezw. Handlungsgehilfen sind.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Konfessions- und gegen die Stimme Senlers abgelehnt. Die Regierungsvorlage dagegen wurde gegen die Stimme des Abg. Senler abgelehnt. Damit war der socialdemokratische Antrag auf Streichung angenommen. Die Socialdemokraten hatten ferner die obligatorische Einführung des proportionalen Wahlrechts beantragt und ferner die Möglichkeit anbeizugeben, die Beisitzerwahlen der Kaufmannsgerichte mit denen der Gewerbegerichte zu verbinden.

Lipinski (C.) begründete den Antrag. Trotzdem die Möglichkeit der Verhältniswahl für die Gewerbegerichte erst seit 1900

bestünde, haben bereits 14 Gerichte die Wahlen eingeführt. Aus den Berichten der Gewerbegerichte gehe hervor, daß einmal die Wahlart sich bewährt habe und auch in den kleineren Orten den verschiedenen Gruppen eine Vertretung gesichert habe. Diese Erfahrungen ermuntern, einen Schritt weiter zu gehen und die Verhältniswahl zwingend vorzuschreiben.

Trimborn (C.) bemerkte, daß seine Freunde auf demselben Boden ständen und stellte folgenden Antrag:

Die Wahl der Beisitzer ist unmittelbar und geheim; sie findet nach den Grundätzen der Verhältniswahl statt, derart, daß neben den Mehrheitsgruppen auch die Minderheitsgruppen entsprechend ihrer Zahl vertreten sind.

Hieber kam die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränkt werden, die bis zu einem im Statut festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl einzureichen sind.

Staatssekretär v. Posadowski erklärte, daß es die Aufgabe der Regierung sei, die Arbeiterbewegung in ruhigere Bahnen zu lenken, sie aber von der Vertretung ihrer Interessen nicht abzuschließen. Die Erfahrungen über die Verhältniswahl seien aber noch zu gering, um über die fakultative Verhältniswahl hinauszugehen. Dr. David (Coc.) hob hervor, daß die Konsequenz der Ausführungen des Staatssekretärs die obligatorische Einführung der Verhältniswahl sei. Dove (fr. Bg.) und Müller-Reiningen erklärten sich für die Verhältniswahl. Preussischer Bevollmächtigter v. Meiner giebt zu, daß in Preußen in zwei Fällen, wo die Verhältniswahl eingeführt worden sei, sich bewährt habe.

Der socialdemokratische Antrag wurde zu Gunsten des Centrumsantrages zurückgezogen und dann letzterer Antrag selbst einstimmig angenommen.

Das Resultat der Beratung war also: Ablehnung der Wahlübertragung auf Berufsorganisationen und obligatorische Einführung der Proportionalwahl.

Freireisende Gemeinde. Sonntag, den 14. Februar, vorm. 8 1/2 Uhr, in der Schul-Aula, Kleine Frankfurterstr. 6: Verammlung. Freireisende Gemeinde. — Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Waldemar Krampe: „Witres aus dem Talmud.“ Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

## Vermischtes.

Die Kantfeier in Königsberg. Die festlichen Veranstaltungen zur Gedächtnisfeier der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages Johanns Kantis begannen gestern vormittag in der Stoa Kantiana. Abordnungen der Stadt, der Provinz sowie des Lehrkörpers der Universität legten dort prächtige Kränze mit Widmungen nieder. Auch der Kultusminister Dr. Studt sowie der Oberpräsident von Preußen wohnten dem Akt bei. Gegen 10 Uhr fand in Gegenwart des Ministers und der städtischen Behörden unter Teilnahme der Militär- und Zivilbehörden die Enthüllung der Kant-Gedächtnistafel statt, die sich an der Mauer des königlichen Schlosses in der Kantstraße, neben dem Kaiser Wilhelm-Denkmal befindet. Oberbürgermeister Boete hielt eine längere Ansprache. Die Tafel trägt als Inschrift Kantis Worte: „Zwei Dinge erfüllen das Gemüt mit immer neuer und zunehmender Bewunderung und Ehrfurcht, je öfter und anhaltender sich das Nachdenken damit beschäftigt: der bestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir.“ Der Gedächtnisakt in der Universität begann um 11 Uhr.

Bon den Frommen im Lande. Aus Bischofswerda in Sachsen geht uns eine Klage zu, wonach dort und in der Umgegend vor einiger Zeit ein schwarz gekleideter Herr erschien, der vorgab, von der Geistlichkeit und der Kirchenbehörde empfohlen zu sein und dann den Frauen — an die Männer schien er sich nicht zu wagen — ein frommes Buch, den sogenannten Hausaltar aufschwänge, das 13 Bl. losen solle und in Raten von 25 Pf. pro Woche bezahlt werden könne. Dieser Kauf wurde durch Unterschreift eines Kaufmanns perfekt. War aber der Schein unterschrieben, dann drängte der schwarze Herr, gleich eine größere Anzahlung — 3 M. und mehr — zu machen, ein Anfinnen, das ihm in vielen Fällen glückte. Der Beschwerdeführer, der sich an uns wendet, ist der Meinung, daß seine Frau, die das Buch kaufte, übervertelt worden sei. Das Buch habe bei weitem nicht den angegebenen Wert und weigert sich dessen Frau, die noch rückständige Summe zu zahlen. Darauf drohte ihr der Anwalt der Firma, Rechtsanwältin Danaschke-Vorlin, mit Klage. Der Verlag nennt sich Verlagsanstalt Christlicher Schriften. Der Firmeninhaber war bis zum 1. Dezember v. J. Richard Debraent, Elisabeth-Ufer 27, seitdem ist die Firma in den Händen von Heinrich Schwarz, Oranienburgerstr. 12. Wir melden den Thatbestand, wie er uns mitgeteilt wurde, und mögen sich die Leser ihren Vers dazu machen.

Ueber ein furchtbares Schiffungslud wird aus Madrid berichtet: Der englische Dampfer „Neoman“, mit Salz nach Kalkutta unterwegs, ist bei der Ria de Corubion (mit Salz) gestrandet. Zehn Mann der Besatzung ertranken, 73 Personen werden vermisst. Vier Reisende haben sich gerettet.

Sturmnachrichten. Der Sturm, der am Mittwoch in der Rhein- und Weser-Region wüthete, hat, wie aus Köln gemeldet wird, zahlreiche Unglücksfälle im Gefolge gehabt. Am Oberrhein wurde der Bedienstete eines Hofes in den Rhein geweht und kam nicht mehr zum Vorschein. Im bergischen Lande sind zahlreiche Schleifereien durch Sturm und Hochwasser zerstört worden, so daß der Betrieb eingestellt werden mußte. Im benachbarten Wiesdorf stürzte infolge des Sturmes ein Neubau ein, eine ganze Familie unter den Trümmern begraben; das Ehepaar erlitt schwere Verletzungen, desgleichen ein Kostgänger, der erst spät nachts befreit werden konnte. Durch den Einsturz wurden auch mehrere benachbarte kleinere Häuser in Mitleidenschaft gezogen, so daß auch diese dem Einsturz nahe sind. — Der Rhein ist in Köln seit gestern um 1.71 Meter gestiegen. Der Wasserstand beträgt 5.45 Meter. Infolge fortgesetzter Regenfälle haben Donau, Neckar, Rago und andere Flüsse an zahlreichen Stellen schon weite Strecken in Württemberg überflutet. — Auch in Portugal sind in den letzten Tagen größere Naturereignisse, die Schäden verursacht haben, vorgekommen. Die Flüsse Duro, Mondego und Tago sind über ihre Ufer getreten. In Oporto ist eine Person umgekommen. In Caldas de Reseibo bei Oporto ist ein Wasserfesselboden geborsten; dabei wurde ein Teil der Duro-Eisenbahn zerstört. 17 Menschen sind umgekommen.

Ein Ehedrama. Der Arbeiter Karl Lengel hat in Stromberg (Ungarn) aus Kränkung über die Untreue seiner Gattin auf furchtbarer Weise seinem Leben ein Ende gemacht. Er sprang während der Arbeit in den glühenden Schmelzofen. Obwohl sofort Versuche gemacht wurden, den Ofen zu löschen, konnte man von der Leiche nicht einmal mehr die Asche finden. Die Frau Lengels mußte vor der Wut des Volkes fliehen. Lengel war erst seit wenigen Jahren verheiratet; er ist Vater eines Kindes.

Ueber ein Eisenbahnunglück wird aus München berichtet: Der Frankfurter Schnellzug 90, der fahrplanmäßig um 7 Uhr 48 Minuten hier eintreffen sollte, kam erst mit mehrstündiger Verspätung auf dem Münchener Centralbahnhofe an. Die Verspätung hat ihren Grund in der Entgleisung der letzten 6 Wagen in der Station Taufersfeld (Mittelfranken) infolge Damatrufschers. Ein Reisender und zwei Postbedienstete wurden leicht verletzt. Einige andre Personen erlitten leichte Kontusionen. Der Betrieb wird eingestrichen, nicht erhalten. Bei dem Unfall erlitten Verletzungen: J. Beckler, London (Querschwund) der linken Hand, die Oberbriefführer Klerner und Modes (Armdrücke), Johann Endres und die Gattin des Hauptmanns Trieb-Künster, Dr. Kolbe-Mühlheim a. Rh. und der Schlafwagenführer Ehlers-Köln (Querschwund).

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose Herkules tragen. Wein-Berkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Rand aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Halbbarete Mit- u. Taschen. Große Hüften umfassen. Die Hose bei Aufnahme von 6 Stück 95 Mk. 4 Mk. 50

Weiße Lederhosen... 7,50, 3 Mk. 75 Zwirnhoften, fest u. schön, 3, - 1,25 Mk. 75 Die Preise gelten für normale Größen

Baer Sohn

En gros. Export. En detail. Chauffeurstr. 24/25. Bräudenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 22. Preisliste 1904 wird kostenlos und portofrei zugelandt.

Die Opfer der Kaserne

von Rudolf Kraft Jr. 96 S. Preis 50 Pf. Die Schrift des bekannten Militär-Eschichtlers enthält eine Fülle von Material gegen den Militarismus und über die Soldatenmishandlungen.

Ferd. Lassalle

und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Preis 1 Mk. 40882\*

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9. 1/2, 12-1/2, 1/2, 6-1/2, 8, Sonnt. 9-11

Costüm-roecke

grösste Auswahl - enorm billig prima Verarbeitung, tadelloser Sitz, vorzüglicher Schnitt in allen Längen und Weiten, auch für ganz starke Damen vorrätig, schwarz und farbig, in den modernsten glatten und Fantasiestoffen

Sielmann & Rosenberg

Kommandantenstr., Ecke Lindenstr. Massanfertigung.

Ich verschenke 2 edle russische Windhunde Der 500. und der 1000. Besteller auf nachstehende 5 Delikatessen, die zusammen nur 2,95 Mk. kosten, erhalten sie einen edlen, prachtvollen grossen russischen Windhund zugesandt, ohne Fracht- und Nebenrechnung, also ganz umsonst.

Königsberger Geld-Lotterie.

Staatlich genehmigt. Ziehung 16. u. 17. Februar 1904. 11 386 Geld-Gewinne im Betrage von 267 500 Mark bar. Die Hauptgewinne sind: 4037 L. 100 000, 20 000, 10 000, 5000, 3000 Mk. etc.

Hufeke's Hinder

bewährteste Nahrung für Hufeke's Hinder gesunde u. magen-darmkranke Kinder.

Gebrüder Rauh, Gräfrath

Stahlwarenfabrik und Versandhaus I. Ranges 30 Tage zur Probe! Rasiermesser, aus prima engl. Silberstahl geschmiedet fein hohl geschliffen, fertig zum Gebrauch abgezogen.

Versand gegen Nachnahme oder vorherige Einzahlung des Betrages. Garantieschein. Nichtgefallendes tausch w. bereitwilligst um oder zahlen das Geld zurück.

Steppdecken

Gelegenheitskauf. Wollatlas, alle Farben 4,85 Similiseide, alle Farben 6,00 Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 Mk. Special-Haus Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstrasse 158.

Flechten

oder harte oder trockene Flechte, Vorklebsche, Bartflechte, Hautauslässe und Hautunreinigkeiten bald los sein will, dem ist die neue überfettete Zinkoxyd-Naphtol-Seife in Salbenform

Paul Koch

Kosmetisches Laboratorium in Gelsenkirchen No. 92. Haupt-Depots: Apotheke zum goldenen Adler, Berlin S., Alexanderstr. 41, und Sonnen-Apotheke, Berlin NO., Große Frankfurterstr. 53.

Kraft-Rothwein

Feurig-Süsser Santa Lucia F. 150 u. 2 M. Überall zu haben

Bayern und Oestreicher Treffpunkt zum Bayrischen Topf Contrum 17305 Alte Schönhauserstr. 38.

Ein kottgehendes Fabrikgeschäft in Reiholen (Metallwarenfabrik) sucht einen Teilhaber mit einer Einlage von 4-5000 Mk. Fr. Off. unter T. 3 an die Exp. d. Bl. 17245

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk. Anzüge nach Mass von 25 Mk. an. M. Schulmeister, Dresdenerstr. 4, am Kottbuser Thor. Schneidermeister.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe. Bäckereifabrikale fränkischerbäcker sofort billig veräußert. Gardinebau Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*

Hingeschiffen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Adolphstr. 60/61, Kreuzauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 498\*

Obvorort! Wer Landparzelle an herrlicher Waldung portellhaft kaufen will, wende sich an Road, Brunnstr. 55. 105/16

Rechtsbureau! (Kündereisplatz), Grämerweg vierundneunzig. Langjähriger Gerichtsbeistand i. Erfolgreichste Raterteilung! Eingabengeluche! 16455\*

Vermietungen. Wohnungen. Kleine Wohnungen zu vermieten Reichenb. Doppeltr. Nr. 21, Ernst Grander. 17125\*

Theaterfeste, Dienstag, Quästlerstr. 28. 494\* Wer Nebenberuf sucht, verlange Prospekt gratis. S. Wolf, Zwickau, Reichstr. 1515B\*

Kant.

II.

Mit gelinder Ueberspannung läßt sich sagen, daß Kant die gigantischen Gedankenarbeit seiner Kritik aller wissenschaftlichen Erkenntnis — in elf langen mühseligen Jahren vollkommenen literarischen Verstummens durchdacht, dann, als sich die Sorge sich erhob, der Tod könnte den Ertrag vor der Geburt ins Grab nehmen, an der Schwelle des Greisenalters hastend in wenigen Monaten niedergeschrieben — daß Kant die Kritik der reinen Vernunft entwarf, nicht sowohl um die Gewißheit und die Bedingungen der Mathematik und der mathematischen Naturwissenschaft zu erklären, sondern um die Waffe zu schmieden, mittels derer die theologische Metaphysik für alle Zeiten aus dem Reich der Wissenschaft verjagt werden möchte.

Über damit nicht genug. Von der sittlichen Seite angreifend, zerstörte er auch den Geltungswert der theologischen Ideen als Pfadweiserinnen im Bezirk der Vernunft. Er nahm ihnen nicht nur ihren naturwissenschaftlichen, sondern auch ihren moralischen Kredit. Die „Heteronomie“ der Sittlichkeit, d. h. die von einer übermenschlichen Macht offenbarten und diktierten Gebote durchaus ablehnend, verkündete er die Autonomie der Moral, in der die Menschheit, die freie Menschheit aus eigener Vernunft und eigenem Recht sich die Gesetze ihres Handelns erfindet und über sich stellt.

So wurden die metaphysischen Geplänke ihrem ganzen Inhalt nach in Nichts aufgelöst. Aber Kant ließ, zum Schaden der klaren Einheit seines Systems, hier und da die leeren Hälften liegen, mit denen dann bis in unsere Zeit ein nachhaltiger Unfug getrieben worden ist. Dennoch kann über die wirkliche Meinung und Absicht Kants kein Zweifel sein. Nur muß man seine Sprache zu lesen verstehen. Jede unfreie Zeit schafft sich ihren eigentümlichen Stil, in der die lautere Wahrschaffigkeit der Ueberzeugung mit der durch die Zwangsgebote einer unüberwindlichen Gewalt auferlegten Vorsicht ehrlichen Ausgleich sucht. Kant schrieb unter der Censur! Wenn er überhaupt zum Worte kommen wollte, mußte er, unbeschadet aller Aufrichtigkeit, gewisse süffisante Kanteln gebrauchen, die in der Folge dann zur Erstickung seiner eigentlichen Meinung gern benützt wurden. Kant hat zu den größten schöpferischen Sektoren gehört, der vor keiner Konsequenz seines vorwärts stürmenden Denkens zurückbebt. Im vertrauten Kreise pflegte er über Welt und Dinge mit außerst Rücksichtslosigkeit zu sprechen. Sein Tischfreund Hippel, der Bürgermeister von Königsberg und Verfasser genialster Einfälle in humoristischer Romanform, hat diese Gespräche Kants ohne dessen Wissen aufgezeichnet. Als aber Hippel starb und seine Erben diese Blätter entdeckten, erschrafen sie so sehr über die vermessene gottlose Kühnheit dieses Revolutionärs — der trotz seines zurückgezogenen Lebens auch ein geistreicher Weltmann, wie nur irgend ein Pariser Encyclopädist war — daß sie die Papiere verbrannten, damit wohl die wichtigste Quelle zur Erkenntnis Kantischen Beweises zerstört werde.

Dennoch hat er auch in seinen Schriften die theologische Metaphysik mit einer Rücksichtslosigkeit bekämpft, die noch heute, wo kein Staatsmann als ein Wölfling und kein Fürst als ein Fiedrich Wilhelm II gelten möchte, dem Autor leicht Unannehmlichkeiten zuziehen könnte. Was Kant mit gellendem Witz und mit dem erregendsten tiefen Pathos seiner reinen wissenschaftlichen und sittlichen Weltanschauung über den gleichen Unwert aller Kirchen, vom Judentum und Schamanendienst bis zum Papsttum, was er über die Dogmen, „Statuten und Observanzen“ der offenbarten Pfaffenreligionen, über Gebet und Wunder geschrieben, macht ihn nicht nur zum bedeutsamsten geistigen Ueberwinder, sondern auch zum wirksamsten Agitator gegen allen Akerikalismus, in welcher Form er sich immer zeigt.

Hundert Jahre nach seinem Tode aber herrscht der Akerikalismus in seinem Vaterland mächtiger, denn je zuvor. Seine Bücher sind von der alleinseligmachenden Kirche noch immer verboten. Und Kant wäre ein Herrscher ohne Land, wenn nicht in der proletarischen Bewegung auch der geistige Befreiungskampf sich zum Siege durchringen würde.

Die Ethik, durch die Kant der theologischen Metaphysik ihre letzte Zuflucht nahm, ist die dritte That seiner Weltwirksamkeit. Noch ist über sie Streit, und es ist hier nicht möglich, die Fragen irgendwie tiefer zu erörtern.

Die Ethik erhebt den Anspruch, nach „Art von Naturgesetzen“ einen obersten Grundsatz sittlichen Handelns von unverbrüchlicher Geltung aufzustellen. Er konnte sie deshalb nicht begründen in dem Chaos menschlicher Psychologie, auch nicht in der schwebenden Unsicherheit individueller Glückseligkeit, sondern nur in der festen Form eines letzten Zweckes, eines Endzweckes. Kants Sittengesetz der Freiheit ist eine Richtung gebende Aussage der Menschheit, es wurzelt in der Humanitätsidee und es hat in nichts seinen Beweis wie in seiner Möglichkeit und Fruchtbarkeit, zum Menschheitsideal zu weisen. Es ist ein Mißverständnis, wenn man Kant gegenüber der Ewigkeit seines Sittengesetzes auf die ewig in Zeiten und Ländern wandelnden Sitten aufmerksam macht. Das wußte Kant auch und in seinem Lieblingsstudium, der Geographie, wies er scharfsinnig auf die Zusammenhänge der Sitten und der physischen Bedingungen hin, unter denen die Völker leben. Die Sittenlehre aber, die in ihrer kausalen Abhängigkeit zu durchforschen ist, nannte er Anthropologie, nicht Ethik. Die Ethik tritt als Gesetzgeber auf. Wie die Menschheit Naturgesetze entdeckt, um die Natur zu bändigen und zu gestalten, so greift sich die Menschheit für ihr gesellschaftliches Zusammenwirken aus eigener Schöpferkraft eine letzte, oberste Norm. Die Ethik erzeugt das Wert- und Entwicklungsgesetz der Gesellschaft nicht aus blauen Wolkenhöhen und auch nicht aus der sinnlichen Erfahrung, sondern aus der Vernunft, welche die Tiere zu Menschen macht, indem sie ihnen die Fähigkeit verleiht, sich selbst Kulturzwecke zu setzen.

Das Sittengesetz Kants lautet in seiner fruchtbarsten Formulierung: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person als in der Person eines jeden andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“ Dieses Gesetz übersteigt jenen einfachen Moralsatz der Regiproskript, den schon die ägyptische Weisheit des Confucius als goldene Moralregel aufstellte: Handle so, wie du willst, daß man dir handle. Das ist Moral zum individuellen Privatgebrauch. Kants Satz dagegen legt die

Menschheitsidee zum Grunde, er will der Kulturentwicklung der Menschheit die Richtung weisen.

Die Ethik Kants ist nur Gesetz, nur „Form“ menschlichen Handelns. Lediglich in dieser Beschränkung liegt die Geltung, das Recht und die Fruchtbarkeit des sittlichen Prinzips. Der lebendige Inhalt, der die Form erfüllt, steht durchaus im Fluß der Geschichte. Und hier weitet sich das Reich der kausalen Erklärung, hier waltet der Mechanismus der Wirklichkeit, hier erweist die geschichtsmaterialistische Methode ihre unabwiesliche Kraft. Die Ethik der Form besagt nichts weiter: Wenn denn die Menschheit eine Kultur will, wenn sie ein Wertmaß der gesellschaftlichen Organisation braucht, so kann das richtende und sichere Prinzip nur jener Moralgrundsatz sein. Er verbürgt den Aufstieg der Menschheit. Diese Ethik ist also kein Fremdenführer, der moralische Sehenswürdigkeiten erläutert; sie ist auch kein Kaffee, der ewige Gebote inhaltlich und materiell bestimmt, unwandelbar im Namen Gottes befehlt; sie ist ein Baumeister, der gleichsam die technischen Vorbedingungen, die Mathematik der Gesellschaft lehrt — das Pauen selbst unterlegt der Kausalität der Geschichte, der Arbeit der Menschheit. Und wäre dies Prinzip, weil sie nur Form ist, auch leer? Man prüfe jenen Satz an den wirtschaftlich bedingten Klassenkämpfen der Geschichte. Hat nicht stets jede revolutionäre Klasse in irgend einer Formel jenes sittliche Programm als Recht und Ziel ihrer Empörung auf ihre Fahne geschrieben?

Vegrenzt und versteht man den systematischen Wert von Kants Ethik so, dann ist sofort der Irrtum jener Kantianer offenbar, die den Philosophen wegen seiner Ethik zum Begründer des Sozialismus machen wollen. Als ewiger Grundfay aller Sittlichkeit gedacht, kann er logischerweise gar nicht sich in einer bestimmten, zeitlich bedingten Gesellschaftsordnung manifestieren und erschöpfen. Diese Ethik steht über allen konkreten Gesellschaftsordnungen und sie bedingt an sich keine bestimmte Ordnung. Nur muß sich jedes Gemeinwesen, wenn anders es sein Kulturrecht erweisen will, an jenem sittlichen Ideal messen. Und so wahr es ist, daß auf der heutigen Stufe der wirtschaftlich-politischen Entwicklung Kants Ethik nur im Sozialismus sich zu verwirklichen vermag, so fest steht es, daß Kant keine sozialistischen, sondern liberale Folgerungen aus seiner Ethik zog. Er lebte durchaus in der Weltanschauung der französischen Revolution, welche die Weltanschauung des Liberalismus, des freien Spiels der Kräfte war, dessen das Bürgertum bedurfte, um die Fesseln des Feudalismus zu sprengen.

(Schluß folgt.)

Lokales.

Der Klassen-Erste.

Das Messer-Attentat eines Schulladens gegen seinen Lehrer, über das wir am Freitag berichteten, sollte den Pädagogen zu denken geben. Die erste, nächste Erklärung, nach der in solchem Falle gegriffen zu werden pflegt, ist die, daß man es hier mit einem verwahtlosen Vengel zu thun habe. Doch der elfjährige Junge stammt aus geordneten Verhältnissen, ist Sohn einer Beamtenwitwe, gilt als fleißig und hat in seiner Klasse den ersten Platz.

Es ist wirklich ein Glück, daß er nicht eines Arbeiters Sohn ist. Wäre er's, wie würde man da schreiben über die Verwilderung und Verrohung der Jugend, über die Schwächung, die systematische Untergrabung jeder Autorität, über die tödliche Jüggellosigkeit sozialdemokratischer Agitation, deren Wirkung und Frucht in solcher Unthat zu Tage trete. Aber mit diesem Phrasenschatz kommt die Entrüstung der Gutgesinnten diemal nicht aus. Und es ist gut, daß es so ist; denn so kann wenigstens das Urteil über den traurigen Fall nicht getrübt werden.

Wie war es möglich, daß der Junge zum Messer griff und fast ein Totschlagger an seinem Lehrer wurde? Anscheinend schlummert in ihm ein Hang zur Gewaltthätigkeit. Eine zweidmähige, vielleicht unbedacht zweidmähige Erziehung ließ diese Anlage nicht aufkommen; und der Hang zur Gewaltthätigkeit blieb verborgen, so lange es am äußeren Anlaß fehlte, der ihn wecken konnte. So läuft mancher, der zum Verbrecher „bestimmt“ war, als korrekter Mensch durch die Welt, weil seiner Verbrechernatur zufällig die Entwicklungsbedingungen gemangelt haben. Auch der bösen Anlage, die in dem elfjährigen Gemeindegänger schlummerte, waren bis dahin durch die geordneten Verhältnisse seiner Familie die Entwicklungsbedingungen entzogen geblieben. Auch bei ihm wäre der Trieb zur Gewaltthätigkeit wohl nie zum Ausbruch gekommen, wenn es dauernd am Anlaß und an der Gelegenheit gefehlt hätte. Aber die Gelegenheit kam, und der Anlaß wurde gegeben — und der ihn gab, war sein eigener Lehrer.

Nach den vorliegenden Berichten war der Junge wegen wiederholt unruhigen Betragens von seinem Lehrer nach erfolgloser Ermahnung auf die vorderste Bank gesetzt worden, wo die schlechtesten Schüler sitzen. Der Lehrer versichert, das sei nur geschehen, um ihn besser überwachen zu können. Hat er sich die Frage vorgelegt, wie diese Maßregel auf den Jungen wirken konnte? Es ist immer ein bedenkliches Ding, den Klassen-Ersten plötzlich zum Klassen-Letzten zu machen, und jeder erfahrene Lehrer muß sich sagen, daß ein solcher Platzwechsel den Ehrgeiz verleiht — den Ehrgeiz, den erst die Schule durch den wertvollen Brauch, die Kinder nach ihren Leistungen usw. zu rangieren, künstlich entwickelt und zur Leidenschaft entzündet. In dem Fall, um den es sich hier handelt, sind die schädlichen Wirkungen eines höchst unpädagogischen Systems durch eine ebenso unpädagogische Einzelhandlung noch gesteigert worden. Man darf geradezu sagen, daß der Junge durch die Schuld der Schule zum „Verbrecher“ geworden ist.

Die Schule sollte aus mehreren Gründen sich den alten Jopf des Rangierens endlich abschneiden. Es giebt Schulen, die das bereits gethan haben, und sie stehen sich gut dabei. Es geht eben auch so, und sogar besser so! Der Ehrgeiz darf kein Erziehungsmittel sein. Wir vermögen nicht einzusehen, wie man in unserer Jugend mit Erfolg das Pflichtgefühl wecken und bilden will, wenn man alles Denken des Kindes sich auf das „Raus- oder Runterkommen“ richten läßt. Ganz zu schweigen von der Schädigung des kameradschaftlichen Empfindens, von der Förderung unsozialer Triebe, die mit dem Rangieren verknüpft ist! Diese alte schlechte Sitte trägt im übrigen dazu bei, das Vertrauen der Kinder zu ihren Lehrern zu mindern und so das Ansehen der Schule zu untergraben, weil sie notwendig Ungerechtigkeiten zur Folge hat. Auch eines Kindes Leistung ist ja aus so vielen und verschiedenen Faktoren zusammengesetzt, daß es oft schwer ist, zu sagen, welche Leistung besser und welche schlechter ist. Eins ist weniger als zwei, das ist wahr; aber soll deshalb die pädagogische Weisheit sich darin erschöpfen, daß ein Junge, der in seiner Arbeit nur einen Fehler macht, Nichtigeres leistet als ein anderer, dem zwei Fehler der Fehler einschläpfen? Mancher brave Junge, manches wackeres Mädchen reißt sich auf in erfolglosem Kampf um den ersten Platz, den ein

andres, glücklicher beanlagtes und in günstigeren Verhältnissen lebendes Kind mühelos und verdienstlos erwirbt.

Die ganze Gefahr des Rangierens zeigt sich dann, wenn ein Klassen-Erster dieser Ehre verlustig geht. In der Vorstellung der Kinder besteht zwischen dem Ersten und dem Zweiten keineswegs dasselbe Verhältnis, wie etwa zwischen dem Zweiten und dem Dritten. Für sie handelt es sich um keinen Gradunterschied, sondern um einen Wesensunterschied. Erster oder nicht Erster, das ist hier die Frage. Ein Klassen-Erster, der „runtergekommen“ ist —! Der elfjährige Gemeindegänger Gäßner griff bei diesem unerträglichen Gedanken zum Messer. Welcher Abgrund thut hier sich jäh vor unsren Augen auf! Wird der Schulse dieser Vorfal, der so verhängnisvoll in die Laufbahn eines werdenden Menschen eingreift, ein Fingerzeig und eine Warnung sein?

Der Magistrat hat beschlossen, zur Erbauung eines Krankenhauses der hiesigen jüdischen Gemeinde ein Terrain von 28 000 Quadratmetern zum Preise von 85 M. pro Quadratmeter an der Exercier- und Schulstraße, gegenüber dem jüdischen Stenhaus zu überlassen. Einem Antrage der städtischen Werke, für die Erweiterung des Röhrensystems in der Stadt 360 000 M. und zur Reparatur zc. 525 000 M. zu bewilligen, hat der Magistrat zugestimmt. Der Stadtverordneten-Versammlung wird hierüber eine besondere Vorlage zugehen.

Der Geburtenüberschuß ist in Berlin im Jahre 1903 geringer gewesen als im vorhergehenden Jahre. Im Jahre 1902 hatte er 18 439 betragen, im Jahre 1903 war er nur 15 885, das ist um ziemlich 2500 weniger. Dieser Rückgang erklärt sich daraus, daß im letzten Jahre die Geburten sich um fast 1700 vermindert und gleichzeitig die Sterbefälle sich um ziemlich 1100 vermehrt haben. Im vorletzten Jahre waren hier 51 202 Kinder geboren worden, aber nur 32 500 Personen gestorben, im letzten Jahre wurden nur 49 511 Kinder geboren und es starben 33 626 Personen (Totgeborene mitgezählt bei den Geborenen und bei den Gestorbenen). Der Geburtenüberschuß schwankt überhaupt sehr. In den letzten zehn Jahren (1894—1903) war er 16 883, 13 577, 17 780, 18 711, 18 936, 15 174, 14 423, 16 357, 18 633, 15 885. Die Jahre, die in dieser Reihe durch einen hohen Geburtenüberschuß ausfallen, hatten eine mäßige Sterblichkeit gehabt, in den Jahren mit geringem Geburtenüberschuß waren ungewöhnlich viele Personen gestorben. Nur in 1903 ist für die Verminderung des Geburtenüberschusses die Verminderung der Geburten noch stärker als die Vermehrung der Sterbefälle ins Gewicht gefallen.

Das sociale Elend in agrarischer Beleuchtung. Die „Deutsche Tageszeitung“ bindet ihren Lesern folgende Räubergeschichte auf: „Ein Leser unserer Zeitung in der Provinz Polen hatte sich von einem Berliner Verein zur Unterbringung Arbeitsloser einen Ausfächer schenken lassen. Dieser Herr, der sogenannte Ausfächer nämlich, ob sich — so schreibt unser Leser — den ersten und den zweiten Tag erst mal ordentlich satt und sah sich die Welt an. Am dritten, vierten und fünften Tag blieb er liegen und ließ sich füttern. Den sechsten Tag stand er auf und ging seiner Wege. Die Freude mit dem Berliner Ausfächer hatte nicht lange gedauert, meint unser Gewährsmann. — Das glauben wir. Und wir meinen, daß der Vorfal zur Warnung dienen sollte. Denn „Arbeiten — is nich; det is für die Dummen“, sagen unsre Berliner „Arbeitslosen“.

Wir finden es nicht besonders geschmackvoll, die Not der Landwirtschaft, um diesen vulgären Ausdruck einmal zu gebrauchen, mit dem Hinweis auf die seltlich zweigenden Junger abzutun. Aber zehmal eher läßt sich eine derartige Oberflächlichkeit entschuldigen als der infame Blödsinn, mit dem das Agrarierblatt seinen Lesern offenbar eine Freude zu bereiten vermeint. Selbst eine so agrarierfreundliche Zeitung wie die „Tägliche Rundschau“ lehnt diese Leistung mit dem Hinweis ab, daß es unter den Arbeitslosen viele giebt, die gern arbeiten möchten, aber keine Beschäftigung bekommen. Und die „Deutsche Tageszeitung“ weiß selber gut genug, daß es eine grundlose Verhöhnung des Großstadt-Elends ist, wenn sie dem Berliner Arbeitslosen die Sentenz in den Mund legt, daß Arbeiten für die Dummen sei. Vor einiger Zeit brachte das Blatt zum Beispiel einen Lokalartikel, der mit folgenden Worten begann: „Schlimme Zeiten stehen in Berlin den zehntausenden von Arbeitslosen und ihren bedauernswerten Familien noch bevor, wenn, was sehr wahrscheinlich ist, wir einen strengen Winter bekommen und die Arbeitsverhältnisse sich nicht bald wieder bessern. Schon jetzt ist der Notstand bei weitem erheblicher, als es sich äußerlich bemerkbar macht.“ Dieser Einleitung folgt eine ausführliche Schilderung des Treibens der Handlöhner und eine Erklärung für den Hausbettel, und der Artikel schließt mit den Worten: „In vielen Familien wird es ein trauriges Weihnachtsfest werden.“ Wenn der Verfasser dieser Darstellung die Wahrheit von vorn lieft, mag er mit dem seligen Stumm denken: Welch ein Esel hat das nur geschrieben!

Moderne Litteratur in der Kaserne. Am gestrigen Freitag hatte sich der Infantenist Waldemar Nowatius wegen Verleumdung eines Vorgesetzten und Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft vor dem hiesigen Kriegsgericht zu verantworten. Der Angeklagte, der früher an einem katholischen Blatte Redakteur war, ist 1902 in der Kaserne eingetreten. Die Anklage beschnidigt ihn, er habe Sonntag, den 17. Januar, als er einige Minuten zu spät zum Dienst gekommen war, als Grund hierfür wahrheitswidrig angegeben, daß er beim Kohlenempfang zugegen gewesen sei. Ferner soll er seinem Vorgesetzten, dem Gefreiten Herrmann, als dieser ihm befehl, ein Kofsett zu reinigen, geantwortet haben: „Das thue ich nicht am Sonntag“. Bei der Wiederholung des Befehls soll er gesagt haben, er werde erst den Lieutenant fragen, ob er verpflichtet sei, diese Arbeit am Sonntag zu verrichten. Die Verhandlung gestaltete sich sehr interessant, da der Angeklagte, was vor Kriegsgerichten bei angeklagten Soldaten wohl äußerst selten vorkommt, sich in lebhafter Weise verteidigte. Auf Verlangen des Verhandlungsführers erklärte er, daß ein Dienst für den erwarteten Sonntag nicht angefehrt war. Als der Angeklagte darauf hinwies, daß der Gefreite kein Recht hatte, ihm den Befehl zur Reinigung des Kofsetts zu erteilen, entgegnete der Verhandlungsführer: „Sie beanspruchen wohl für sich das Recht, über die Berechtigung eines Abnen von Vorgesetzten erteilten Befehls Kritik zu üben? Das giebt es heutzutage nicht und wird es auch nie geben.“ Der Feldwebel der Compagnie sagte zu Ungunsten des Angeklagten aus, daß dieser seinen Dienst widerwillig verrichte; auch habe er moderne Litteratur gelesen, die ihm wohl den Kopf verdrückt habe. In seinen Pausenstunden habe der Angeklagte gedruckte und sich dabei in geschäftiger Weise über seine Vorgesetzten geäußert; da aber von diesen Arbeiten nichts veröffentlicht sei, habe man kein Gewicht darauf gelegt. Als der Feldwebel sich anschickte, über die schriftstellerischen Arbeiten des Angeklagten im einzelnen sein Urteil abzugeben, wurde ihm vom Richterliche aus bestritten, dies zu lassen. Der Vertreter der Anklage betonte, daß der Angeklagte keine Wäbe verdiene und beantragte, insgesamt auf zwei Monate drei Wochen Gefängnis zu erkennen. Das Urteil ging weit über diesen Antrag hinaus und lautete auf vier Monate drei Tage Gefängnis. Der Angeklagte wurde auf der Stelle in Haft genommen.

Zum Kapitel Mädchenhandel. Vor einiger Zeit teilten wir mit, daß eine Agentin K. aus der Mariendorferstraße minderjährige weibliche Personen als Sängerrinnen engagierte unter Umständen, die der Polizei zum Einschreiten Veranlassung gaben. Frau K., welche in Haft genommen worden war, mußte wieder auf freien Fuß gesetzt werden, weil die bestehenden Gesetze keine Handhabe zum Vorgehen gegen die Agentin boten. Den Untersuchungsakten

vor ein ausgefüllter Vertrag beigefügt, den Frau K. mit einem engagierten Mädchen, Fräulein F., abgeschlossen hatte. Diefen Schriftstück entnehmen wir folgende Bezeichnende Klauseln: § 1. Die Direktion engagiert bei ihrem Unternehmen Fräulein F. für die Zeit vom 1. Januar 1904 bis 1. Januar 1906 (Kündigungstermin wurde ausgeschlossen). § 2. Fräulein F. verpflichtet sich, am 8. Dezember 1903 in Berlin einzutreffen, um von da ab alle Proben mitzumachen, nach dessen Kräfte der Kunst und Talente als Sängerin und Tänzerin sich dem obigen Unternehmen zur Verfügung zu stellen, wann, wo und wie es das Repertoire erfordert, sowie nach besten Kräfte zum Gelingen des Kunst-Ensembles mitzuwirken. Fräulein F. stellt für sich Unterwiesung sowie Kostümpfe und Schuhe. (Diese Bestimmung bezieht sich natürlich auf Bühnengarderobe.) Sollte Frau K. ohne Engagement sein, so erhält Fräulein F. nur freie Station. § 3. Für gewissenhafte Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zahlt die Direktion dem Fräulein F. eine monatliche Gage von 30 M., eine Reise vierter Klasse, die Gage fällt aus, so oft das Mitglied durch ein von ihm selbst ausgehendes Hindernis nicht zum Auftreten gelangt, und an den Tagen, wo durch polizeiliches Verbot nicht gespielt werden darf. § 4. Gänzliches Mißfallen, unvorhergesehene Ereignisse oder sonstige calamitäten, welche die Auflösung des Unternehmens nach sich ziehen, lösen diesen Vertrag sofort. § 5. Sollte Fräulein F. diesen Vertrag irgendwie brechen, so verfällt selbe in eine sofort nach Wechseltreue zu zahlende Konditionalstrafe von 100 M. (Frau K. übernimmt keine Gegenverpflichtung. D. Red.) Der Februar wird mit 28 Tagen berechnet.

**Stroßenbahn-Statistik.** Die sämtlichen Berliner Straßenbahn-Gesellschaften beschäftigen zusammen nach den Angaben der Direktionen 8871 Personen. Davon entfallen 7908 auf die Große Berliner Straßenbahn, durch deren Personal auch die Westliche und die Südliche Berliner Vorortbahn betrieben wird. Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn hat ein eigenes Personal von 658 Köpfen. Unter der Direktion der Großen Berliner Straßenbahn sind somit 8520 Beamte berechnigt. Die Berliner elektrische Straßenbahn, deren Aktien im Besitze der Stadt sind, beschäftigt 306 Beamte, die Straßenbahn nach Hohen-Schönhausen deren 40. Die Gesamtzahl der Straßenbahnmänner in Berlin beträgt zur Zeit 2709. Davon sind 1575 mit Motoren ausgerüstet, 1134 sind lediglich Anhänger. An Motorenwagen zählt die Große Berliner 1289, die Westliche 63, die Südliche 30, die Berlin-Charlottenburger 106, die Städtische 75 und die Säubertbahn 12. Anhänger besitzt die Große Berliner 870, die Westliche 75, die Charlottenburger 89, die Städtische 88 und die nach Hohen-Schönhausen 15. Von dem Gesamtverkehr des letzten Jahres mit 681 Millionen Personen entfallen 375 1/2 Millionen auf die Straßenbahnen. Die Stadt- und Ringbahn mit 97 1/2 und die Omnibusse mit 85 1/2 Millionen im letzten Jahre treten dagegen zurück. Die gesamten Einnahmen der Straßenbahnen haben im letzten Jahre nahezu 34 Millionen betragen.

**Der Nordprozess gegen den Raubmörder Jig Weber alias Lesinski.** Der in der Kopenhagenerstraße die Frau Ludwig erschlug, darauf entflohen und in Kalisch ergriffen wurde, findet dort vom 15. März d. J. ab statt. Es wurden 24 Zeugen aus Berlin geladen, darunter Leute aus der Herberge in der Linienstraße, wo Weber unter dem Geburtsnamen seines Opfers — Lesinski — wohnte, und auch aus dem Eisengeschäft, wo er das Nordwerkzeug, die eiserne Schraube, kaufte.

**Seine Aufrklärung gefunden hat das Verschwinden eines jungen Schlägters, des 22 Jahre alten Sohnes Paul der Lohnschlächter Aufseherischen Eheleute aus der Ebertstraße 2.** Der junge Mann lehrte im Herbst vorigen Jahres aus Amerika in das Elternhaus zurück und setzte ein früheres Liebesverhältnis, das er mit der Tochter eines Schuhmachers aus dem hohen Osten unterhalten hatte, wieder fort. Zwischen den beiden Liebesleuten wollte sich indes die frühere Innigkeit nicht wieder einstellen. Am 2. November vor. Jz. war der junge Aufseher plötzlich ohne Abschied verschwunden und man glaubte allgemein, daß er wieder über das Wasser gegangen sei. Western morgen nun wurde die Leiche eines jungen Mannes aus der Spree gelandet, in der der Verschwindene erkannt werden konnte. Danach hat er wegen der unglücklichen Wendung seiner Liebchaft den Tod im Wasser gesucht.

**Im Dienst getötet** wurde gestern früh gegen 7 Uhr der Straßenbahnkassierer Grothe, der auf der Linie Nieder-Schöneweide — Oberförsterei Köpenick angetroffen war. Die Bahn fährt mit zwei Anhängern, und für die beiden letzteren ist nur ein Schaffner bestellt. Gestern früh hatte G. in dem letzten Wagen zu kassieren angefangen und wollte in Ober-Schöneweide den mittleren besetzen, ohne daß er das Zeichen zum Halten gab, wie ihm vorgefrieben war. Dabei trat er fest und kam so unglücklich zu Fall, daß er von dem dritten Wagen überfahren und getötet wurde. Er hinterläßt eine Frau mit einem Kind. Offensichtlich nimmt die Aufsichtsbehörde Anlaß, nach diesem entsetzlichen Unglück der Betriebsleitung auf die Finger zu sehen. Es ist ein schlimmes Sparmaßstößsystem, das hier geübt wird.

**Der Menschheit Jammer.** Auf dem Hausflur Brunnstraße 28 wurde am Donnerstag die 31 Jahre alte Schlofferfrau Elisabeth Puppe hilflos aufgefunden. Die arme Frau lebt von ihrem in Reinickendorf wohnenden Ehemann getrennt und hat kein Unterkommen. Die Polizei wurde gerufen und mehrere Schuhmacher trugen die Frau in das in demselben Hause liegende Polizeibüreau. Hier brachte sie unter dem Beistand eines im Samariterdienst ausgebildeten Beamten einen toten Knaben zur Welt. Beide wurden in einem Radschiffen Wagen nach der Charité gebracht.

**Abermals ein Kind verbrannt.** Tödlich verbrannt ist die acht Jahre alte Tochter Agnes der Hausdiener Schauberschen Eheleute aus der Schleiermacherstr. 5. Der Vater war auf seiner Arbeitsstelle, die Mutter hatte einen Gang zu machen und das Kind mit einer vierjährigen Schwester allein gelassen. Agnes Sch. wollte einen Topf vom Herd nehmen. Dabei fing ihre Schürze Feuer, und so gleich stand die ganze Kleidung in Flammen. Auf das Geschrei der Kleinen kamen Nachbarn, die das Feuer erstickten und das jüngste Kind in Sicherheit brachten. Agnes starb an den Brandwunden im Krankenhaus am Urban.

**Die Spandauer Fahnenflüchtigen.** Von den drei Fahnenflüchtigen, die sich am letzten Sonntag vom dritten Trainbataillon in Spandau entfernten, ist eine Spur aufgefunden worden. Es waren die Gefreiten Groz und Berner und der Hornist Weder. Die beiden ersteren Trainofizianten erschienen alsbald in Begleitung eines Mädchens in einer Schankwirtschaft in der Invalidenstrasse und gaben dort ihre Absicht zu erkennen, einen Berliner Tanzboden zu besuchen. Zu dem Zweck vertauschten sie in der Wirtschaft ihre Uniform mit der mitgebrachten Zivilkleidung und gingen fort. Die Uniformstücke ließen sie dem Wirt zurück, der schließlich die Sache erfuhr und die Uniformen herausgab. Ganz gehener war ihm die Sache gleich anfangs nicht gewesen, da die Soldaten von Auswanderung und Eintritt in die holländische Fremdenlegion gesprochen haben. Der jetzige Aufenthalt ist hier noch nicht bekannt.

**Vortrag über Kant in der Treptow-Sternwarte.** Daß es Kant gelungen ist, neben seinen grundlegenden philosophischen Werken auch eine Entstehungshypothese unseres Planetensystems aufzustellen, die noch heute von großem Interesse ist, beweist die Vielseitigkeit des Königsberger Philosophen. Am Sonntag, den 14. Februar, nahm 5 Uhr, wird Direktor Archenhold auf der Treptow-Sternwarte über „Kants Weltbildungshypothese“ unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder sprechen. Bei klarem Wetter werden mit dem großen Treptower Fernrohr einige Himmelsobjekte beobachtet, die am besten Kants Ideen illustrieren. Das Thema des 7 Uhr-Vortrages lautet: „Die Auffindung der Sterne und Planeten an der Hand der Weltkarten.“

**Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Laubenstraße** wird der feierlich und dekorativ ausgestattete Vortrag von Wilhelm Völckhe „Der Erdball als Träger des Lebens“ in dieser Woche noch allabendlich zur Darstellung gelangen. Am Montag, Mittwoch und Sonnabend finden Nachmittags-Vorstellungen zu ermäßigten Preisen

statt; zur Aufführung gelangt der Vortrag „An den Seen Ober-Italiens“. — Im Hofsaal spricht am Dienstag Herr Dr. Donath über „Das Gesetz von der Erhaltung der Energie“; am Mittwoch Herr Dr. Donath über „Das Auge in physikalischer Beziehung“; am Donnerstag Herr Dr. Schwahn über „Gleicher und Ungleicher“; am Freitag Herr Dr. S. Nag über „Eisen und Stahl“ und am Sonnabend Herr Professor Müller über „Die Verwitterung der Pflanzenstoffe. Vom Leben zum Tode“. — Der Vortrag von Herrn Dr. Donath „Nadium“ wird am Freitag, den 19. Februar, abends 8 Uhr, im großen Hofsaal der Urania-Sternwarte in der Invalidenstrasse wiederholt. — Am Dienstag, den 16. Februar, spricht ebenfalls im großen Hofsaal der Urania-Sternwarte Monfrignone Prof. Dr. Cerbotani über „Neuerungen auf dem Gebiete der Facsimile- und Typentelegraphie mit und ohne Draht“.

**„Fröhliche Kunst“** lautet das Thema des am Sonntag in der Hohenzollernschule zu Schneberg veranstalteten Unterhaltungsabends. Der Eintrittspreis beträgt 30 Pf.

**Theater.** In dem Karl Hendell-Abend, den das Schiller-Theater Sonntag, den 14. Februar, im Bürgerpark des Rathauses veranstaltet, hält Dr. Rudolf Steiner den einleitenden Vortrag. Als Sprecher wirken Miriam Horwitz, Albert Steinrück und Oskar Wagner vom Schiller-Theater mit. Die Vorträge hat Hjalmar Arberg übernommen. — „Durchlaucht Radische“, das heitere gefangene und balustrische Ausstattungs-Bauedeville von Julius Freund mit den vielen von Victor Holsaender komponierten Vortragschlagern und grandiosen Tanznummern geht heute, Sonnabend, im Metropol-Theater zum 100. Male in Szene. — Frau v. Hohenburger, königliche Schauspielerin, Herr Nag Grube, Oberregisseur der königlichen Schauspiele, und Herr Arthur Kraußner, königlicher Schauspieler, haben mit Genehmigung der General-Intendantur der königlichen Schauspiele ihre Mitwirkung zu einer Sondervorstellung im Luisen-Theater am nächsten Dienstag zugesagt, welche anlässlich seiner 40jährigen Bühnenangehörigkeit zum Besten des Oberregisseurs dieses Theaters, Leonhard Ottomeyer, stattfindet. Zur Aufführung gelangt „Faust“. — Arthur Schnitzler ist aus Wien eingetroffen, um der heute im Deutschen Theater stattfindenden Uraufführung seines neuen Schauspiels „Der einsame Weg“ beizuwohnen.

## Aus den Nachbarorten.

**Friedenan.** Der Wahlverein hält am Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Grube seine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: Die bevorstehenden Gemeindevahlen, Wahl eines Schriftführers, Bibliothekordnung, Berichtendes, Ausgabe der Billets zum Stiftungsfeste.

**Weißensee.** Sonntag früh 8 Uhr findet von den bekannten 5 Abteilungslokals eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht eines jeden Genossen, an dieser Arbeit teilzunehmen. Der Vertrauensmann.

**In Neu-Weißensee** ist der Bierstammacher und Organist Eduard Wandrowski aus der Lothringenstr. 34 verhaftet worden. Er wird beschuldigt, sich an unmündigen Mädchen, die bei ihm Klavierunterricht nahmen, unfittlich vergangen zu haben.

**Die Gemeinde-Einkommensteuer für Charlottenburg.** Der Magistrat hat folgende Anträge bei der Stadtverordneten-Versammlung gestellt: a) Personen mit einem Einkommen von nicht mehr als 100 M. werden von der Pflicht, im Rechnungsjahre 1904 Gemeinde-Einkommensteuer zu zahlen, entbunden; b) die Gemeinde-Einkommensteuer kommt in Höhe eines Zuschlages von 100 Proz. zur Staats-Einkommensteuer zur Erhebung; c) die Gemeinde-Grundsteuer ist in Höhe von 23 vom Tausend des gemeinen Wertes der bebauten und unbebauten Grundstücke und d) die Gemeinde-Gewerbesteuer in Höhe von 100 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbesteuer zu erheben und zwar zu c und d mit der Maßgabe, daß der Ertrag beider Steuern zusammen einem Satze von 150 Proz. der staatlich veranlagten Realsteuer gleichkommt; e) die im Rechnungsjahre 1904 aufkommende Warenhaussteuer wird im Rechnungsjahre 1905 zur Erleichterung des Gewerbesteuers der Gewerbesteuersklasse IV verwendet; f) die Betriebssteuer wird in Höhe von 100 Proz. der festgesetzten Betriebssteuer erhoben; g) die Gemeinde-Umsatzsteuer kommt in Höhe von 1 Proz. des Umsatzwertes der bebauten und unbebauten Grundstücke zur Erhebung und h) die nach Maßgabe des Gebäudemutzungswertes zu erhebende Kanalisationsgebühr wird auf 1 Proz. festgesetzt.

**Steglitz.** Nach der nunmehr erfolgten Ausschreibung der Gemeindevahlen sind im ganzen, einschließlich des Erlangmannes für den freiwillig ausgeschiedenen Genossen Rapp, sieben Vertreter zu wählen, wovon die dritte Klasse drei entsenden. Es hat zu wählen der erste Bezirk (umfassend den Ortsteil: Schloß- und Rebenstrassen, welcher nordwestlich der Berlin-Potsdamer Eisenbahn gelegen ist, mit Ausnahme von Schloßstr. 99 bis inklusive 85, Kuhlgraben, Bahnhof 1 und 2 und der Albrechtstraße) zwei Vertreter, einen Eigentümer und einen Mieter, der zweite Bezirk (umfassend den Ortsteil, welcher südlich der Eisenbahn gelegen ist, sowie Schloßstr. 89 bis inklusive 85, Kuhlgraben, Bahnhof 1 und 2 und die Albrechtstraße) einen Vertreter, welcher ebenfalls Eigentümer sein muß. Der erste Bezirk der dritten Klasse wählt am Montag, den 7. März, von 3—8 Uhr nachmittags im „Albrechtshof“, der zweite Bezirk zu derselben Zeit in der Turnhalle des Gymnasiums, während die Wähler der zweiten Klasse am 8. März, von 4—7 Uhr, und die erste Klasse am 9. März, von 6—7 Uhr, im Kathaus ihre Vertreter ernennen. — Von einer Wahlbewegung ist in der Öffentlichkeit noch wenig zu spüren, denn außer unserer Wählerversammlung vom letzten Dienstag hat noch keine andere stattgefunden; desto eifriger wird nach unsern Informationen im stillen von den Gegnern gearbeitet. Der Hausbesitzer-Verein hat sich bereits die Unterlegung des „Ortsvereins“ gesichert, und der kürzlich gegründete „Kommunal-Verein“ mit dem bekannten „Wahlrechts-Verböserer“ Fischer an der Spitze wird für eine Vereidigung der Kandidatenliste sorgen, wenn es nicht doch noch gelingen sollte, ihn vor den Wagen der Hausbesitzer zu spannen. Da es dem neuen Verein gelungen ist, einen Renommier-Arbeiter zu einem untergeordneten Vorstandsmann zu ergattern, dürfte er versuchen, unter der Arbeiterschaft Gimpel zu fangen, hoffentlich ohne Erfolg. Der Wahlkampf wird also sehr heiß werden, und unsre Genossen müssen alles aufbieten, um gleich im ersten Wahlgang zu siegen. Die Wahlparole muß lauten: Die dritte Klasse der Arbeiterschaft!

**Seine freisinnig-liberale Gesinnungstätigkeit hat der Wahlprüfungs-Ausschuß im Schneberger Stadtparlament bewiesen.** Als im November vorigen Jahres bei den Stadtverordnetenwahlen unter anderem im 7. Bezirk zum erstenmal der Sozialdemokrat den Bürgerlichen verdrängte, war es zu natürlich, daß darob großer Ärger in ihrem Lager entstand. Man suchte einen Grund zum Protest — und siehe da, es konnte jemand festgestellt werden, der nach Schluß der Wahl noch den Wahlraum betreten und gewählt hatte. Nach unsern Informationen war der Betreffende aber schon vorher zur Abgabe seiner Stimme antevand, und nur das Nachholen einer Legitimation, in welchem der Wahlvorstand kein Bedenken erblickte und ihn zur Wahl zuließ, verursachte den eingeleiteten Protest. Trotzdem von einigen Zeugen in der unbestimmtesten Form Anklagen gemacht wurden — es wurde von 10, 15 und 20 ähnlichen widerrechtlichen Stimmabgaben gesprochen —, hatte der Ausschuß die bei Parlamenten übliche Gepflogenheit, nur die eine festgestellte unrechtmäßig abgegebene Stimme in Abzug zu bringen, in diesem Falle nicht beibehalten und die Wahl der Genossen Bollermann unter dem Protest Kaschus einfach läßt. Und dazu zieren noch zwei Juristen den Ausschuß. Daß das Plenum, vor dem am Montag die Sache zur Verhandlung kommt, anders entscheiden könnte, ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung kaum wahrscheinlich.

Ein andres Bild. Im vierten Bezirk, wo unsre Kandidaten Oßi und Panzer infolge der skrupellosen Agitation der Gegner durchfielen, wurde in einem Protest unsererseits auf die gefehligen

Bestimmungen hingewiesen, die jedes Agitteren im Wahlraum verbieten. Daß gewisse Wähler im Wahllokal öffentlich mit Bier traktiert wurden und andres mehr, ist natürlich hier belanglos. Natürlich wurden die bürgerlichen Mandate für gültig erklärt und der Protest zurückgewiesen.

**Ober-Schöneweide.** Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit dem schon erwähnten Antrage, die Summe von 110 000 M. zum Bau einer evangelischen und einer katholischen Kirche zu bewilligen. Der Referent zu dieser Angelegenheit, Herr Architekt Lehmann, gab dem Antrag nachstehende eigenartige Begründung: „Meine Herren, was soll ich dieser Sache für eine andere Begründung geben — ohne Religion geht es nicht, — also stimmen Sie dafür!“ Unsre Genossen Lauge und Grunow begründeten ihren ablehnenden Standpunkt allerdings reichhaltig und brachten die Herren dadurch in Aufregung. Sie wandten sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß in solcher Weise das Geld der Gemeinde verbraucht werde. Es fiel ein Zwischenruf aus der zahlreichen Zuhöreranzahl auf die Frage der Herren an unsre Genossen, was sie anstatt der Religion geben wollten, der da lautete: „Prost! Diese Bemerkung gab dem Vorsteher Veranlassung, mit Hinweisung auf die drohende Nachlanger Debatte wurden 55 000 M. bewilligt.“

Eine erregte Debatte entspann sich darüber, ob man die im Bauplan des eingemündeten Ortsteils vorgesehenen, vom Fiskus übernommenen Kirchenplätze auch den Kirchengemeinden ohne weiteres überweisen müßte. Genosse Grunow vertat im Gegenzug zur Mehrheit den Standpunkt, daß diese Anschaffung nicht zureichend ist, da sämtliche andern der Gemeinde zugehörigen Plätze den ihnen bezeichneten Zwecken gemäß verwendet würden. Unverantwortlich sei es, diese Plätze den Kirchen kostenlos zu überlassen und zum Bau der dritten Gemeindegemeinde vom Privatbesitz für horrendes Geld einen Bauplatz zu kaufen. Beschlossen wurde, auch diese Plätze den Kirchengemeinden kostenlos zu überweisen. — Ein Antrag des liberalen Vereins, die Vertreterszahl von neun auf achtzehn zu erhöhen, fand ebenfalls größten Widerstand der Mehrheit. Unsre Genossen traten energisch für den Antrag ein, der schon einmal von unsrer Seite gestellt, aber abgelehnt worden war. Eine Kommission soll sich mit dem Antrage befassen und erwägen, ob bei den im März stattfindenden Wahlen eine Vermehrung der Gemeindevorordneten noch erfolgen kann.

In Sachen der Fortbildungsschule wurde mitgeteilt, daß vom Handelsministerium ein neues Normalstatut ausgearbeitet ist, und infolgedessen die ganze, ziemlich erledigte Angelegenheit noch einmal zur Beratung gestellt werden muß.

**Lichtenberg.** Die von einer Lokalkorrespondenz gemeldete Erhöhung der Kommunalsteuer-Zuschläge von 140 Proz. auf 150 Proz. trifft nach Ausweis des ausliegenden Vorschlages vom Etat pro 1904/5 nicht zu. Auch unter Berücksichtigung der Gehaltsverbesserungen für die Gemeindebeamten werden 140 Proz. wie im Vorjahre in Vorschlag gebracht.

**Lichtenberg und die Eingemeindungsfrage.** Die Gemeindevertretung zu Lichtenberg hat sich in ihrer gestrigen Versammlung mit der Frage beschäftigt, ob es angebracht sei, die Bestreitungen auf Eingemeindung in Berlin fortzusetzen oder von neuem bei der Regierung den Antrag auf Verleihung der Stadtrechte an Lichtenberg zu stellen. — Der Bürgermeister Jethen hielt anlässlich dieser Beratung einen Vortrag über die zukünftige Gestaltung der Berliner Vororte und die Stellung der Stadt Berlin zur Eingemeindungsfrage. Die Anregung des Ministers des Innern, die innerhalb der Ringbahn gelegenen Teile der Vororte zu inkommunalisieren und aus den Restbezirken der Gemeinden Lichtenberg, Rummelsburg und Stralau eine Stadt zu bilden, sei mit Recht von Berlin nicht angenommen worden. Auch die Vororte hätten von dieser Regelung keinen Vorteil, sehr wohl aber verschiedene Nachteile. Der Minister habe nun nach der ablehnenden Haltung aller Beteiligten Lichtenberg aufgegeben, neue Vorschläge zur Regelung der Angelegenheit zu machen. Er schlage nun vor, bei der Staatsregierung von neuem den Antrag zu stellen, Lichtenberg städtische Verfassung zu geben und das Ausschneiden des Ortes aus dem Kreise Nieder-Barnim zu bestimmen. Daneben möge man jedoch betonen, daß eine Eingemeindung Lichtenbergs in Berlin eine zwingende Notwendigkeit sei, die der Stadtrechtsverleihung bald folgen müsse. Er habe in einer Denkschrift nachgewiesen, daß die östlichen Vorortgemeinden unter den jetzt obwaltenden Verhältnissen dem Bankrott entgegengehen. Die Leistungsfähigkeit der Gemeinden sei schon für die nächsten zehn Jahre gefährdet. Auf Grund statistischen Materials müsse er mitteilen, daß in Lichtenberg seit Jahren die Mehrerinnahmen an Steuern in gar keinem Verhältnis zu den größer gewordenen Ausgaben ständen. Es sei hieran in erster Linie der Umstand schuld, daß das steuerkräftige Bürgerturn dauernd nach dem Westen hinströme, die heftigste Bevölkerung hingegen in den östlichen Vorortgemeinden anfänglich werde. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der östlichen Vororte zwingen daher zu einer Eingemeindung in Berlin, wie auch Berlin auf die Inkommunalisierung der westlichen Vororte drängen müsse, denn auch die Reichshauptstadt habe unter der ungleichen Verteilung der Steuerkraft sehr zu leiden. Allen diesen Gründen könne die Staatsregierung sich für die Dauer nicht verschließen, sie müsse vorderhand Lichtenberg die Stadtrechte verleihen und der Eingemeindungsfrage gegenüber eine andre Stellung als jetzt einnehmen.

## Gerichts-Zeitung.

Der vielgerühmte bürgerliche Gemeininn

erhielt eine treffliche Illustration durch eine Privatbeleidigungsklage, die gestern vor der 148. Abteilung des Schöffengerichts am Amtsgericht I gegen den verantwortlichen Redakteur unsres Blattes Kalkski verhandelt wurde. Die Fabrikanten Siegfried und Theodor Simon klagten sich durch eine Notiz in der Nr. 292 des „Vorwärts“ vom vorigen Jahre beleidigt, in der unter der Spitzmarke „Wucherpraktiken gegen die Stadt Berlin“ das Verhalten der Privatkläger gegenüber der Stadt Berlin, die von ihnen zur Ausführung des Brückenbaues in der Grünstraße eine auf ihrem Grundstücke Wallstraße 15 ruhende Auslade-Berechtigung erwerben mußte, kritisiert worden war. Die Kläger hatten erklärt, die Auslade-Berechtigung nur in Verbindung mit 108 Quadratmeter Straßenland zum Gesamtpreise von 200 000 M. an die Stadt zu veräußern. Diese ungewöhnliche Forderung veranlaßte die Stadtverwaltung, die Kaufverhandlungen abzubrechen und das Entgeltungsverfahren bezüglich der Ausladegerechtigkeit zu veranlassen. Die notwendige Folge war die Verzögerung des Brückenbaues. — Der von dem Beklagten geladene Zeuge Magistratsrat Lechow bezeugte an der Hand seiner Akten, daß die Kläger erklärt hätten, sie würden an ihrer ursprünglichen Forderung, die Ausladegerechtigkeit nur in Verbindung mit dem Straßenland und nur zum Preise von 200 000 M. verkaufen zu wollen, jetzt und alle Zeit festhalten. Seiner Meinung sei der Anspruch der Kläger auf die Ausladegerechtigkeit überhaupt zum mindesten ein sehr zweifelhafter. Nachdem der Magistrat das Enteignungsverfahren beschlossen hatte, erklärten sich die Kläger nunmehr bereit, die Ausladegerechtigkeit allein an die Stadt zu überlassen. Sie verlangten zunächst 150 000 M., nach Ablehnung auch dieses Angebots 100 000 M., um dann zum Schluß die Forderung auf 8000 M. zu ermäßigen. Zu diesem Preise hat der Magistrat das Angebot angenommen, um dem losspieligen und langwierigen Enteignungsverfahren aus dem Wege zu gehen.

Der Wert des Grundstücks, einschließlich der Ausladegerechtigkeit wird von der Stadtverwaltung auf höchstens 100 000 M. geschätzt. Vor einiger Zeit war der Stadt das fragliche Objekt von anderer Seite für 84 000 M. zum Kauf angeboten worden.

Recht charakteristisch war der Anspruch eines der Privatkläger: „Ich kann verlangen, was ich will, und wenn es eine Million ist.“ Nebenbei — der andre Privatkläger ist Bezirksvorsteher. Rechtsanwält Dr. Karl Viehnecht, als Vertreter des Beklagten, wies in längeren Ausführungen nach, daß die Kläger versucht hätten, die Zwangslage, in der sich die Stadt ohne Zweifel

Befanden hat, zu benutzen, eine Forderung zu stellen, die in keinem Verhältnis zu dem Werte des Objektes stand. In jedem Falle müsse dem Beklagten der Schutz des § 193 zugestanden werden.

Der Beklagte Kalski erklärte, nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage die Notiz aufgenommen zu haben, deren Inhalt durch die Beweisaufnahme vollständig bestätigt sei.

Nach kurzer Beratung erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 30 M. event. auf drei Tage Haft. Die Notiz sei in ihrer Form beleidigend, wobei in Betracht komme, daß durch den ersten Satz der Notiz der Anschein erweckt werde, als seien für die Ausladungsgerechtigkeit allein 200 000 M. gefordert worden.

Das Gericht gewährte dem Beklagten den Schutz des § 193. Die Kläger haben in der That ihr eigenes Interesse über das des Gemeinwohls gesetzt, und ihr späteres Verhalten habe bewiesen, daß ihre anfängliche Forderung nicht halbtar gewesen sei.

**Dynamitgesetz und Reichsgericht.** Der seltene Fall, daß ein freigesprochener Angeklagter auf die Revision des Staatsanwalts vom Reichsgericht sofort zu Strafe verurteilt wird, ereignete sich heute. Das Landgericht Aachen hatte am 27. Juli v. J. den Schmied Eugen Fischer von der Anklage des Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz freigesprochen und nur wegen Übertretung einer Polizeiverordnung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt. Der Angeklagte hatte für einen Unternehmer die Dynamitpatronen an die Arbeiter auszugeben und abends die übrig gebliebenen Patronen zurückzunehmen. Einige der von ihm ausgegebenen Patronen wurden später auf einer Eisenbahnstrecke gefunden und sollten vermutlich zu einem Verbrechen dienen. Das Delikt des Angeklagten wurde von der Anklage darin erblickt, daß er in sein Kontrollbuch nicht die Nummern der Patronen und die Jahreszahl eingetragen hat, so daß nicht festzustellen war, an wem er die fraglichen Patronen ausgegeben hat. Eigentümlicherweise enthielt nun das Buch, welches alle ihm obliegenden Verpflichtungen enthalten sollte, gerade diese Vorschriften nicht. Das Landgericht hat deshalb angenommen, daß der Angeklagte das Vorhandensein eines Thatumstandes, welcher zum geschlichen Thatschande gehört, nicht gekannt hat, und ihn deshalb freigesprochen. — Der Staatsanwalt legte Revision ein und legte dar, daß der Irrtum des Angeklagten sich nicht auf einen Thatumstand, sondern auf den Inhalt des Gesetzes selbst bezog. Er beantragte deshalb, da Erkenntnis des Gesetzes nicht vor Strafe schützt, die Verurteilung des Angeklagten zu der gesetzlich zulässigen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis. Der Reichsanwalt trat diesem Antrage bei und das Reichsgericht erkannte nach Unterbrechung der Geldstrafe und Aufrechterhaltung der tatsächlichen Feststellungen auf drei Monate Gefängnis.

Neben unzähligen andern Dynamitprozessen läßt besonders dieser die Schädlichkeit des bekannten Gelegenheitsgesetzes erkennen.

#### Damenheim und Herrenklub.

Der schon angekündigte Prozeß gegen den ehemaligen Direktor des „Damenheims“ begann gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts II. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Hoffheing, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Kühne, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Siegfried Croner. Als Sachverständiger ist gerichtlicher Bücherrevisor Doerk anwesend. Angeklagt ist der Direktor Karl Daniel Otto Kurze aus Neu-Babelsberg, der am 13. August 1903 in Untersuchungshaft genommen worden ist. Er ist 51 Jahre alt und im Jahre 1894 wegen Urkundenfälschung mit 3 Monaten Gefängnis, 1896 wegen falscher Urkundenfälschung und verurteilten Betruges mit 2 1/2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, im Jahre 1897 wegen Betruges und einfachen Bankrotts zusätzlich mit 9 Monaten Zuchthaus bestraft. Er wird beschuldigt: In Schöneberg in den Jahren 1902 und 1903 durch eine fortgesetzte Handlung a) als Mitschreiber des Vorstandes der Wohnungsgenossenschaft „Damenheim“, E. G. m. b. H., absichtlich zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt, b) ca. 51 000 M. unterzulegen, c) als Mitglied des Vorstandes der Genossenschaft in seinen Darstellungen über den Stand der Verhältnisse der Genossenschaft

wissenschaftlich unrichtige Angaben gemacht und d) eine Urkunde gefälscht zu haben. — Der Angeklagte ist ein Mann, der mit großer Phantasie allerlei Gründungen ausführt. Er hat selbst im Untersuchungsgefängnis eine Gründungsidee ausgearbeitet, die sich auf Gründung einer wirtschaftlichen Genossenschaft für Diensthöfen und ländliche Arbeiter bezog. Er war früher Landwirt, dann Milchpächter in Berlin, Schriftsteller und Redakteur einer Zeitung. Als er aus dem Zuchthaus kam, suchte er sich eine Stellung zu schaffen und so gründete er dann das „Damenheim“, welches an sich auf einer geordneten Idee beruht, die dahin ging, alleinstehenden Damen gesellschaftlichen und familienzusammenhalt zu ermöglichen und ihnen eine gewisse Sicherheit zu gewähren, die eine einzelne Dame in der Großstadt nicht hat. Als erste Gründer traten 7 Personen auf, darunter der Angeklagte und seine Frau. — Ingesamt beziffert sich der Wert der angekauften Grundstücke auf vier Millionen Mark, wozu noch die später für den „Herrenklub“ angekauften Parzellen kommen. Als der Angeklagte die letzte Entnahme aus der Genossenschaftskasse am 5. Juni 1903 erhalten hatte, erfolgte seine Entlassung, denn es war bekannt geworden, daß er schon mit Zuchthaus bestraft war und infolge dessen wurde er von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herr Oberstleutnant v. Nobelsdorff, sofort entlassen. — Zu erwähnen ist noch, daß der Angeklagte in einem gegebenen Falle ein Protokoll einer Vorstandssitzung willkürlich abgeändert hat. Wie der Vorsitzende hervorhob, ist in einer der Aufsichtsratsitzungen des „Damenheims“ festgestellt worden, daß die Genossenschaft durch willkürliche Entnahme des früheren Direktors Kurze annähernd 58 000 M. Schulden habe, für welche die Mitglieder des Aufsichtsrats in Höhe von 51 000 M. aufkommen sind. Herr Oberstleutnant v. Nobelsdorff hat diese Summe namens des Aufsichtsrats gegen den Angeklagten eingeklagt und gegen diesen ist ein Verjähurteil ergangen. — Der „Herrenklub“ ist später in Konkurs geraten, das Konkursverfahren ist aber wegen Mangels an Masse abgelehnt worden.

Der Angeklagte giebt zu jedem Punkt der Anklage umfangreiche Erklärungen, aus denen hervorgeht, daß nach seiner Meinung beide Gründungen sehr gesunde und wiedererprechende Unternehmungen gewesen, seine Unternehmungen ihm aber über den Kopf gewachsen seien und die Interessen des „Damenheims“ und des „Herrenklubs“ sich so nahe berührten, daß er bei den vielen Transaktionen, Grundstücks-Ankäufen und Grundstücks-Verkaufungen und den verschiedenen finanziellen Operationen, die sich daraus ergaben, diese Interessen nicht immer genau auseinander halten konnte. Außerdem habe er sich für berechtigt gehalten, Gelder aus der Kasse des „Damenheims“ zu entnehmen.

Die Beweisaufnahme, zu welcher zahlreiche Zeugen geladen sind, wird sich über die Einzelheiten der Genossenschafts-Verwaltung, die Hypotheken- und sonstigen Verhältnisse, die bei den Grundstücks-Ankäufen obwalteten, die Finanzoperationen des Angeklagten, die Buchführung usw. erstrecken. Wir werden, da es sich um eintönige Feststellungen von geringerem allgemeinen Interesse handelt, auf die Beweisaufnahme nur soweit zurückkommen, als es für die Beurteilung der Sachlage notwendig ist.

Die Verhandlung wird zwei Sitzungstage ausfüllen.

**Ein sonderbarer Mordprozeß.** Das Schwurgericht Hamburg hat am 9. Dezember v. J. den Lumpenhändler Theodor Weiglin wegen Mordes, versuchten Totschlages und Unterschlagung zum Tode, fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust verurteilt. Er hat am Nachmittag des 12. August 1903 einen gewissen Leub zu töten versucht und ihn am Abend ermordet. Die dem Leub gehörigen Sachen, die er im Besitz hatte, hat er sich rechtswidrig angeeignet. — Auf die Revision angeklagt hat gestern das Reichsgericht das Urteil auf... Es wegen versuchten Totschlages ergangen ist und auf eine Gesamtzuchthausstrafe erkannt hat. Verworfen wurde dagegen die Revision, soweit sie sich gegen die Verurteilung wegen Mordes richtet. Die Aufhebung erfolgte wegen unrichtiger Fragestellung. Der Fall ist infolgedessen eigenartig, als das Todesurteil

nunmehr rechtskräftig ist und die neue Verhandlung vor dem Schwurgericht vielleicht überflüssig wird, wenn inzwischen das Todesurteil vollstreckt wird.

#### Briefkasten der Redaktion.

**Japan.** Neueste Tageskarte von Ostasien. Vom politisch-militärischen Standpunkt bearbeitet von B. Langhans Verlag in Gotha von August Berthel. — **Monogamie.** Hartnäckige M. ein Scherz. Der erborende Verstoß gegen die öffentliche Moral, sowie die ausfallende Ehemann, die in dem treuen Festhalten an der Einzelhebe besteht, sind natürlich Willküren. — **G. M. 23.** Lesen Sie nach im Berliner Wochenschrift II. Teil, S. 88. Stellen Sie da die Sprechstunde fest und tragen Sie Ihre Wünsche vor. — **Cholera.** Ausbruch der Seuche am 18. August 1892. Ende im November des gleichen Jahres. — **H. G. Arzt fragen.** — **C. N.** (Auswanderung) Central-Auswanderungsstelle, Schillingstr. 4. — **Streif.** (Zimmerer) Wenden Sie sich an Herrn, R. d. R., Engel-Wer 15. — **H. G.** Im Adressbuch unter A., E. und B. — **H. B.** Dullung einfinden und Frage wiederholen. — **Liberte.** Anfragen bei Herrn Eugen Simonowitsch, hier, Kochstr. 46. — **Nachmal.** Reittende Artillerieoffiziere. Es ist richtig. Sie lag in der Nähe des Oranienburger Thores, etwa Ecke der Friedrich- und Hannoverstraßen. Früher lag hier ungelöst die Kommunikation am Neuen Thor. — **H. . . 25.** 1. Basaltenfürst Gulab Singh. 2. Regierender Emir Habib Wah. — **H. G.** Uns leider nicht bekannt. — **Tasche.** Obgleich man mit Wem und Aber angeblich alles kann, so sind Sie doch in dem vorliegenden Falle total im Irrtum. — **H. W.** Der Abgeordnete sollte ich gern bereit, Ihnen nähere Auskunft zu geben. Adressieren Sie den Brief nach dem Reichstags-Gebäude am Königsplatz. — **R. G. (Wette).** Die Sache beruht hauptsächlich auf Wahrheit. Alle Geschichtsschreiber stimmen darin überein. Es handelt sich wirklich um Diana von Bortisch, sowie zweitens um einen de Kenclos, welcher letztere von 1616 bis 1708 lebte. Im Ufermanns Gespräche mit Goethe wird diese bekannte Dame wie folgt erwähnt: „Roch in ihrem 90. Jahre war sie jung; aber sie verstand es auch, sich im Gleichgewicht zu erhalten. . . bei diesem ihr eigenwilligen Gleichmut steht über jeder verzeihenden Leidenschaftlichkeit erhaben bleibend.“ — Sie ist es auch, die das bekannte Abenteuer mit ihrem Entel hatte.

#### Marktpreise von Berlin am 11. Februar 1904

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut D.-Gr.	16,60	16,56	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
„ mittel	16,52	16,48	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80	1,20
„ gering	16,44	16,40	„ do. Haus	1,40	1,10
*Roggen, gut	13,00	12,98	Schweinefleisch	1,60	1,00
„ mittel	12,96	12,94	„ Kalbfleisch	1,80	1,20
„ gering	12,92	12,90	„ Hammelfleisch	1,80	1,10
†Gerste, gut	13,80	12,80	Butter	2,60	2,00
„ mittel	12,70	11,80	Eier 60 Stk	5,00	3,00
„ gering	11,70	10,80	Karotten 1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,40	14,40	Kale	3,00	1,40
„ mittel	14,30	13,30	Rander	3,00	1,20
„ gering	13,20	12,20	Heute	2,40	1,20
Nichtstroh	—	—	Barische	1,80	0,80
Heu	—	—	Schleie	3,00	1,40
Erbsen	40,00	38,00	Heide	1,40	0,80
Speldeböhen	50,00	26,00	Äpfel	1,40	0,80
Linzen	60,00	30,00	Äpfel per Schof	15,00	3,00

\* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

#### Witterungsübersicht vom 12. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 7 u. 8 U. P.	Temp. in C. 1 u. 2 U. P.
Swinemünde	751	SW	7	heiter	1	—
Danzburg	756	SW	3	halb bd.	2	—
Berlin	755	SW	4	mölig	3	—
Frankfurt a. M.	763	S	2	bedeckt	3	—
München	762	SW	5	dünne	4	—
Wien	757	S	4	Regen	1	—
Saparanda	748	ND	2	bedeckt	—	17
Petersburg	741	D	2	bedeckt	—	8
Cost	744	SE	3	Regen	—	8
Überdeen	—	—	—	—	—	—
Paris	764	SW	3	wolkig	—	2

#### Wetter-Prognose für Sonnabend, den 13. Februar 1904.

Zunächst kälter, vorwiegend heiter und trocken bei mäßigen westlichen Winden; später wieder zunehmende Erwärmung und Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

#### Theater

**Sonnabend, 13. Februar.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Königl. Opern-Theater.**  
Geisleroffen.  
**Schauspielhaus.** Wann wir altern. Die Romanischen.  
Deutsches. Der einsame Weg. Berliner. Balletant.  
Leistung. Japanischer.  
Weichen. Colombine. Hierauf: Die Letzte schläft.  
**Königl. Opern-Theater.**  
Residenz. Der kausche Cafant. Vorher: Die Empfehlung.  
**Central.** Das Schwalbennest. Nachm. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.  
**Welle.** Asia nec. Götterweiber.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Hedda Gabler.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstadt.) Uriel Acosta.  
**Luifen.** Die relegierten Studenten.  
**Thalia.** Guido Thielscher als Hochtourist.  
**Kleines.** Elektra.  
**Trianon.** Rabane I.  
**Carl Weich.** Der Bettelstudent von Berlin.  
Nachmittags 4 Uhr: Die wilden Schwäne.  
**Metropol.** Durchlaucht Radieschen.  
**Deutsches-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.  
**Casino.** Wie einst im Mai. Badeskannen.  
**Reichshallen.** Stettiner Säger.  
**Wdr.** Herrnsfeld. Nur eine Nacht.  
**Wasserg-Theater.** Lo-Lo. Fred Odami. Spezialitäten. Anf. 5 Uhr.  
**Apollo.** Frühlingsluft. Blütenhochzeit. Spezialitäten.  
**Winter-Garten.** Cléo de Mérode. Spezialitäten.  
**Urania.** Zaudenstr. 48/49. Um 8 Uhr: Der Erdball als Träger des Lebens.  
Am Odeon: 8 Uhr. Professor Müller: „Die Atmung der Pflanze.“  
Nachm. 4 Uhr: An den Seen Oberitaliens.  
**Invalidentheater.** 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Schiller-Theater O.** (Ballner-Theater.)  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Hedda Gabler.**  
Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Deutsch von R. v. Borch.  
Sonnabendmittag 3 Uhr:  
**Der Compagnon.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**König Lear.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Anf. IV 4440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kron  
Heute und folgende Tage:  
**Der Hochtonrist.**  
Guido Thielscher in der Titelrolle.  
Sonnabend 3 1/2 Uhr: Charloys Tante.  
17. u. 19. Febr.: Isadora Duncan.

**Cirkus Schumann.**  
Heute Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr:  
Nur noch kurze Zeit das einzig und allein datschende Naturwunder:  
**Consul, der menschliche Chimpanse.**  
Die wunderbar dress. 25 Löwen des Herrn Seeth.  
Hr. Dora Schumann, jugendliche Schachreiterin.  
**BABEL.** Känomenale Ausstattungen.  
Sonnabendmittag: Consul, der menschliche Chimpanse, 25 Löwen des Herrn Seeth. Zum erstenmal: Kunst und Liebe, mimisches Ballett.  
Zum Schluss: Cake-Walk. Die Kieledonndomniere und der Bonbonragen. Ein Kind frei.

**Central-Theater.**  
Heute 3 neue Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr Kindervorstellung. Jeder Erwachsene ein Kind mit einem Extraplatz frei. Halbe Preise. Der gestiefelte Kater. Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.  
Sonnabendnachm. 3 Uhr: Der Bettelstudent.  
Abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Minna von Barnhelm.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Nachm.: Schwester Beatrix. Der Schiachtenlenker.

**Metropol-Theater**  
Zum 100. Male:  
**Durchlaucht Radieschen!**  
Austattungsposse mit Gesang und Tanz.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.)  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Uriel Acosta.**  
Trauerspiel in 5 Akten von Karl Gutzkow.  
Sonnabendmittag 3 Uhr:  
**Der Bibliothekar.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
**Die Kinder der Exzellenz.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Allianzstr. 7/8. Anf. VI 283.  
und Alfred Schönfeld. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Heute und folgende Tage:  
**Götterweiber.**  
Sonnabendnachm. 3 Uhr: Gastspiel des kgl. Schauspielers Hrn. Jos. Nesper: Die bezähmte Wilderpenntige.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr.  
**Die relegierten Studenten.**  
Sonnabendnachm. Die Waise aus Comodo.  
Abends zum erstenmal: Minna von Barnhelm.  
Montag: Der Weihenreffer.

**Residenz-Theater**  
Direction S. Lauenburg.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der kausche Casimir.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Wohltätigkeits-Vorstellung für den schwer erkrankten Schauspieler und Säger Theodor Vech:  
**Der Bettelstudent von Berlin.**  
Anfang 8 Uhr.  
Heute nachmittags 4 Uhr: Kindervorstellung 10, 25, 40 Pf.: Die wilden Schwäne.

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
Der Erdball als Träger des Lebens.  
Hörspiel 8 Uhr: Professor Müller: „Die Atmung der Pflanze.“  
Um 4 Uhr:  
An den Seen Oberitaliens.  
Invalidenstr. 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
Ein Naturwunder:  
Die bildschönen  
**Herkules-Brüder**  
Der Indianer-Riese  
Mianko Karoo.

**Cirkus Busch.**  
IX. Berliner Saison.  
**Parade-Gala-Abend.**  
Nur noch wenige Tage:  
**Die offene Schleife**  
8 Meter Sprung.  
Monsieur Satan aus Paris.  
Nur noch kurze Zeit:  
**Wunder-Dressur** des Hr. Richard Sawade mit seinen wilden Königstigern.  
„Ziethen aus dem Busch“, große Quadrille, geritten in historischen Uniformen mit 12 Schulpferden. Die berühmten 16 Drenge des Direktors Busch. Frau. Martha Mohnke, Schachreiterin. Madame de Holstein, Schachreiterin. Hr. Burkhardt-Footit, Schachreiter.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Heute: Keine Vorstellung.  
Nachm. Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 3 Uhr:  
**Die Schule des Lebens.**  
Abends 7 Uhr:  
**Mutterliebe.**  
Nach der Vorstellung:  
**Grosser Ball.**

**Trianon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Unterstadtstraße.  
**Madame X.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabendnachm.: „Biscotto.“

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Elektra.**  
Anfang 8 Uhr.  
Nachm.: Nachtschl.

**Singer Nähmaschinen.**  
Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung!  
Weltausstellung Paris 1900: höchster Preis der Ausstellung.  
Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Nähtheorie.  
Elektromotore für Nähmaschinenbetrieb.  
**Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.**  
Berlin W., Leipzigerstr. 92.

**Apollo-Theater.**  
8 Uhr:  
**Frühlingsluft**  
mit dem Blütenhochzeit.  
Ballott.  
9 1/2—11 Uhr:  
Das glänzende Februar-Programm.  
**Robert Steidl** mit neuem Repertoire.  
Joscarys, Akrobaten.  
Drei Zagas, Luftakt.  
Morris Cronin, Jongleur-Akt.  
Marlin Kettner, Humorist.  
Legays, französische Tänzer.  
Messiers Kosmograph. Neue Bilder.  
**?? Nordini ???**  
Sonnabendnachm. 3 Uhr ermäßigte Preise: Lysistrata.

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
Heute: Köpnickstr. 67.  
Zam Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30 Min.  
**GASTSPIEL**  
Ad. Philipp.  
Ueberr grossen  
**171.**  
Male:  
**TEICH.**

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntag 3. Wochentags 5 Uhr.  
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
Die neue Sensation Berlins:  
**To To**  
der mysteriöse Zitherspieler.  
**Fred Edlawi,**  
der beste Verwandlungskünstler.  
14 erstklassige Nummern.

**Steidl-Theater**  
Linien-Oranienstr. 132 burger Thor.  
Kiecheners! Das treue Vaterhaus.  
Dramolet von Rich Steidl.  
Vollständig neues Programm.  
**Königstadt-Kasino**  
Holzmärkerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich:  
Franz Sobanski.  
Die neuen Spezialitäten mit Hedwig Böring.  
Zum Schluss die Der Polacke.  
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: Tanz.  
Preise: beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.  
**Olga Jacobson,** strasse 145.

**Casino-Theater.**  
Lotzbringerstr. 37. Anf. 8. Sonntag 7 1/2.  
Nur noch bis inkl. Montag:  
**Badekuren.** — Wie einst im Mai.  
Dienstag: Premienabend.  
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Hotel Klingebusch.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
fr. Puhlmann, Schönehauser Allee 143.  
Sonnabendnachm. 5 Uhr:  
**Norddeutsche Säger.**  
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:  
**Grosser Ball.**  
Entrée 30 Pf. Sperrsch. 50 Pf.  
Montag: Goids-Ensemble. Theater-Vorstellung. — Freitag.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
**Brunnenstrasse 16.**  
Heute wegen Feiertagsfeierlichkeit geschlossen.  
Sonntag: Auf vielseitiges Verlangen: **Onkel Bräsig.**  
Anfang 7 Uhr. Entrée 30 Pf.

**Steidl-Theater**  
Linien-Oranienstr. 132 burger Thor.  
Kiecheners! Das treue Vaterhaus.  
Dramolet von Rich Steidl.  
Vollständig neues Programm.  
**Königstadt-Kasino**  
Holzmärkerstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich:  
Franz Sobanski.  
Die neuen Spezialitäten mit Hedwig Böring.  
Zum Schluss die Der Polacke.  
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabends u. Sonntags: Tanz.  
Preise: beliebige Teilzahlung. Invalidenstr. 145.  
**Olga Jacobson,** strasse 145.

**Gebrüder Herrnfeld-Theater.** Sonntags 8 Uhr. Die anerkannt erfolgreichste Novität **Nur eine Nacht!** 2 Akte aus einer Ehe. Komödie von A. und D. Herrnfeld mit den Hauptfiguren Willi Waldheim... Donat Herrnfeld. Tuschek... Anton Herrnfeld. Dambitsch... Ferd. Grünecker. **Bendix als „Monna Vanna“.** Vorverkauf 11-2 Uhr.

**Palast-Theater** Burgstraße 22, früher Foon-Palast. Heute abend 8 1/2 Uhr: **Das Millionemädel.** Vorher Konzert und im Spezialitätenteil Signora Ernosta mit ihrem mysteriösen Gesängen. Lilli Eriston, Solist-Soubrette. Deamando und Anni, Lust-Straßstädt. Mr. C. Jørgensen, Komiker. Las Raffais, Duo-Landschaftsmaler. Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Sonntagabend: Keine Vorstellung. Sonntagabend 8 Uhr: Letzte Sonntag-Vorstellung von: **Das Millionemädel.** Mittwoch, den 15. Februar: **Bona-Viz und Promieren - Vorstellung: Goldener Boden.**

**WINTERGARTEN** „Pas de Deux“ getanzt von Sign. Fiorantini u. Ser. Cerutti. Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer. Sisters Moulter Reckturnerinnen. Brothers Damm. Exzentrische Akrobaten. Paul Batty Dressierte Bäuer. O'Neil und Terry Excentrics. **Dora Keplinger** Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien. **Costantino Bernardi** In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt. Georg Hartmann Zauberkünstler. Athleta & Brada Kraftproduktion. Tanzbilder mit **Cléo de Mérode** Biograph.

**Sanssouci.** Rotthuber Thor - Stat. der Hochbahn. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Hoffmanns Norddeutsche Sänger** und Tanzkünstler. Dienstag, den 16. Februar: **Extra-Festnachts-Vorstellung.** Ein Mann aus dem Volke. Nach dem: **Festnachts-Straßen und Vorträge** von Hoffmanns Norddeutsche Sänger. **Festnachtsjubiläum und Trübel.** Entree wie gewöhnlich. Vorzugsarten gültig.

**Reichshallen** **Stettiner Sänger** Zum Schluss neu: **Die Berliner bei den Sereros.** Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. **Thüringische Maschinen- u. Fahrrad-Fabrik** Mühlhausen i. Thür. **Abt. I. Strickmaschinen.** Dauerhafte Konstruktion. Katalog u. Offerten gratis u. franco. Vertreter: **Albert Homburger** Berlin, Spandauer Brücke 2.

**Hüte** in allen Preislagen. **R. Weidner, Hutmacher,** Dresdenerstr. 100, an der Prinzenstrasse. 4120L.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Verwaltungsstelle Berlin. Fernsprecher: Amt IV, 3353.

Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsälen, Kopenstr. 29:

## Allgemeine Versammlung.

**Tages-Ordnung: Koalitionsrecht und Koalitionszwang. Referent: Adolf Cohen. Diskussion.** Kollegen! Nachdem seit längerer Zeit die Unternehmer in ihren Blättern in systematischer Weise darauf hinarbeiten, uns das bisherige Koalitionsrecht noch zu nehmen, ist es notwendig, daß wir dazu Stellung nehmen. Um so mehr, als in den letzten Tagen der Gewerksverein der Maschinenbauer und Metallarbeiter in einer Versammlung seine bekannten Absichten über den von uns angeklagten Terrorismus wieder einmal angeklagt hat. Den Herrsch-Dunderschen soll in dieser Versammlung eine Antwort auf ihre ungerechten und durchaus unbedingten Angriffe gegeben werden. Deshalb erwarten wir zahlreichen Besuch. Die Statistik ist erschienen und laut Beschluß der Ortsverwaltung im Bureau für Vertrauensleute unentgeltlich, für alle andren Mitglieder für 25 Pf. pro Stück zu haben. Ohne Mitgliedsbuch wird kein Exemplar verabfolgt. Im Buchhandel kostet die Statistik 2 Mark. **Die Ortsverwaltung.**

### Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlins und Umgegend. Sonntag, den 14. Februar 1904, vormittags 10 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. **Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Genossen **Fritz Kater.** 2. Diskussion. 3. Die feiern wir den ersten Mai? 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.** Mitgliedsbuch legitimiert. 31/2

### Achtung! Vergolder. Achtung!

**Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Filiale Berlin.** Montag, den 15. Februar 1904, abends präcise 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20 (großer Saal): **Mitglieder-Versammlung**

**Tages-Ordnung:** 1. Vortrag des Schriftstellers Herrn **Booge** über: Die Stellung des Menschen in der Natur. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. **Der Vorstand.** NB. Sonntagabend, den 5. März, findet in den Geländräumen der Wandbra, Wassertheaterstraße 15, abends 9 1/2 Uhr, das 14. Stiftungsfest der Filiale Berlin statt, bestehend aus Konzert und Mitwirkung des Berliner W-Arios. Nachdem Ball. Herrenbillets a 50 Pf. inkl. Tanz, Damenbillets a 30 Pf. sind bei den Vertrauensleuten (sowie Vorstandsmitgliedern) erhältlich. Ferner werden diejenigen Kollegen, welche ihre Mitgliedsbücher noch nicht haben umschreiben lassen, ersucht, dies zu thun und die Bücher an den Vorsitzenden E. Oshört einzuliefern oder dies durch Vertret-Vertrauensleute bewerkstelligen zu lassen. 225/3

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Rosenthaler und Schönhanser Vorstadt. Des Maskenballes wegen lassieren die Beitrags-Sammler heute Sonntagabend abends von 7 bis 9 Uhr. 79/5

### Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 14. Februar 1904, mittags 1 Uhr, in Gahns Volksgarten, Hauptstr. 4: **Öffentliche Versammlung für Rummelsburg und Umgegend.** **Tages-Ordnung:** 1. In der besten der Welten. Referent: Kollege **Dskar Weise.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. NB. In der Versammlung kommen die Mitglieder in den einzelnen Fabriken zur Sprache und erwartet einen zahlreichen Besuch. **Der Einberufer.** Sonntag, den 14. Februar 1904, nachm. 3 Uhr, bei Reinhardt, Chausseestr. 17: **Bezirks-Versammlung für Mariendorf und Umgegend.** **Tages-Ordnung:** 1. Etwas über Krankversicherung. Referent: Kollege **C. Bruns.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Gäste haben Zutritt. **Die Ortsverwaltung.**

### Achtung! Fliesenleger-Hilfsarbeiter. Achtung!

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.** Montag, den 15. Februar 1904, abends 7 Uhr: **Außerordentliche Mitglieder-Versammlung** in den Industrie-Festsälen, Baustr. 19/20. **Tages-Ordnung:** 1. Die Antwort der Arbeitgeber auf den von uns eingereichten Lohn-tarif. 2. Beschlußfassung über den Eintritt in die Bewegung. 3. Verbands-angelegenheiten. Sämtliche Hilfsarbeiter bei Fliesenlegern sind hierzu eingeladen. Die Fliesenleger werden ersucht, ihre Hilfsarbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. **Die Ortsverwaltung. J. H.: Karl Heidemann.**

### Achtung! Isolierer u. Rohrumhüller Berlins u. Umg.

Sonntag, den 14. Februar, mittags 2 1/2 Uhr, im Vereinslokal, Dragoner-Strasse 15: **Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.** **Tages-Ordnung:** 1. Stellungnahme zum 4. Kongress in Köln. 2. Anträge und Delegierten-wahl. 3. Bericht von der Keller Konferenz. 286/10 Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Mit-glieder Ehrenpflicht. **Der Vorstand. J. H.: Karl Kröger.**

### Krieg

en Sie Ihr Schuhzeug nicht Marf, sondern Sie nur Weltlederglanz **Karnobin** gef. Schuh. Das beste was es gibt. **Gerruchlos! Säurefrei!** Stets weiches Leder, kein Brechen. Nebenall erdillig, Allseitige Per-brifant. Koch & Becker, Com.-Ges. SW., Bessolstr. 17.

### Achtung! Rohrer. Achtung!

Montag, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c: **Öffentl. Versammlung der Rohrer Berlins u. Umg.** Referent: Reichstags-Abgeordneter **Fritz Zabel.** Der Vertrauensmann: **Gustav Steinecke.** Wir machen darauf aufmerksam, daß die **Freie Vereinigung der Rohrer**, die am Sonntag eine Generalversammlung im „Englischen Garten“ abhält, aus Arbeitwilligen besteht und mit unserem Verein nicht identisch ist. **Der Vertrauensmann. Gustav Steinecke, Flugstr. 17.**

### Verband der Möbelpolierer.

Die Versammlung für den Bezirk Ost fällt aus. Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Kopenstr. 29: **General-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:** 1. Fortsetzung der Diskussion über die Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Beschlußfassung über die Anstellung eines Kollegen. 3. Wahl. 4. Anträge: a) Den Heimarbeiterschuß-Kongress durch einen Delegierten zu beschließen. b) Einen Delegierten-tag einzuberufen. 5. Verschiedenes und Ausgabe der Billets (a 50 Pf.) zum Maskenball, welcher am 5. März in 2. Kellers Fest-sälen, Kopenstr. 29, stattfindet. Das Mitgliedsbuch muß an der Kontrolle vorgezeigt werden. Die Versammlung findet im großen Saale statt. Dasselbst Ausgabe der Jahresberichte. Da jedes Mitglied ein neues Mitgliedsbuch erhält, werden die Kollegen ersucht, recht früh zu erscheinen. **Der Vorstand.** 145/9

### Nationale Krankenkasse der Deutschen Gold- und Silberarbeiter

und verwandten Berufsgenossen (E. K.) zu Schw.-Gmünd. Montag, den 15. Februar 1904, abends präcise 8 1/2 Uhr: **Mitglieder-Versammlung** im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

**Tages-Ordnung:** 1. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1903. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstandes etc. 4. Verschiedenes. Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gebeten. **Der Vorstand.** J. H.: C. Holtkamp, Vorsitzender, Admiralsstr. 18E.

### Achtung! Holzarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 1 Uhr, im Lokal von Ernst Richter, Groß-Dichtersfelde, Chausseestr. 104: **Außerordentliche Mitglieder-Versammlung** für Groß-Dichtersfelde, Steglitz und Zehlendorf. **Tages-Ordnung:** 1. Die stellen sich die Richter zu unserer Lohnforderung. 2. Bericht der Vertrauensleute und Verschiedenes. 79/4 **Telephon: Amt VII, 4262.**

### Residenz-Festsäle

No. 31 Landsbergerstrasse No. 31. Empfehle meine drei eleganten Säle mit grossen Bühnen und elektrischer Beleuchtung zu Hochzeiten, Vereins- und Familien-Festlichkeiten sowie Versammlungen. **Vier hochelegante Kegelbahnen und Vereinszimmer** sind noch einige Tage in der Woche zu vergeben. **Tages-Restaurant** zu soliden Preisen empfiehlt **Hermann Weber, Besitzer.** Pfefferberger Bier! Gute Küche!

### Inventur-Ausverkauf!

Nach beendeter Inventur sind die Preise auf **33 1/3 %** herabgesetzt. Dieser Ausverkauf findet nur noch 14 Tage statt. **Teppichhaus B. Adler & Co.** Königstrasse 20-21, an der Jüdenstrasse, im altbekannten Lokal beim Rathaus. Von heute ab befindet sich mein **4193\***

### Hutfabrik-Comptoir

**C., Neue Friedrich-Str. 81, I** (Ecke König-Strasse). **N. Schneidemühl** (früher Kaiser-Str. 25a). Sonntags geöffnet.

**Sozialdemokrat. Wahlverein** I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Süd-Ost.) Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der **August Stösser** wohnhaft Büdlerstr. 3 Stadtbezirk 101 gestorben ist. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags um 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 342/8 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Central-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Deutschlands.** (Eingeschr. Hilfskasse No. 2.) Allen Kameraden zur Kenntnis, daß unser Mitglied **August Stösser** plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 269/5 Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

**Central-Verband d. Zimmerer Deutschlands.** Zahlstelle Berlin u. Umgegend. Hiermit zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied **August Stösser** plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 13. ds. Mts., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 254/3 Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Am 10. d. M. verlor ich nach kurzem Leiden unser lieber Freund, der Steinträger **Wilhelm Sorge.** Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Petri-Kirchhofes aus statt. 4248/2 Die trauernden Angehörigen und Freunde.

**Danksagung.** Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und für die sehr reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes, unseres Bruders, Schwagers und Onkels sagen wir allen Freunden, Bekannten und Verwandten, insbesondere den Herren **Ches. Reichardt u. Jelschick**, den verehrten Kollegen, dem Musikverein und dem Verband unsrer innigsten Dank. 4248/2 **Familie Lillge.**

**Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter zu Berlin.** Wir machen hierdurch bekannt, daß die in der Generalversammlung vom 3. September 1903 beschlossene vierte Abänderung zum Statut von der Aufsichtsbekörde genehmigt ist und mit dem 14. Februar 1904 in Kraft tritt, sofern nicht bereits durch gesetzliche Bestimmungen die Intraffretzung am 1. Januar erfolgt ist. Die wöchentlichen Beiträge betragen nunmehr vom 14. Februar ab: 1734b 1. für erwachsene männliche Kassemitglieder ausschließlich der Lehrlinge 68 Pf. 2. für erwachsene weibliche Mitglieder 30 Pf. 3. für männliche Kassemitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 27 Pf. 4. für weibliche Kassemitglieder unter 16 Jahren 21 Pf. **Der Vorstand. Emil Röhn, Vorsitzender. Carl Arndt, Schriftführer.**

**Orts-Krankenkasse der Buchbinder und verwandten Gewerbe.** Wir machen hierdurch bekannt, daß die V. Abänderung des Kassentatuts, den § 40 betreffend, genehmigt ist und am Montag, den 15. Februar d. J. in Kraft tritt. Die Abänderung bestimmt, daß die Entschädigung für die Mitglieder des Vorstandes statt 1,00 M. nunmehr 1,50 M. für die Sitzung beträgt. Druckexemplare dieser Abänderung sind in unserem Bureau zu haben. **Der Vorstand. Bernh. Jost, Georg Bäcker, Vorsitzender. Schriftführer.**

**Eisenst. Konzerthaus** Alte Jakobstr. 37. I. H. 4, 7687. **Palmsontag** frei geworden. Empfehle den geehrten Vereinen meine Säle zu Festlichkeiten, Versammlungen. **H. Witzfeld.**